Gewerkschaften in Albanien Seiten 5/6

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 35 vom 3. September 1982 16. Jahrgang 1 DM



Protest bei AEG-Brunnenstraße in Berlin gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung. Auch bei Olympia in Leer, Neff in Bretten und Zanker in Tübingen gab es abermals verschiedene Aktionen, Versammlungen, Proteste. In Leer wurde in kurzer Zeit zweimal demonstriert mit der Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung. Die AEG-Belegschaften sind für einen Kampf um ihre Arbeitsplätze zu mobilisieren — nur gibt es in der IG Metall verschiedene Kräfte, die dies verhindern wollen, die nur juristische Mittel vorschlagen und diese mit radikalen Sprüchen garnieren, ohne für Maßnahmen zu sorgen.

DGB-Aktionen gegen Sozialabbau

Ein „heißer Herbst"

Die Zeit der Verabschiedung des Bundeshaushalts für 1983 rückt näher, die Kürzungspläne werden deutlicher, wie auch die Forderungen der CDU, noch weiter zu gehen und vor allem den Reichen auch nicht ein Körnchen zu nehmen. Die SPD bietet alles auf, um machtvolle und politisch eindeutige Kampfaktionen des Deuschen Gewerkschaftsbundes zu unterbinden. Sie verhindern oder wenigstens abschwächen, das ist das Ziel aller Bemühungen der SPD-Spitze. Umso mehr müssen sich alle, die die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten verteidigen wollen, dafür einsetzen, daß es zu solchen Aktionen kommt!

Schon jetzt ist so viel klar: Diejenigen Veränderungen, die laut Entwurf der Bonner Koalition die Reichen belasten sollen, tun dies entweder nicht oder werden nicht durch den Bundesrat kommen. Also bleibt von einer Kritik die dem Haushalt vorwirft er enthalte unausgewogene Belastungen nichts übrig. Es geht um die einseitige und ausschließliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung, die die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise bezahlen sollen.

Dagegen muß der Widerstand organisiert werden! Auch gegen den Willen jener im Deutschen Gewerkschaftsbund, die von vornherein beteuern, sie würden jegliche Beschlüsse am Ende doch akzeptieren, denn man dürfe ja nicht gegen das Parlament antreten, das sei illegal. Eine Haltung, die, allen voran, Ernst Breit kürzlich erneut unterstrich, als er jegliche Kampfmaßnahmen über die — wie auch immer geartete — „Beeinflußung von Abgeordneten" hinaus ablehnte und ausschloß.

Gegen diese Politik des Sozialabbaus muß ein Zeichen gesetzt werden, denn die diesjährigen Maßnahmen sind noch lange nicht das Ende — schon gehen die Forderungen der Unternehmerverbände und ihrer Bonner Interessenvertreter weiter, viel weiter. Sie wollen zurück in die 50er Jahre, dahin zurück, wo es keine Lohnfortzahlung, eine geringe Rente, und die zwei Flaschen Bier am Wochenende für den Arbeiter gab.

Ihr Kurs steuert zu einer Lage hin, die die meisten Arbeiter gar nicht mehr für möglich halten. Nicht auf einmal, nicht bis morgen. Aber Schritt für Schritt, Scheibchenweise. Letztes Jahr „die Wende", dieses Jahr die Beschleunigung auf dem Kurs zurück — und was soll im nächsten Jahr werden?

Man müsse zunächst einmal die „letzten zwölf Jahre überwinden" sagte ein Sprecher des hessischen Wirtschaftsverbandes auf einer Wahlveranstaltung mit dem FDP-Wirtschaftsminister Hoffie. Das ist ihr Nahziel, all jene Reformen abzubauen, mit denen die SPD in der ersten Hälfte der 70er Jahre versuchte, sich als Partei der Arbeiter zu zeigen, die es ermöglicht, daß der Arbeiter seinen Frieden mit diesem System schließen kann — es war bestenfalls ein Waffenstillstand. Gebrochen wurde er von den Unternehmern und manche ihrer Äußerungen zur Sozialpolitik — in Bonn stets eifrig nachgeäfft — klingt in der Tat nach einer Kriegserklärung.

Die vom DGB in Nürnberg und Stuttgart angekündigten Großdemonstrationen gegen die Bonner Sozialabbaupolitik können hier ein entscheidendes Zeichen setzen — auch in anderen Landesbezirken wird hinter den DGB-Kulissen um solche Aktionen gerungen. Mit den Worten eines Gewerkschaftsfunkionärs könnte man sagen, daß es entweder einen heißen Herbst für Bonn oder einen kalten Winter für die Arbeiter geben wird!

CDU legt „rechtspolitische Thesen" vor

„Es gibt kein Recht auf Widerstand"

Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU, der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel, hat zu Beginn der Woche ein Paket mit sogenannten rechtspolitischen Thesen der CDU vorgelegt — wobei die Betonung ganz eindeutig auf „rechts" liegt. Nach Barschels Ankündigung sollen diese Thesen auch Grundlage für mögliche Koalitionsverhandlungen mit der FDP sein.

Als Aufgabe Nummer eins bezeichnete es der Kieler Innenminister, insbesondere bei der Jugend das mangelhafte Rechtsbewußtsein wieder zu festigen; ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß es sich hierbei um eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe" handele, der sich die Familie, die Schule und andere Bildungseinrichtungen unterziehen müßten. Das zielt deutlich darauf ab, vor allem in den Schulen demokratische Lehrinhalte zu liquidieren und eine „staatspolitische Erziehung" nach dem Geschmack von F. J. Strauß durchzusetzen.

Eine der zentralen Fragen dabei sprach Barschel selbst an, als er betonte, es gebe kein Recht auf Widerstand gegen „demokratisch zustande gekommenen Entscheidungen". Wenn also die staatlichen Organe nach dem Willen des Kapitals erst einmal „demokratisch" beschlossen hätten, beispielsweise die Sozialausgaben zu senken oder das Atomprogramm durchzupeitschen, dann soll nach dem Willen der Strauß-Partei jeder Widerstand dagegen automatisch illegal sein. Natürlich wissen auch die Barschel und Co., daß sich ein solches neues „Rechtsbewußtsein" nicht so ohne weiteres in die Köpfe der Menschen zwingen läßt.

Deshalb sollen denn auch Justiz und Gewaltorgane neu ausgerüstet werden. In diesem Zusammenhang sprach sich der CDU-Mann unter anderem für eine Verschärfung des Landfriedensbruchs-Tatbestands, für ein Verbot von „Vermummung" und „passiver Bewaffnung" bei Demonstrationen und anderes mehr aus. Die letzten Schranken für den Ausbau eines totalen Überwachungsstaates sollen durch die vollständige Abschaffung des Datenschutzes abgebaut werden, und die uferlose Ausweitung der Berufsverbote ist für Barschel einfach ein Gebot „rechtsstaatlicher Hygiene".

So nimmt also die Strauß-Partei, die gerne noch in diesem Jahr ans Bonner Ruder möchte, auch in diesem Bereich Kurs darauf, jede auch noch so geringe Reform der sozial-liberalen Ära rücksichtslos zu liquidieren.

LÜTGENDORTMUND
Marienbornplatz
Dortmund
DIE KPD LÄDT EIN:
Sa. 25.9.
So. 26.9.
PRESSEFEST
ROTER MORGEN
15 Jahre
KID Musik-Abend
Kotten-Blues-Band
Elbe aus Hamburg
NACHT-SCHICHT ROCK-THEATER
Bruno Eck
Spiel & Spaß an beiden Tagen
Kundgebung im Großzelt
Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit
Sa. 14.00 Ernst Aust: Sozialismus hat Zukunft
Großveranstaltung der KPD
Essen und Trinken aus allen Regionen
Politik & Unterhaltung Information & Kultur
So. 15.00
Lieder zur Lage
Schmetterlinge
Abschlußkonzert
Außerdem: Informationsstände aus allen Regionen der BRD und Westberlin • Stellung: Die Lage in der Stahlindustrie, auf den Werften, bei AEG • Kommunisten nehmen Stellung • Diskussionsrunden und Fragestunden • Kommunistische Opposition gegen das Honecker-Regime • Friedensbewegung: wie weiter? • Frauen in den Betrieben • Arbeitslosigkeit und Sozialabbau: Was tun? • Wir stehen Rede und Antwort — KPD

Geheimdienste und Gewerkschaften

Agenten in den DGB-Führungsorganen?

Der bayerische SPD-Chef Rothemund, einst selbst DGB-Vorsitzender von Bayern, enthüllte in der letzten Woche, daß es zwischen der DGB-Spitze und den Bonner Geheimdiensten enge organisierte Kontakte gibt. Bayerns Innenminister Tandler widerlegte am Tag darauf sofort alle „empörten Dementis", indem er betonte, dies sei doch normal und staatstragend, daß DGB-Spitzenfunktionäre mit den Geheimdiensten zusammenarbeiteten.

Angefangen hatte die ganze Affäre mit der Bespitzelung von Betriebsräten durch den Verfassungsschutz, die ja bundesweit betrieben wird. Nur Bayerns CSU-Innenminister machte dabei, im Unterschied zu seinen Kollegen, auf hart. Dies sei normal, gang und gäbe und müsse auch so sein.

Daraufhin ging Rothermund mit seiner Enthüllung an die Öffentlichkeit, deren Wirkung er sich wohl anders vorgestellt hatte. Es gäbe nicht nur die Überwachung der Betriebsräte, auch nicht nur die Bespitzelung von Veranstaltungen der DGB-Jugend durch einzelne Agenten, es gäbe auch geregelte Kontakte zwischen einzelnen Mitgliedern des DGB-Bundesvorstandes und den Geheimdiensten. Es sei unterstrichen: Zusammenarbeit zwischen diesen Leuten, das ist es worum es geht.

Diesen Teil der Meldung unterließ beispielsweise die Zeitung der DKP, „Unsere Zeit" zu verarbeiten. In diesem wie auch anderen Blättern der Linken (nicht allen) war nur davon zu lesen, daß der DGB sozusagen auf allen Ebenen und ständig bespitzelt werde — was zweifelsohne stimmt. Und zwar unter aktiver Mitarbeit einzelner Spitzenfunktionäre.



Die „Sicherheitsorgane" des Bonner Staates spähen nicht nur — offen oder verdeckt — gewerkschaftliche Aktivitäten aus, sie unterhalten auch Kontakte zu höchsten Stellen des DGB.

Kommentar der Woche

Noch selten ist so viel darüber gesprochen, geschrieben, gemutmaßt worden und was sonst noch so alles getan wird. Noch selten waren Streitigkeiten so sichtbar, wie heute. Wobei? Innerhalb des DGB. Sein Verhältnis zur Regierungspartei SPD betreffend.

Loderer (IGM) gegen Janzen (IGM), Götz (HBV) gegen Rappe (IG Chemie), Mahlein (IG DruPa) gegen Hauenschild (IG Chemie) und Döding (NGG) — die Liste ließe sich fortsetzen. Auf der anderen Seite genauso: Glombig und Glotz fordern eine neue Sozialpolitik, Roth eher den Gang in die Opposition — auch da könnte man noch mehr aufzählen.

Vergleicht man es mit dem letzten Jahr, so kann man deutlich den Unterschied sehen: Stand damals die Frage, ob der DGB überhaupt etwas macht, so wird sie heute anders gestellt. Nämlich ob der DGB so viel macht, daß darüber die SPD/FDP-Regierung stürzen könnte und so der DGB seine Rolle als verlängerter Arm der SPD aufgeben könnte.

„Das Bündnis“

Seitdem am Ende des letzten Jahres statt der erwarteten 20000 runde 70000 zu der Protestdemonstration, die Baden-Württemberg im Alleingang angesetzt hatte, kamen, seitdem steht die Frage, ob überhaupt etwas geschieht nicht mehr.

Das Kapital macht Druck, sein Programm ist das große „Weg damit!“. Weg mit Jugendarbeitsschutz, dann werden wir euch Lehrstellen geben, weg mit den Forderungen nach Sicherung des realen Lohns, dann wird es Arbeitsplätze geben, weg mit „überhöhten“ Ansprüchen in der Arbeitslosenversicherung, der Renten- und Krankenversicherung, weg mit der Lohnfortzahlung, weg, weg...

Aber eben hier tut sich die Kluft auf, zwischen dem, was die SPD-Führung bereit wäre zu tun, wie es Glotz, ganz im Sinne des Kapitals, unterstrich. Und auf der anderen Seite dem, was die SPD tun kann, will sie nicht jene Eigenschaft verlieren, die sie für die Herren des Landes überhaupt erst interessant macht: der Einfluß auf den Deutschen Gewerkschaftsbund. Drei Positionen der DGB-Führungen kristallisieren sich gegenüber Bonn immer mehr heraus. Die Befürworter, der rechte Flügel, die Bürgermeister, Obermitbestimmer, Vielfachaufsichtsräte und so fort, mit und ohne Neue-Heimat-Geschäfte, die zur selben Zeit auch schon ihre Bereitschaft bekunden noch weiter zu gehen, weil die Zeiten halt so übel sind. Sie sind nicht nur Befürworter des Sozialabbaus, sie sind auch bereit, ein noch viel radikaleres Programm zu akzeptieren, wie es die CDU/CSU den Kapitalisten anbietet. Die zweite Position, das sind jene, die die mangelnde Ausgewogenheit kritisieren, die dabei herumtaktieren, ob es für das Ansehen der SPD in der Arbeiterklasse nicht besser wäre, sie ginge in die Opposition und lege sich neue Gesichter zu (wobei manch einer an sich selbst denken mag). Die Konsequenzen, die sie aktuell dabei ziehen, sind durchaus unterschiedlich. Es sind solche dabei, die für eine Konfrontation eintreten und solche, die dagegen sind, die nur markige Worte machen, ohne Taten folgen zu lassen.

Und dann gibt es noch, eine Neuigkeit im DGB, einen kleinen Kreis von führenden Funktionären, die in ihrer Kritik weiter gehen, die Kalkulation im Bonner Bundeshaus außen vor lassen und sich um die Sache kümmern. Die den Widerstand gegen die Bonner Politik organisieren wollen. Sie entsprechen damit einer wachsenden Stimmung in der Mitgliedschaft, jenem Teil der Arbeiter, die den Wahlen fernblieben, oder nur aus Trotz CDU wählten. Die sich über die dicken Geschäfte der Neuen-Heimat-Profiteure empörten.

Das Gespräch am 2. September, bezeichnenderweise wenige Tage vor der DGB-Sitzung, die über Maßnahmen gegen den Sozialabbau am 8. September beraten soll, angesetzt, soll nun Burgfrieden schaffen. Sie soll Breit und Co. Argumente für einen Verzicht auf konsequente Maßnahmen geben. Aber: Aktionen sind bereits in verschiedenen Landesbezirken und Kreisen beschlossen worden und werden vorbereitet. Sei es in Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Von IG Metall, ÖTV und auch DGB-Kartellen.

Die Beteiligung daran wird ein entscheidendes Wort mitreden bei der künftigen Haltung des DGB insgesamt. Ob „das Bündnis“ ungebrochen fortgesetzt werden kann, welche Politik die SPD auch immer macht, die Interessen der Mitglieder dem geopfert werden, oder eben nicht. Der Monat September wird darüber eine erste Entscheidung bringen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bonner Regierungskrise

Strauß haut wieder auf den Putz

In Bonn werden die Anzeichen für einen möglichen Bruch der Koalition immer deutlicher. FDP-Spitzenpolitiker wie Genscher und Lambsdorff reden gegenwärtig von nichts lieber als von der angeblichen Notwendigkeit „neuer Mehrheiten“ für die Bonner Politik. Und selbst das SPD-Organ „Vorwärts“ sprach jetzt davon, daß mit einem Absprung der FDP aus der Regierung noch in diesem Jahr gerechnet werden müsse.

Nun hatten ja die Genscher und Co. in den letzten Monaten schon mehrere Male Anlauf genommen und waren dann doch nicht gesprungen. Jetzt ist es Franz Josef Strauß, der ihnen auf die Sprünge helfen will. Getreu der von ihm selbst vor Jahren entwickelten Sonthofener Strategie hat er sich ein Konzept ausgedacht, wie die Bonner Koalition noch in diesem Herbst zu sprengen sei.

Letzte Woche erging aus München die Weisung an alle CDU-Länderchefs, das vom Bundeskabinett beschlossene Steueränderungsgesetz 1983 (ein Teil des Haushaltsentwurfs) „kompromißlos abzulehnen.“ Damit würden dann — von der Änderung des Ehegatten-Splittings bis zur Erhöhung des Privatnutzungsanteils von Firmen-Autos — gerade jene Teile des Haushaltsentwurfs von der CDU/CSU blockiert, die von der SPD stets als „soziale Komponente“ des Entwurfs vorgezeigt wurden, weil sie geringfügige Belastungen für die Reichen enthalten.

Das taktische Kalkül des F. J. Strauß: Unter dem immer stärker werdenden Druck der Gewerkschaften und der eigenen Mitgliederschaft könnten es sich die SPD-Führer nicht leisten, den Haushalt '83 ohne diese „soziale Komponente“ auf den Weg zu bringen. Die Folge wären neue Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition; ohnehin stehen im Spätherbst Verhandlungen zwischen den beiden Regierungsparteien darüber an, wie ein für nächstes Jahr erwartetes (und noch nicht vom Haushaltsentwurf abgedecktes) Loch von sechs bis zehn Milliarden Mark in der Bonner Staatskasse gefüllt werden soll.

Um Genscher bei dieser Gelegenheit den Absprung zu erleichtern, setzen Strauß und seine Leute die FDP gegenwärtig massiv unter Druck. Helmut Kohl, die Marionette des CSU-Chefs, hat ein bis November befristetes Ultimatium für den Absprung gestellt. Und Strauß selbst verdeutlichte der FDP, wie sehr ihr Wert für ihn schon gefallen sei, dadurch, daß er schon Bedingungen für eine künftige Regierung stellte: In einem Kabinett Strauß/Kohl, so erzählte der CSU-Boß am Montag der „Bild“-Zeitung, wird „Herr Baum keine Chance bekommen“.



Urlauber Strauß mit Lieblingslektüre.

Gorleben, Regensburg, Frankenberg, Kaiseresch

Großdemonstrationen gegen Wiederaufbereitungsanlagen

Gegen den breiten Widerstand der betroffenen Bevölkerung betreibt gegenwärtig die Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) forciert den Bau von atomaren Wiederaufbereitungsanlagen (WAAs). Schon der erste Vorstoß der DWK am Standort Gorleben hatte bekanntlich starke Proteste ausgelöst. Der Widerstand war schließlich so groß, daß selbst CDU-Ministerpräsident Albrecht das Projekt für „politisch nicht durchsetzbar“ erklären mußte.

Entlastung für die so bedrängte Atomindustrie schaffte dann ausgerechnet ein Sozialdemokrat: Kanzler Schmidts Musterschüler Holger Börner. Seine Bereitschaft, in Hessen eine WAA bauen zu lassen, hat erheblich dazu beigetragen, die SPD-Hessen ins 30-Prozent-Ghetto abrutschen zu lassen. Denn an allen für die WAA vorgesehenen Standorten entwickelte sich eine breite Protestbewegung gegen das Projekt und die Landesregierung. So gingen etwa in Frankenberg, nur fünf Tage nachdem bekannt wurde, daß dort der endgültige Standort für die hessische WAA sein soll, über 10000 Menschen auf die Straße.



Demonstration gegen Wiederaufbereitungsanlage

Neben Frankenberg hat die DWK zwei weitere Standorte benannt, und zwar Schwandorf in Bayern und Kaiseresch in Rheinland-Pfalz. Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, daß diese Standorte von den jeweiligen Landesregierungen ausgesucht worden sind — wobei man (nach den Erfahrungen von Gorleben) solche Regionen ins Auge gefaßt hat, in denen man einen nur geringen Widerstand erwartete. Vielleicht hat da, was Kaiseresch betrifft, die Tatsache eine Rolle gespielt, daß sich dort die CDU satte Mehrheiten von 73 Prozent holen kann. Und in Bayern dürfte man sowieso davon ausgegangen sein, daß sich die „Landeskinder“ den Beschlüssen des F. J. Strauß bedingungslos fügen.

In beiden Fällen jedoch sahen sich die Landesregierungen getäuscht. Wie in Hessen, so bildeten sich auch in Schwandorf und Kaiseresch spontan Bürgerinitiativen, wurden Demonstrationen durchgeführt, sprachen sich schließlich sogar Stadträte und Kreistage gegen die Atomfabriken aus.

So ist die DWK und mit ihr die gesamte Atomindustrie nach wie vor in Bedrängnis. Für sie ist der Bau von WAAs eine immer dringender werdende Notwendigkeit. Zum einen ist die Wiederaufbereitungsanlage unerläßlich für die zügige Weiterentwicklung des Atomprogramms, was wiederum eine Voraussetzung für die internationale Konkurrenzfähigkeit der westdeutschen Atomindustrie ist. Zum anderen wird die WAA für den endgültigen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft gebraucht. Denn dort soll der Atommüll aus den Atomkraftwerken für den Schnellen Brüter in Kalkar aufbereitet werden.

Und nicht zuletzt eröffnet der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft auch die Produktion von Atomwaffen „made in Germany“.

Mit den Aktionen am kommenden Wochenende soll sichtbar der Massenwiderstand gegen diese Pläne demonstriert werden. Dabei richten sich die Proteste in Gorleben speziell gegen die Tatsache, daß dort immer noch ein Endlager für Atommüll gebaut werden soll.

Kaiseresch (Rheinland-Pfalz): Demonstration durch den Ort (Abmarsch: 15.00 Uhr), Abschlußkundgebung und Volksfest auf dem Kirmesplatz.

Regensburg (Aktion gegen WAA-Schwandorf): Demonstrationsbeginn um 11.00 Uhr am Stadtamthof.

Frankenberg (Hessen): Demonstration durch den Ort ab 14.00 Uhr.

Gorleben: Sternmarsch aus den Dörfern Gedelitz, Trebel und Laase nach Gorleben; Abmarsch jeweils um 9.30 Uhr.

Alle Demonstrationen finden am 4. September statt. In Gorleben wird nach der Abschlußkundgebung eine 24stündige Belagerung des Zwischenlagerwalls organisiert.

Neuer Erfolg für Frauen

Schickedanz verliert Prozeß um gleichen Lohn

Von der IG Druck und Papier vertreten, gewannen in der letzten Woche zwei von 52 Frauen (die anderen Verfahren wurden abgetrennt), des Neusser Betriebes der Vereinigten Papierwerke Schickedanz und Co. (Tempotaschentücher) ihren Prozeß vor dem Kasseler Bundesarbeitsgericht. Nachdem schon beim Prozeß der Heinze-Frauen geurteilt worden war, daß auch bei außertariflichen Zulagen der Grundsatz der Lohngleichheit zu beachten sei, ging es in diesem Fall um eine nicht weiter definierte Arbeitsmarktzulage. Die Zulagen bei Schickedanz — ohne die Nachtschichtzulagen — hatten einen Unterschied zwischen Männern und Frauen von 1,03 Mark je Stunde bei gleicher Arbeit ergeben. In einem Fall wurde bereits Nachzahlung angeordnet.

Der Urteilsspruch ist zwar — wie es vom BAG auch nicht anders zu erwarten war — nicht so geartet, daß er andere Fälle der Diskriminierung von Frauen mit abdecken würde. Um dies zu verhindern, wurde eingefügt, es könne auch berechtigte Arbeitsmarktzulagen geben — nur für Männer. Und auch die Nachzahlung wurde nicht klar entschieden.

Aber: Die Kampagne, die von der IG DruPa geführt wurde, hatte einmal mehr das Ergebnis, daß Urteile, die von Landesarbeitsgerichten gefällt worden waren, aufgehoben wurden. Und: Das Urteil macht die Schickedanz-Frauen im konkreten Fall zum Sieger in der Auseinandersetzung um die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit.

Ohne Zweifel sind diese Prozesse im Bereich der IG Druck und Papier für Frauen und Männer auch anderer Branchen ein Anlaß, sich ebenfalls verstärkt für eine gerechte Entlohnung, ohne Diskriminierung der arbeitenden Frauen einzusetzen. Denn: Erst jüngst wurde in einer amtlichen Untersuchung eingestanden, daß der Verdienst von Frauen im Durchschnitt nach wie vor um etwa 31 Prozent tiefer liegt als der der Männer. Dabei spielen etwa Leichtlohngruppen in der Metallindustrie und verschiedenste Zulagen eine bedeutende Rolle.



Streikende Arbeiter — gegen die Lohnsenkungspläne des Kapitals wird Kampfwille nottun!

Lohnentwicklung nach unten!

Lohnniveau wie 1978

Die Zahl der Beschäftigten in der bundesdeutschen Bauindustrie lag Ende Juni gerade noch bei 1,15 Millionen Menschen. Das waren rund 80000 weniger als ein Jahr zuvor. 23000 Beschäftigte weniger gab es in der Elektroindustrie. Mehrere tausend weniger — hier sind noch nicht alle Zahlen veröffentlicht — sind es aber auch in der Chemie-Industrie.

Bei durchschnittlichen Abschlüssen von 4,2 Prozent und einer gleichzeitigen Teuerungsrate von knapp über 6 Prozent, bei wachsenden staatlichen Belastungen, dürfte der reale Verlust bei den Einkommen der Arbeiter und kleinen Angestellten etwa 4 Prozent betragen. Das wäre, zusammen mit dem Verlust aus dem Vorjahr, mehr als 5 Prozent weniger Lohn in zwei Jahren. Nachdem die Einkommen in den Jahren 1975 bis 1980 insgesamt real um 7,3 Prozent gestiegen seien, würde so das Niveau des Jahres 1978 wieder erreicht. Soweit die WSI-Rechnungen.

Nun: Man mag dabei alle möglichen zusätzlichen Überlegungen einrechnen. Die Tatsache beispielsweise, daß der statistische Warenkorb nicht aufgrund der Waren des Alltagsbedarfs einer Durchschnittsfamilie berechnet wird. Daß die Verteuerung solcher Grundbedürfnisse wie Heizung, Strom, Miete, aber auch Lebensmittel über diesem Durchschnitt der offiziellen Teuerungsrate liegt. Oder die Tatsache daß, vor allem in kleineren Betrieben, seit Jahren versucht wird, tarfiliche Erhöhungen zu unterlaufen, indem man sie mit seitherigen übertariflichen Zulagen verrechnet.

Tatsache bleibt aber dabei folgendes: Wenn es den Unternehmern gelingt, ihr bereits in diesen Tagen verstärkt geäußertes Ziel einer weiteren Lohnabbaurunde im nächsten Jahr durchzusetzen, dann sinkt im Jahr 1983 das Lebensniveau der Arbeiterklasse auf jenes des Jahres 1975 zurück — mindestens.

Natürlich: Wir haben doch 1975 auch nicht schlecht gelebt, wird sich da manch einer sagen. Aber hinzu werden die Auswirkungen der sogenannten Operation '83 kommen, hinzu kommt der Einkommensverlust der Arbeitslosen.

Alles dies sind Entwicklungen, die den gesamten Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik weiter senken. Dies wird dazu führen, daß es immer mehr nicht nur Randschichten, Minderheiten und Sonderfälle mit voller Wucht trifft, sondern in breitem Maße gegen die Arbeiter allesamt wirksam wird.

Schon heute gibt es zum ersten Mal seit langem laute Wehklagen bei solchen Branchen wie Reiseunternehmen — von den Rückgängen im Autoverkauf gar nicht zu schweigen, der ja nicht nur die neuen PKWs betrifft, sondern auch den Gebrauchtwagenhandel, wenn auch in weit geringerem Ausmaß. Oder von der durch die AEG-Entwicklung besonders bekannt gewordenen „weißen Ware", den Elektro-Haushaltgeräten, die einfach nicht mehr gekauft werden, weil das Geld fehlt.

Es war schon vor über 100 Jahren, als Karl Marx sagte, daß die Kapitalisten es gerne sehen würden, wenn die Arbeiter möglichst viel verdienten — die der anderen Unternehmen natürlich, nicht die eigenen. Denn sie sollen ja kaufen. Aber, da alle so denken und wegen ihres Profits so denken müssen, sind sie eben für allgemeine Lohnsenkungen.

Branchenentwicklungen: Arbeitslosigkeit

Massivster Beschäftigungsrückgang in der Bauindustrie

Ein schlechtes Zeugnis stellte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) des DGB den Gewerkschaften für dieses Jahr aus: Die Tarifabschlüsse, so rechnete man in einer Untersuchung aus, würden zum zweiten Mal nach 1981 ein Absinken des realen Einkommens bedeuten. Im Vorjahr war dies zum ersten Mal seit langem der Fall gewesen: Um 1,2 Prozent waren damals, laut WSI, die Reallöhne gesunken.

Diese Abnahme kam auf sehr unterschiedliche Weise zustande. Bei der Elektroindustrie sind es im wesentlichen die Opfer der Rationalisierungskampagnen der Elektrokonzerne AEG und Siemens, die den Großteil der verlorenen Arbeitsplätze hinnehmen mußten. Im Bauwesen — wo die Zahl der ausländischen Bauarbeiter besonders stark, nämlich um 12,3 Prozent gegenüber dem Branchenschnitt von 7,8 Prozent, zurückgegangen ist, waren vor allem zahllose Pleiten von Kleinfirmen die Ursache.

Der Rückgang in der Chemieindustrie zeigt, daß es, entgegen anderer Propagandabehauptungen, schon längst eine alle Bereiche erfassende Wirtschaftskrise dieses kapitalistischen Systems gibt. Denn sie, wie auch die Automobilindustrie blieb ebensowenig von Entlassungswellen oder ähnlich gerichteten Maßnahmen verschont, wie jene Branchen, die seit längerer Zeit im Mittelpunkt des Interessens an der wirtschaftlichen Entwicklung stehen.

Daß der Abbau von Arbeitsplätzen in solchen Branchen, wie gerade der Chemie — wo auch die Riesen reduziert haben, Bayer beispielsweise um 350 Stellen — und der Bauindustrie öffentlich nicht so sehr beachtet werden, hat auch mit der Haltung der betreffenden Gewerkschaften zu tun.

Es ist eine Tatsache, daß sich die Hauenschilds und Rappes von der IG Chemie oder Sperner von der IG Bau mehr um die Geschäftsverbindungen „ihrer" Unternehmer kümmern, als um die Lage der betroffenen Belegschaften. Die Beseitigung von Arbeitsplätzen durch Großkonzerne wie der CWH in Marl oder Brunsbüttel (siehe auch den letzten RM) oder der Ölmultis waren für die IG-Chemie-Führung noch nie ein Grund, wenigstens öffentliche Überlegungen betreffs Abwehrmaßnahmen anzustellen, sondern stets nur Anlaß, Fürsprecher der Unternehmer bei der Regierung zu spielen.

Sperner von der IG Bau war dabei ja sogar soweit gegangen, den Baukonzernen — hinter denen die Großbanken und Versicherungen stehen — wörtlich ihre Forderung nach Verminderung des Mieterschutzes nachzuplappern, weil bei mehr Rendite mehr gebaut würde.

Dort also, wo die Gewerkschaftsführungen am „kooperativsten" sind — mit den Unternehmern versteht sich — dort ist die Zahl der Entlassungen (je nach Grad der krisenhaften Entwicklung) keineswegs geringer, als in anderen Branchen, nur der Widerstand ist geringer.

Übrigens: Betrachtet man diese Zahlen der verschiedenen Branchen einmal genau, und überlegt, wer hier Pleiten und Entlassungen und Betriebsschließungen zu verantworten hat, so kann man leicht darauf kommen, daß das Argument, Manager würden versagen, nicht zutreffen kann. Denn es sind nicht nur alle bundesdeutschen Topmanager und alteingesessenen Kapitalsfamilien, sondern immer wieder die ach so „erfolgreichen" Großbanken.

Engholms „letztes Angebot"

Wer ist „ausbildungshemmend"?

In einem Gespräch mit dem DGB-Organ „Welt der Arbeit" markierte der Bonner Bildungsminister Björn Engholm — einst als sogenannter Linker in den Bundestag eingezogen — den starken Mann: Wenn jetzt die Unternehmer nicht reagieren würden, dann müßte die Ausbildungsabgabe wieder her. Diese war ja — von der jetzigen Bonner Koalition, was man nicht vergessen sollte — als „ausbildungshemmend" abgeschafft worden. Der Katalog an weiteren „Ausbildungshemmnissen", den die Industrie und das Handwerk als Antwort auf Engholms Ankündigungen vorlegten ist lang, sehr lang.

Tatsache ist, daß die Ausbildungsabgabe in der Zeit ihrer Gültigkeit niemals auch wirklich erhoben worden war, nur die „armen Kapitalisten" fühlten sich ständig von ihr bedroht. Und sie fühlen sich noch von viel mehr bedroht, kaum ist eine Gefahr für die armen abgeschafft, kommt die nächste: „überzogener" Jugendschutz, überhöhte Anforderungen an Ausbilder, zweiter Berufsschultag, zu hohe Lehrlingseinkommen. Alles dies in der letzten Woche als neu erkannte Gefahren aufgezählt.

Und als Ersatzargument: Falls es aber nicht genügend gäbe, dann seien eben die ausbildungshemmenden Vorschriften schuld.

Dabei wurde er sofort sekundiert — vom bayerischen Wirtschaftsminister, der ebenfalls in Meldungen über Lehrstellenmangel einen Angriff auf den freien Unternehmer, die Marktwirtschaft und den lieben Gott sah.

Zwischen 200000 und 0 beträgt die Anzahl der wahrscheinlich fehlenden Lehrstellen — je nachdem, ob man die



Arbeitssklave oder Ausbildungshemmnis — so sehen die Unternehmer die Jugendlichen.

Berechnungen der Gewerkschaften oder eben der Unternehmer durchliest. Wobei natürlich von Unternehmerseite mit Erpressungen gearbeitet wird: beispielsweise, wenn eine Lehrstelle als Friseur im bayerischen Wald mit einem saumäßigen Tarif nicht begeistert angenommen wird, dann empört sich der rechtschaffene Unternehmer.

Der ganze Streit zwischen Unternehmern und — vor allem — dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) mit seinem Chef Otto Wolff von Amerongen, Milliardär und Kölner Schloßbesitzer, an der Spitze, kam aufgrund der Meldungen über fehlende Lehrstellen zustande. Herr von Amerongen, der in seinem Schloßgarten wohl noch nie einen arbeitslosen Jugendlichen gesehen hat, meinte, das sei alles Panikmache. Als Sprecher der Industrie und Handelskammern (IHK), die die Berufsausbildung in der Hand haben, wisse er, daß es genügend Lehrstellen gäbe.

Dann wird das plötzlich zum „Ausbildungshemmnis": wenn nicht als moderner Sklave, dann eben gar nicht. So ungefähr die Kalkulation derjenigen Unternehmer, die nicht zuletzt von Lehrlingsarbeit leben. Die Großbetriebe liegen schon immer unter dem Durchschnitt der Ausbildungsanteile und haben in den letzten Jahren weiter abgebaut. Von der Frage der Übernahme einmal ganz abgesehen. Aber diese Ausbildungsverweigerung wird ja vom Staat, von der Regierung unterstützt. Man räumt ihnen den Weg frei, beseitigt die „Gefahren" wie Arbeitsschutz und ähnlichen Luxus, schießt ihnen noch Steuergelder zu und tut alles, damit ja nur niemand das jetzige Ausbildungssystem antastet.

Von Ausbildungspflicht, von staatlichen Lehrwerkstätten — beispielsweise aus Unternehmerabgaben finanziert — war bei Engholms letztem Angebot keine Rede. Aber warum nicht? Es war sein letztes Angebot, nicht etwa seine letzte Warnung. Besser nennt man es: ein artiges Bitteschön.



Bauelementefabrik

Siemens entläßt auch in Regensburg

„Trotz" aller AEG-Pläne — auch bei Siemens wird entlassen. Für das Werk Regensburg wurde in der letzten Woche nicht nur die Verlängerung der Kurzarbeit beantragt, sondern auch weitere Entlassungen.

150 Siemens-Beschäftigte soll es im Oktober treffen. Bereits in den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren 180 Menschen in Regensburg entlassen worden, man spekuliert darüber, daß es bis zum Jahresende insgesamt rund 400 sein werden, deren Arbeitsplätze vernichtet werden.

Dazu kommt die Fortsetzung der Kurzarbeit, die bereits seit einiger Zeit für 600 Belegschaftsmitglieder gilt. Sie soll mindestens bis zum Jahresende weitergeführt werden.

Gerade in jenen Bereichen, wo die Kurzarbeit gilt, wachsen nun die Befürchtungen, daß es einmal mehr so ist, daß die Kurzarbeit nur Übergang und Vorstufe zu Entlassungen oder anders geartetem Abbau von Arbeitsplätzen ist.

Auch in anderen Siemens-Zweigbetrieben gibt es Kurzarbeit, Stellenstreichungen und auch Entlassungen. Mit der geplanten Übernahme von Teilen des AEG-Konzerns könnte sich dies weiter verstärken, da in fast allen Bereichen Programmüberschneidungen da sind, wobei es nicht überall so ist, daß Siemens die profitableren Produktionsstätten hat.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 19**, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Olympia darf nicht sterben!

(Bericht von Genossen aus Wilhelmshaven)

Wilhelmshaven, den 25.8.82

Liebe Genossinen und Genossen!
Wir möchten euch heute einen Bericht zu den Geschehnissen bei Olympia in Wilhelmshaven (Roffhausen) geben. Eigentlich ist die Sauerei noch viel komplexer und man könnte noch viele kleinere Geschichten aufzählen, die alle noch mal mehr deutlich machen, wie die Olympia und die AEG „wirtschaften", aber wir wollen uns mal nur auf das Wesentliche beschränken.

Die Olympia-Werke sind ja nun mal seit 1963 eine „Tochter" der AEG und diese Tatsache hat man noch bis vor kurzer Zeit als ideale Lösung betrachtet und der Olympia-Vorstand fand ständig Worte des Dankes an die AEG.

Aber mit Auftreten der AEG-Krise, hat sich das schnell geändert. Heute, nachdem die AEG kurz vor dem Zusammenbruch steht, schreit man in Olympias Chefetagen nach einem neuen Partner. Begleitet wird dieses Geschrei von einem Chor, der sich IG Metall nennt.

Aber zunächst ein paar Hintergrundinformationen zu Olympia. Olympia produziert nach wie vor hauptsächlich Schreibmaschinen, Elektronenrechner und Rechenmaschinen.

In der Zeit von 1970 bis etwa 1978 hat die Olympia Werke AG jährlich rund 1000 Mitarbeiter entlassen. Die Gesamtbelegschaft in Wilhelmshaven wurde um fast zwei Drittel gesenkt. So hatte man 1970 noch 12000 Mitarbeiter und heute nur noch 4650.

Und immer geschahen die Entlassungen „zum Wohle des Betriebs" und immer hieß es, nur so könne Olympia konkurenzfähig bleiben.

Hinzu kamen enorme Lohneinbußen der Arbeiter und Arbeiterinnen, denn durch die Umstellung auf die Produktion elektronischer Schreibmaschinen, drückten neue Arbeitsplatzbewertungen und dem entsprechende Tarife die Löhne. Bleibt zu erwähnen, daß Olympia plant, zusätzlich zur bisher laufenden Produktion auch noch in die Rüstungsproduktion einzusteigen.

Nun geht es der Olympia AG wie allen AEG-Betrieben, nämlich daß trotz der Umsatzsteigerung die roten Zahlen immer fetter werden, denn die Banken ziehen ja alles Geld ab. Der sogenannte Überschuldungsgrad der Olympia AG an die AEG, bzw. an die Banken beträgt zur Zeit 350 Millionen Mark.

Zu dieser Verschuldung und dem Vergleichsantrag der AEG, gesellte sich dann noch der Skandalbericht im „Stern", in dem es schwarz auf weiß geschrieben steht, daß unter Verantwortung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Dr. Ludwig Orth Umsatzbetrügereien in Höhe von mindestens 300 Millionen Mark passierten.

Die Landesstaatsanwaltschaft Oldenburg ermittelt gegen verantwortliche Mitarbeiter von Olympia Wilhelmshaven wegen Verdachts des Betruges, der Untreue und des Vergehens gegen das Aktiengesetz. Aber so wie wir die Oldenburger Staatsanwaltschaft kennen und so wie in diesem Staat mit dieser Art Verbrecher verfahren wird, wird man sicherlich für Herrn Orth und Komplizen nicht viel zu „befürchten" haben.

Neu bei der Geschichte um den Bilanz-Betrug ist die Tatsache, daß der jetztige Vorstandsvorsitzende der Olympia Werke AG, Heinz Werner Krause, ebenfalls in ein Betrugsgeschäft verwickelt ist. Gerade er, der die Betrugsgeschäfte seines Vorgänger Orth so verurteilt hatte, und um schnelle und gänzliche Aufklärung der Peinlichkeiten bat, hat nun gar nicht die reine Weste, die er zu haben vorgab. Ende 1981 sollten nämlich unter der Verantwortung eben dieses Heinz Werner Krause an eine Österreichische Holzfirma Kopiergeräte in Höhe von fünf Millionen Mark verkauft werden. den.

Die Kopierer sind aber gar nicht dorthin geliefert worden. Krause hat aber den Kaufpreis von 5 Millionen Mark als einen Rechnungsbetrag verbuchen lassen und auf diese Weise die Olympa-Bilanz gefälscht. (Die Reaktion der Olympia-Kollegen kenne ich noch nicht, da diese letzte Information erst heute in der Tageszeitung stand.)

H.W. Krause hatte nach dem „Stern"-Artikel die Kollegen, die natürlich sehr empört waren, damit zu besänftigen verstanden, daß er den „Stern" mitschuldig machen wollte, für den Fall, daß sich jetzt kein neuer Olympia-Partner finde. Er meinte, daß eine Illustrierte sich in solch einer Krisensituation nicht mit einem Enthüllungsartikel profilieren könne, denn jetzt würden potentielle Partner abgeschreckt werden. Somit hätte der „Stern" die Arbeitslosigkeit der Kollegen mitzuverantworten. Durch die Unterstützung des Betriebsratsvorsitzenden und der IGM am Ort hat er damit bei vielen Kollegen Anklang gefunden. So vor allem auch auf der Betriebsversammlung, die zum AEG-Vergleich informieren sollte. Nun platzte der „Stern" Bericht da rein. Nach Krauses „Ehrenerklärung" und weiteren insgesamt einstündigen Erläuterungen zur Lage durch ihn, dankte ihm der IGM-Bevollmächtigte aus Wilhelmshaven, Hans Hermann Braun, für die offene Darlegung des Problems und IGM und Betriebsratsvorsitzender waren sich mit Krause einig, nun muß man zusammenarbeiten, um die schwierige Situation zu meistern.

Als ein Kollege ans Mikro ging um eine Frage zu stellen, wurde ihm diese kurz beantwortet und anschließend wurde das Mikro abgeschaltet. Viele Kollegen wollten noch Fragen stellen, aber die Betriebsversammlung wurde als beendet erklärt und da in den ersten Reihen die Kollegen auch schon aufgestanden waren, fand der Protest der fortschrittlichen Kollegen kein Echo mehr.

Bleibt noch zu erwähnen, daß einige Mitarbeiter, die in den Jahren 1975 bis 1978 den Bilanzbetrug nicht mittragen wollten, entlassen wurden, mit hohen — Abfindungen versteht sich — Schweigegeldern.

Lohfink, dem H.W. Krauses „Ehrenerklärung" galt, und der heute noch im Olympia-Vorstand sitzt, war natürlich an der Betriebsversammlung am 18.8. nicht anwesend, obwohl er angekündigt war.

Orth, der Vorstandsvorsitzende der Olympia AG in den fraglichen Jahren des Bilanzbetrugs, hat heute einen Topjob bei der SEL (siehe auch „Stern" von letzter Woche). Orth erhält noch heute monatlich 7000 Mark von der Olympia AG.

Und nun zur Stimmung im Betrieb. Die Kolleginnen und Kollegen wissen sehr genau, wie wackelig es um ihren Arbeitsplatz steht. Letzte Woche konnten Löhne und Gehälter nicht überwiesen werden, die sind in der Zwischenzeit aber auf den Banken eingetroffen. Keiner kann jedoch garantieren, wie es im nächsten Monat aussehen wird. Die neusten Meldungen des Vorstandes lauten, daß man insgesamt 900 Mitarbeiter entlassen will. Von diesen Entlassungen sollen die Olympia-Werke Wilhelmshaven aber nicht betroffen sein.

Die Schließung des Werkes in Leer ist beschlossene Sache, ein ganz schlimmer Willkürakt, denn die Arbeitslosigkeit in Ostfriesland steht mit an höchster Stelle im gesamten Bundesgebiet. Da ist weit und breit auch kein anderer Betrieb, der die Olympia-Kollegen aufnehmen könnte. VW-Emden betreibt ab September Kurzarbeit und mehrere mittelständische Betriebe im ostfriesischen Raum haben erst jetzt dicht gemacht. In Leer haben die Kollegen mehrfach die Arbeit niedergelegt und sind am Montag, den 23.8. sogar zu den Ortseinfahrtsstraßen marschiert und haben alles blockiert. Soweit zu Leer.

Abschließend ist unsere Einschätzung so, daß die IGM das ganze total unter ihrer Fuchtel hat. Krisenstab des BR, 24stündige Bewachung des Betriebs durch Vertrauensleute und Betriebsräte bildeten seit gesternabend eine „Notgemeinschaft" von IGM-Funktionären und Politikern sind nach unserer Meinung nur Augenwischerei. Die Kollegen sollen glauben, daß die Gewerkschaft und der Betriebsrat was tun. Ja, tun sie auch, aber alles nur nach Absprache und mit Einwilligung des Vorstandes und hier führender Politiker.

Die Mehrzahl der Kollegen hofft zur Zeit noch auf die Wirksamkeit der IGM-Aktionen, schließlich sagt ja auch die IGM, daß man Ruhe bewahren muß. Tagtäglich wird die Sache aber brisanter. Immer mehr Bilanzbetrügereien kommen ans Tageslicht.

Wir haben durch verschiedene Flugblätter und durch ein Extrablatt unserer Betriebszeitung bei Olympia, dem „Klartext" versucht, auf die Kampfziele, die die gesamte AEG-Belegschaft im Auge haben sollte, einzugehen, und die Forderung der Reaktionäre, nämlich die Herauslösung der Olympia AG aus dem AEG-Konzern, abgelehnt. Dies hätte unter anderem noch zur Folge, daß die einzelnen Belegschaften gegeneinander in Konkurenz stehen und vor allem, und das ist wohl auch das wichtigste, daß eben nur ein gemeinsamer, bundesweiter Streik die Kraft geben kann, die man den Kapitalisten jetzt entgegensetzen muß.

In der nächsten Woche erscheint ein neuer mehrseitiger „Klartext" bei Olympia, die Kollegen nehmen alle ein Flugblatt, sogar die Autofahrer halten an, kurbeln das Fenster runter und wollen eins. Leider ist unser Einfluß noch nicht größer, aber wir wollen alles dafür tun.



Bürgerversammlung in Tübingen: Über 800 kamen, um zu hören, was bei Zanker zu erwarten ist. CDU-Abgeordnete kamen dabei mit ihrer „Ruhe-vor-allem"-Propaganda schlecht an.

Was passiert bei Neff und Zanker?

Der folgende Bericht ist ein Auszug, Teil eines Berichts, den Genossen aus Baden-Württemberg gemacht haben, der sich mit der Lage der AEG-Betriebe und Töchterfirmen in diesem Bundesland befaßt. Für diese Ausgabe des „Roten Morgen" greifen wir den Überblick über diese beiden bekanntesten Betriebe heraus, weil sie die bisherige Berichterstattung über AEG fortsetzen. Andere Teile dieses Berichts — sofern sie nicht durch aktuelle Entwicklungen überholt werden — werden wir in einem der nächsten „Roten Morgen" veröffentlichen.

In Baden-Würtemberg hat AEG-Telefunken 18 Betriebsstätten mit 25000 Beschäftigten. Die Zahl der Zulieferbetriebe und Auftragnehmer von AEG wird mit 3100 angegeben.

Übers „Ländle" bekannt sind die Betriebe Neff und Zanker, die sich in Liquidationsvergleich befinden. Bei Neff in Bretten sind 1980 Arbeitnehmer beschäftigt. Produziert werden Herde und Dunstabzugshauben. Nach Planung der AEG--Zentrale soll das Werk geschlossen und die Produktion nach Rothenburg o.d.T. verlagert werden.

Im Moment wird bei Neff noch kurz gearbeitet. Es fehlen die Mittel, um die Zulieferbetriebe zu bezahlen. Die Landesregierung hat am Montag Neff in Bretten eine Landesbürgschaft von 10 Millionen zugesagt. Der Vergleichsverwalter Wellensieck, der eng mit dem Vergleichsverwalter Ringwald von Zanker Tübingen zusammenarbeitet, versucht in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß seine Tätigkeit im Gegensatz zu den Planungen der AEG-Konzernzentrale in Frankfurt stünde. Er versucht potente Käufer für Bretten zu finden.

Bei Neff gibt es kein Aktionskomitee. Die Aktivitäten von IG Metall und Betriebsrat beschränken sich auf Verhandlungen mit der AEG-Zentrale und der Landesregierung. Am Ort hat der Oberbürgermeister eine Unterschriftensammlung initiiert, die auch vom DGB unterstützt wird. Mit dieser Unterschriftensammlung soll erreicht werden, daß der Neff-Betriebsleitung per einstweiliger Anordnung untersagt wird, den Namen, also Warenzeichen „Neff", an eine andere Firma zu verkaufen, oder Neff-Geräte in Rothenburg ob der Tauber zu produzieren.

Die einzig löbliche Ausnahme bilden die Auszubildenden, die im Betrieb eine Demo organisiert haben und in einem Brief an Dürr von ihm verlangen, daß er von seinem Monatseinkommen (von 100000 Mark) 10000 Mark für die Lehrwerkstatt abzweigen soll. Damit wäen die Ausbildungsplätze bei Neff gesichert.

Bei Zanker in Tübingen arbeiten ca. 1000 Kollegen. Es werden Trockner, Waschautomaten und Waschkombinationen hergestellt. Das Konzept der AEG-Spitze sieht vor, daß Zanker in Tübingen liquidiert wird und die Produktion nach Nürnberg geht. Dies gilt vor allem für den neuen Kondensationswäschetrockner, der von Zanker entwickelt, aber nun ab 1983 in Nürnberg produziert werden soll. Wie bereits gesagt, befindet sich Zanker in Liquidationsvergleich. Vergleichsverwalter ist der Rechtsanwalt Ringwald aus Stuttgart. Bekannt wurde der schon als Vergleichsverwalter von Dual. Auch dort versuchte er, wie heute bei Zanker, den Eindruck zu erwecken, daß potentielle Käufer vorhanden wären, die von Kampfmaßnahmen der Belegschaft abgeschreckt würden. Der Käufer war dann Thompson-Brand, ein bekannter Arbeitsplatzkiller.

Aber zurück zu Zanker. Schon früh hatte sich dort ein Aktionskomitee und eine Bürgerinitiative gegründet, die erste Aktionen organisierten, wie öffentliche Betriebsversammlungen, Proteststreiks und Demonstrationen. Nach außen hin wurden diese Aktivitäten auch von der IGM unterstützt. Von Seiten der IGM wurden dann auch weitere Kampfmaßnahmen nach den Betriebsferien angekündigt. Als aber die Kollegen aus dem Urlaub kamen, wurde Ihnen eröffnet, daß Zanker Vergleich anmelden müsse. Hinzu kam, daß der Lohn für August und September nicht mehr gesichert war. Der Vergleichsverwalter und die Geschäftsleitung beantragten daraufhin Kurzarbeit. Rein rechtlich ein Unding.

Erstens bedarf Kurzarbeit der Zustimmung des Betriebsrats und zum zweiten muß die Kurzarbeit laut Tarifvertrag 14 Tage zuvor von der Geschäftsleitung beim Betriebsrat angemeldet werden. Als die Kollegen vom Urlaub kamen und von den Plänen erfuhren, wurde in weiten Teilen der Produktion die Arbeit niedergelegt. „Ohne Geld keine Arbeit" war die Losung.

Allen war klar, daß auch der Kurzarbeit nicht zugestimmt werden darf. In dieser Situation gab dann der IGM-Rechtssekretär Stein seine berüchtigte Rechtsberatung. Er erklärte dem Betriebsrat, daß die Geschäftsleitung auf Grund des Streiks in der Lage wäre, auch einseitig Kurzarbeit zu beantragen. Das hätte ein Bundesarbeitsgericht in grauer Vorzeit entschieden. Er war der Meinung, daß es besser wäre, wenn die Kollegen ihre Arbeitskraft anbieten würden. Die Bezirksverwaltung in Stuttgart erklärte, daß sie bereit wäre den Tarifvertrag außer Kraft zu setzen, wenn der Betriebsrat der Kurzarbeit zustimmt.

Damit lag der „schwarze Peter" wieder beim Betriebsrat. Entsprechend heiß wurde dann die Betriebsratssitzung. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde dann mit sechs zu vier Stimmen der Kurzarbeit zugestimmt. Ein Betriebsrat hatte empört vor der Abstimmung den Raum verlassen. Durch das Konzept der bezirklichen IGM-Spitze, die Auseinandersetzung auf juristische Ebene zu ziehen und sich auf Verhandlungen mit der Landesregierung zu konzentrieren, wurde die Kampfmoral der Kollegen bei Zanker erheblich geschwächt. Am Dienstag nach der Kurzarbeit, also am 24.8., gingen die Kollegen wieder zur Arbeit. Anfänglich konnte die Produktion noch nicht aufgenommen werden, da ein Teil der Kollegen sich weigerte zu arbeiten. Die Streikfront bröckelte aber Stück für Stück ab. Die größte Schuld hierbei liegt eindeutig bei der IGM. Der Vergleichsverwalter Ringwald hat die erste Runde gewonnen.

Durch eingesparte Löhne bei Kurzarbeit und durch einen Kredit der Landesregierung von fünf Millionen konnte die Produktion weiter geführt werden. Unserer Einschätzung nach geht es aber nicht um eine selbständige Weiterführung von Zanker, oder den Verkauf, wie es Ringwald behauptet, sondern nur um die ordnungsgemäße Liquidierung des Betriebs. Die halbfertigen Maschinen sollen fertig gebaut und verkauft werden. So wie das abgeschlossen ist wird auch das Schicksal von Zanker besiegelt.

Gewerkschaften in Albanien

„Die Einheit allerdings wollen wir ständig“

Anfang Juni fand der 9. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens im Sportpalast Partizani in Tirana statt. Die über 2000 Delegierten nahmen den Bericht des Genossen Rita Marko, Präsident des GVA, entgegen, analysierten die Tätigkeit ihres Verbandes in den vergangenen fünf Jahren seit dem 8. Kongreß des GVA und berieten die zukünftigen Aufgaben im Licht des 8. Parteitages der PAA vom November letzten Jahres. „Hebung der Rolle der Arbeiterklasse im ganzen Leben des Landes“, unter diesem Motto liefen die Arbeiten der großen Beratung der albanischen Arbeiter und Werktätigen ab. Der nachstehende Artikel wird aus diesem Anlaß heraus die Frage der Bedeutung von Gewerkschaften im Sozialismus behandeln, sowie einige Aufgaben, die sich heute dem GVA beim Aufbau des Sozialismus in Albanien stellen.

Als Genosse Hekuran Isai auf dem 8. Parteitag der PAA über Probleme der Kooperation, d.h. der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Betrieben, Behörden und staatlichen Stellen sprach, die voraussetzt, daß die Interessen des einzelnen Betriebs, der einzelnen Genossenschaft, des einzelnen Ministeriums dem Gesamtinteresse der Gesellschaft untergeordnet wird, sagte er unter anderem:

„Das politische Niveau zum Verstehen dieser Kooperation und die dazu erforderliche Einheit existieren. Das hat auch der Fall des Erdbebens gezeigt, als ganz Albanien sich erhob. Es liegt klar auf der Hand, daß in schwierigen Momenten das Gefühl der Solidarität durch die politische Reife unseres Volkes anwächst. Das ist (...) eine gute Sache, ist die Erziehung der Partei. Doch wir werden nicht immer Erdbeben haben — und wollen sie auch gar nicht haben —, um die Einheit von Wirtschaft und Menschen unter Beweis zu stellen. Die Einheit allerdings wollen wir ständig, wir wollen sie auch für die Kooperation, von der die Rede ist. Versteht man das nicht so, können uns die Nichtrealisierungen mehr zufügen als Erdbeben, mit dem reinen Unterschied, daß wir das mit eigener Hand verursachen, während Erdbeben von der Natur verursacht werden.“ (1)

Im Zeitraum zwischen dem 8. und 9. Kongreß des GVA hat es in Albanien auch einen **politischen** Erdstoß gegeben, den abrupten Abbruch der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit Albanien seitens der Pekinger Revisionisten und die Streichung sämtlicher Kredite.

Diesen „Erdstoß“, von dem viele glaubten, er würde Albanien in den Abgrund stürzen, verkafteten die albanischen Werktätigen genauso gut wie das von Hekuran Isai erwähnte Erdbeben, das im Frühjahr 1979 in einigen nördlichen Bezirken Albaniens, vor allem in Shkodra und Lezha, beträchtliche Schäden anrichtete.

Die Folgen des natürlichen Erdbebens waren bis Oktober 1979 voll und ganz beseitigt; und auch dem von den chinesischen Revisionisten verursachten „politische Erdstoß“ blieb der Erfolg versagt; den albanischen Werktätigen gelang es, die von den Chinesen halbfertig zurückgelassenen Werke zumeist innerhalb der vorgesehenen Fristen aus eigener Kraft fertigzustellen (glänzendstes Beispiel: Eisenhüttenkombinat Stahl der Partei in Elbasan und Wasserkraftwerk Licht der Partei in Fierza) und den Teil des Außenhandels, der vormals mit China abgewickelt wurde (rund 50 Prozent), auf andere Märkte umzuleiten, so daß der 6. Fünfjahrplan aller Feinde zum Trotz im allgemeinen erfüllt werden konnte.



Vor dem Kongreß-Gebäude.

Die „allumfassende Organisation“ der Arbeiterklasse

Grundvoraussetzung für den in jeder Hinsicht heroischen Kampf des albanischen Volkes ist und bleibt die richtige Linie seiner Partei und die Einheit des Volkes, wobei sich diese beiden Faktoren gegenseitig bedingen. Die Qualität der Volkseinheit ist gewissermaßen der Gradmesser für die richtige Linie der Partei, ihre Verkörperung.

Wie aber stellt die Partei diese Einheit her, wie sorgt sie dafür, daß ihre Linie die Massen ergreift? Indem sie die Massen im Kampf für den Aufbau des Sozialismus, d.h. im Kampf zur Verwirklichung ihrer ureigensten Interessen organisiert. Die Besten sind in der Partei organisiert, in der „lenkenden Kaft“ (2), wie Stalin sagt; in Albanien sind das statistisch gesehen 4,5 Prozent der Bevölkerung. Doch ohne die parteilosen Massen zu organisieren, ist der Aufbau des Sozialismus ein Ding der Unmöglichkeit, was auch Genossin Lenka Cuko, Mitglied des Politbüros der PAA, im Rahmen der Grußadresse des Zentralkomitees an den 9. Kongreß der GVA feststellte:

„Der Sozialismus kann nicht allein mit den Kräften der Partei aufgebaut werden.“ (3)

Wo organisiert die Partei die parteilosen Massen zum Aufbau des Sozialismus, d.h. zur Durchsetzung ihrer ureigensten Interessen? In den Massenorganisationen. Dazu gehören auch die Gewerkschaften, über die Stalin sagt:

„Sie vereinigen die Arbeiter aller Berufe. Es sind dies keine Parteiorganisationen. Die Gewerkschaften kann man als die allumfassende Organisation der bei uns herrschenden Arbeiterklasse bezeichnen. Sie sind Schulen des Kommunismus. Sie stellen aus ihrer Mitte die besten Leute für die leitende Arbeit in allen Verwaltungszweigen. Sie verwirklichen die Verbindung zwischen den fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Elementen innerhalb der Arbeiterklasse. Sie verbinden die Arbeitermassen mit der Avantgarde der Arbeiterklasse.“ (4)

An anderer Stelle bezeichnet Stalin „Die *Gewerkschaften* als Massenorganisationen des Proletariats, die die Partei mit der Klasse, vor allem auf dem Gebiet der Produktion, verbindet.“ (5)

Erfolge in der Produktion

Werfen wir also einen Blick auf die Produktionsfront. Genosse Rita Marko ging in seinem Bericht auf einige Ergebnisse des Jahresplans 1981, des ersten Jahres des vom 8. Parteitag verabschiedeten 7. Fünfjahresplans ein. Gegenüber 1980 erhöhte sich die industrielle Gesamtproduktion um 7 bis 8 Prozent (im gesamten Fünfjahrplan ist eine Steigerung von 36 bis 38 Prozent vorgesehen), die landwirtschaftliche Gesamtproduktion um 7 Prozent (im gesamten Fünfjahrplan ist eine Steigerung von 30 bis 32 Prozent vorgesehen). Man liegt also, insbesondere auf dem Gebiet der Landwirtschaft, gut im Rennen. Übererfüllt worden ist der Jahresplan 1981 im Transportsektor, im Bereich der Arbeitsproduktivität in Industrie und Bauwesen und auf dem Gebiet der Kostensenkung. Die Arbeitsproduktivität in Industrie und Bauwesen soll im Verlauf des Fünfjahrplans um jeweils 13 bis 15 Prozent und um 14 bis 16 Prozent steigen.

Wie sieht es mit dem Jahresplan 1982 aus, genauer gesagt, mit den Ergebnissen des ersten Halbjahres (1. Januar bis 30. Juni). Hier sollte man nicht unerwähnt lassen, daß eine Reihe von Kollektiven aus Anlaß des Gewerkschaftskongresses den Halbjahresplan bereits zum 6. Juni, also zum Eröffnungstag des Kongresses, erfüllt hatten.

Desweiteren liegen mittlerweile einige Zahlen aus den Bezirken Lezha und Saranda vor, die wir den Briefen entnehmen können, die die Plenen der jeweiligen Bezirksparteikomitees am 12. bzw. 14. Juli Genossen Enver Hoxha gesandt haben, um ihn über die Erfolge an der Produktionsfront zu unterrichten. (Die Briefe wurden in der Presse abgedruckt.)

Lezha: Der Plan für die Weizenerzeugung wurde zu 102 Prozent erfüllt, durchschnittlich 33,6 dz/ha. Eine Produktionseinheit kam auf einer Anbaufläche von 350 ha auf durchschnittlich 46 dz/ha, einzelne Brigaden sogar auf 48 bis 50. Zum ersten Mal wurden in diesem Jahr 55 Prozent der Weizenanbaufläche bewässert. Ernte, Dreschen und Erfassung wurden innerhalb von 20 Tagen abgewickelt. Die Milchproduktion wurde zu 108 Prozent erfüllt, die Milchablieferung zu 101 Prozent. Die Fleischproduktion zu 96 Prozent, die Ablieferung zu 113 Prozent. Die Gemüseerzeugung wurde zu 130 Prozent realisiert, die Ablieferung zu 106 Prozent. Einige Ziffern aus der Industrie: industrielle Gesamtproduktion 107,7 Prozent, Bau- und Montagevolumen 104,3 Prozent, Warenumsatz 100,5 Prozent, kommunale Dienstleistungen 102 Prozent, Export 132 Prozent. Die Kosten für das Produktions-, Bau- und Dienstleistungsvolumen fielen um 1 Prozent niedriger aus als im Plan vorgesehen.

40 Jahre „Zeri i Populit“

PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE, BASHKOHUNI!

ZERI i POPULLIT

ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

Nr. 138 (10.565) | E enjte 10 qershor 1982

„Zeri i Popullit“ (Stimme des Volkes), das Zentralorgan des ZK der PAA, feiert in diesen Tagen sein 40jähriges Bestehen — die erste Ausgabe der Zeitung erschien am 25. August 1942, während des Befreiungskrieges. In einer der nächsten Ausgaben des RM werden wir ein ausführliches Porträt des albanischen Parteiorgans bringen.



Albanische Bergarbeiter.

Saranda: Hier wurden 19000 dz Weizen mehr als im letzten Jahr geerntet, d.h. pro Hektar 3,2 dz mehr. Einige Sektoren der landwirtschaftlichen Staatsbetriebe ernteten zwischen 40 und 48 dz/ha. Über den Halbjahresplan hinaus wurden produziert: 12300 dz mehr Gemüse, 5500 dz mehr Milch und 1300 dz mehr Fleisch. In der Landwirtschaft wurden im ersten Halbjahr dieses Jahres 8,5 Millionen Lek mehr eingenommen als vorgesehen. Die industrielle Gesamtproduktion wurde zu 107 Prozent realisiert, die Arbeitsproduktivität in Industrie und Bauwesen zu jeweils 106 und 109 Prozent, der Export zu 103 Prozent, das Bauvolumen zu 101 Prozent, der Transportplan zu 102 Prozent, Warenumsatz 102 Prozent, kommunale Dienstleistungen 108 Prozent.

Produktionskampf ist auch Klassenkampf

Produktionskampf aber ist Klassenkampf, auch das wird deutlich in der albanischen Presse widergespiegelt. So startete „Zeri i popullit“ am 16. Juli unter der Überschrift *„Betrieb in roten Zahlen, Leitung hält Maulaffen feil“* eine scharfe Kritik gegen einen landwirtschaftlichen Staatsbetrieb in Librazhd. Was wurde kritisiert? Nur 16 Prozent der Gesamtanbaufläche sind systematisiert; 80 bis 90 ha der Anbaufläche bestehen aus saurem Boden, für die Verbesserung wird fast nichts getan. Nur 10 bis 15 ha haben ein Entwässerungssystem (Dränage); Gemüse und Weintrauben werden unzureichend mit organischem Dünger versorgt; die Qualifizierung der Werktätigen und Spezialisten ist unzureichend; nur 15 Prozent der Arbeiter haben eine innerbetriebliche Prüfung abgelegt, nur 3 Prozent haben dabei die höchste Stufe erreicht. Als Resultat all dessen produziert der Betrieb seit Jahr und Tag munter mit Verlust.

Sicher, in Albanien denkt niemand daran, einen solchen Betrieb zu schließen, nur weil er unrentabel ist, aber dennoch liegt solch ein Betrieb der Volkswirtschaft auf der Tasche, die dazu da ist, die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen so gut wie möglich zu befriedigen und nicht, finanzielle Mittel in unwirtschaftlich arbeitende Betriebe zu investieren, vor allem dann nicht, wenn die objektiven Bedingungen gegeben sind, rentabel zu arbeiten.

Von diesem konkreten Beispiel ausgehend kommen wir zu einigen Aufgaben, die der GVA an der Produktionsfront hat. Seit dem 9. Kongreß wird in der Gewerkschaft verstärkt darüber diskutiert, daß **die Grundlage für die Vorwärtsentwicklung von Wirtschaft und Kultur der einheitliche Staatsplan ist.** Jedes Kollektiv, jede Brigade, jeder Sektor, jeder Betrieb, jeder Wirtschaftszweig usw. muß sich über das folgende absolut im klaren sein: Alles, was ich mache, wirkt sich auf die Gesamtwirtschaft, also auf die Interessen des ganzen Volkes aus. Erfülle oder überbiete ich die Pläne, habe ich nicht nur etwas für mich und meinen Bereich getan, sondern für das Gesamtinteresse, und umgekehrt, erfülle ich meinen Plan nicht, liege ich erstens der Volkswirtschaft auf der Tasche, verursache ich zweitens Nichterfüllungen in Bereichen, die von mir abhängen, schädige ich das Gemeininteresse. Mit anderen Worten, **das alte Prinzip der Solidarität in der Arbeiterbewegung „Einer für alle und alle für einen“ ist der Dreh- und Angelpunkt des sozialistischen Wirtschaftssystems.**

Initiativen von der Basis

Nehmen wir als Beispiel die Arbeiter und Werktätigen, die Gewerkschafter auf der Baustelle des neuen Wasserkraftwerkes in Koman. Nach langer Beratung in Partei und Volk ist im Rahmen des laufenden Fünfjahrplans festgelegt worden, daß die erste Turbine des neuen Wasserkraftwerks 1985 in Betrieb genommen werden soll. Sehen wir zunächst, was Genosse Enver Hoxha auf dem 8. Parteitag zum Plan gesagt hat:

„Natürlich ist der Plan Gesetz, und seine Durchführung ist eine staatliche Pflicht, doch darf uns das nicht daran hindern, Maßnahmen zu ergreifen, um eventuelle Änderungen für die Verbesserung seiner Kennziffern vorzunehmen, sooft das nötig und möglich ist.“ (6)

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Gesagt, getan. In diesem Geist haben die Gewerkschafter in Koman diskutiert. Bei der Analyse ihrer Arbeit haben sie viele Punkte gefunden, die weiter verbessert werden können, bei der Organisierung der Arbeit, bei der Mechanisierung verschiedener Arbeitsprozesse usw. Unter dem Strich kam dabei heraus, daß sie 1985 zwei Turbinen in Betrieb nehmen können. Die staatlichen Wirtschaftspläne werden also niemals auf der Grundlage von Höchstleistungen ausgearbeitet, sondern von Durchschnittsleistungen; Höchstleistungen werden der Arbeiterklasse also niemals aufs Auge gedrückt, im Gegenteil, sie kommen aus der Mitte der Arbeiterklasse, als freiwillige Initiative.

Die Auswirkung der Verpflichtung der Bauschaffenden in Koman, einem nur winzigen Trupp des gesamten werktätigen Volkes, wird über kurz oder lang jeder Albaner zu spüren bekommen, denn: 1985 wird mehr Strom erzeugt, als zunächst geplant, also hat man zusätzliche Energiereserven für die Industriealisierung des Landes, also kann man den Stromexport steigern, also auch den Import bzw. die Deviseneinnahmen, was auch wieder der Gesamtwirtschaft zugute kommt usw.



9. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens.

Solcherlei **revolutionäre Initiativen** gibt es zu Dutzenden und Aberdutzenden in Albanien. Die Hüttenarbeiter in Elbasan haben sich verpflichtet, ein Prozent Rohstoffe einzusparen; andere Initiativen laufen darauf hinaus, den elektrischen Strom rationeller einzusetzen und dadurch Energie zu sparen, die dann an anderer Stelle wieder dem ganzen Volk zugute kommt usw.

Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation besteht darin, diese Initiativen aufzugreifen, zu popularisieren, weitere Belegschaften zu überzeugen, damit sie ihrerseits Initiativen unternehmen, darauf zu achten und dafür zu kämpfen, daß die zuständigen Verwaltungen ihre Arbeitsmethode auf die Initiativen umstellen, denn so mancher Verwaltungsmann ist da unbeweglich, er hat sich auf die Ziffern im Plan eingestellt, alles ausgerechnet und organisiert an seinem Schreibtisch, denn der Plan ist ja „Gesetz“, und plötzlich kommt die Arbeiterklasse daher und wirft alle seine Zahlenspiele über den Haufen. Deshalb sind die Initiativen auch ein hervorragendes Mittel, bürokratische Verkrustungen bloßzulegen und hinwegzufegen, haben also nicht nur immense wirtschaftliche Bedeutung, sondern dienen auch zur Revolutionierung von Verwaltung und Staat. Hier hat die Gewerkschaft also auch „staatspolitische“ Verantwortung.

Dasselbe gilt auch für **Erfindungen und Rationalisierungsvorschläge** aus den Reihen der Gewerkschaft. Des öfteren kann es vorkommen, daß solche Vorschläge schulterklopfend entgegengenommen werden, um dann auf Nimmerwiedersehen in der untersten Schublade des Chefingenieurs zu verschwinden, unter dem Vorwand, „im Prinzip gut gedacht, aber unter den heutigen Bedingungen undurchführbar“. Gut, nicht alles ist sofort durchführbar, nicht selten ist aber auch die fehlende Bereitschaft von Verwaltungsleuten, sich den Kopf zu zerbrechen, ein Hindernis. Hier liegt es an der Gewerkschaftsorganisation, dem Neuen zum Durchbruch zu verhelfen. Im letzten Fünfjahrplan, so Genosse Rita Marko auf dem Gewerkschaftskongreß, „sind über 60000 Vorschläge in die Tat umgesetzt worden, sind 964 Produktionsstraßen, Abteilungen und Fabriken errichtet worden, sind rund 49000 neue Artikel produziert worden“ (7)! Hier liegt es vor allem an den Gewerkschaften, dem schöpferischen Denken der produzierenden Klasse, dem keinerlei Grenzen gesetzt sind, zum Durchbruch zu verhelfen.

„Die Arbeiter selbst haben es in der Hand...“

Die Initiativen sind Ausdruck des Denkens der politisch und idologisch am weitesten fortgeschrittenen Arbeiter, mit den Kommunisten an der Spitze, der Gewerkschaftsverband aber ist zuständig für die gesamte Arbeiterklasse, für alle Werktätigen, auch für die mittelmäßigen, auch für die Rückständigen, denn die Arbeitereinheit im Kampf für den sozialistischen Aufbau kann und darf sich nicht auf die fortgeschrittensten Arbeiter beschränken. Wie sagte Stalin? Die Gewerkschaften „verwirklichen die Verbindung zwischen den fortgeschrittenen und den zurückgebliebenen Elementen innerhalb der Arbeiterklasse.“

Es ist die Aufgabe aller in der Gewerkschaft organisierten Arbeiter und Werktätigen, die vorhandenen Produktionskapazitäten so gut wie möglich auszulasten, Lieferfristen im Rahmen des möglichen zu verkürzen, mit einem Wort, alle noch vorhandenen Reserven aufzudecken und in den Dienst der Produktion zu stellen, denn Reserven zu mobilisieren bedeutet, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, ohne einen zusätzlichen Lek investieren zu müssen.

Genosse Adil Carçani sagte in diesem Zusammenhang auf dem 8. Parteitag:

„Wenn jeder Traktor in der Landwirtschaft nur einen Arbeitstag mehr arbeitet als geplant, so entspricht das der Jahresarbeit von 100 neuen Traktoren; die Steigerung des Nutzungskoeffizienten der Kraftwagen des Verkehrsministeriums im Jahre 1981 um nur 1 Prozent ist gleich der Arbeit von 50 Lastwagen; wenn die Gesamtzahl der Kühe in den landwirtschaftlichen Betrieben des Landes unter gleichen Bedingungen genauso viel Liter Milch pro Kuh geben würde, wie das tatsächlich bei den 700 Tieren im Rinderkomplex des landwirtschaftlichen Betriebs in Kamza der Fall ist, so hätten wir 1985 einen Produktionszuwachs an Milch, der 30 Prozent über dem liegt, was im Direktivenentwurf (für den 7. Fünfjahrplan, J. V.) vorgesehen ist.“ (8)

Und weiter: „Nur 1 Prozent Einsparung über den Plan hinaus, an elektrischer Energie und an einigen der wichtigsten Materialien und Rohstoffe, die unmittelbar mit Import und Export zusammenhängen, würde Devisenfonds schaffen, die ausreichen, um den Bau zwei weiterer Werke zur Produktion von Harnstoff wie in Fieri zu ermöglichen.“ (9)

All das ist durch Verbesserung der Organisierung der Arbeit, durch Qualifikation der Werktätigen, durch vernünftige Maschinenwartung, durch Ausnutzung des gesamten Arbeitstages usw. und nicht zuletzt durch die Erhöhung des politischen Bewußtseins über diese Zusammenhänge, durch die Einsicht in die Tatsache, daß der Kampf an der Produktionsfront, daß Erfolge an der Produktionsfront letzten Endes jedem einzelnen Werktätigen zugute kommen, zu erreichen. Hier findet die Gewerkschaft ein breites Betätigungsfeld vor.

Die jüngsten Preissenkungen in Albanien sind ein deutliches Indiz dafür, daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften in diesen Bereichen auf dem Vormarsch sind.

Genosse Rita Marko sagte auf dem 9. Kongreß des GVA: „Im sozialistischen Albanien wird alles zum Wohl der Werktätigen getan. Sie selbst haben es in der Hand, daß der materielle Wohlstand durch Arbeit und neue größere Anstrengungen garantiert und weiter vorangetrieben wird.“ (10)

Gegen „Globalismus“

Eines der wichtigsten Mittel auf diesem Gebiet ist die Organisierung des **sozialistischen Wettbewerbs** seitens der Gewerkschaften. „Der sozialistische Wettbewerb ist eine Methode, um die schöpferische Tätigkeit der werktätigen Massen im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion entsprechend dem Prinzip ‚mehr, schneller, besser, billiger‘ zu entwickeln und zu vertiefen“ (11). In diesem Rahmen ist es eine wichtige Aufgabe des Gewerkschaftsverbandes, gegen den Globalismus zu kämpfen. Was ist Globalismus? Der Plan, sagen wir eines Betriebs, besteht aus verschiedenen Positionen, z.B. landwirtschaftliche Geräte, Ersatzteile für die Industrie, Fertigprodukte für den Export usw. All diese Positionen sind Bestandteil der industriellen Gesamtproduktion des Betriebs. Erfüllt der Betrieb jetzt den Plan dergestalt, daß beispielsweise der Plan für landwirtschaftliche Geräte zu 90 Prozent erfüllt ist, der Plan für Ersatzteile zu 100 Prozent und der Exportplan zu 110 Prozent, so ist der Plan der industriellen Gesamtproduktion zwar **global** gesehen zu 100 Prozent realisiert, aber der Betriebsdirektor hat keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, denn draußen auf den Staatsfarmen und Genossenschaften kann es aufgrund der schlechten Arbeit des Betriebs hinsichtlich der landwirtschaftlichen Geräte zu Engpässen kommen.

Das Problem des Globalismus kann auch bei der Warenverteilung auftauchen. Nehmen wir an, statistisch gesehen sind ausreichend Waren vorhanden, sagen wir Sandalen; wenn sie sich aber in einigen Depots, sagen wir in Tirana und Durres usw. bis unter die Decke staplen, fehlen sie natürlich in Saranda und Gjirokastra. Deshalb ist der Kampf gegen den Globalismus, den der Gewerkschaftsverband führen muß, aufs engste mit den Interessen der Arbeiterklasse, der Gewerkschaftsmitglieder, verknüpft.

Die Frage der Normen

Eine weitere wichtige Angelegenheit, bei der die Organisierung des Gewerkschaftsverbandes eine ausschlaggebende Rolle spielt, ist die Frage der **Arbeit mit Normen**, namentlich die Frage der Normenerhöhung.

„Ich will (...), daß wir differenzieren zwischen denen, die ihre Norm erhöhen können, und denen, die es nicht können, weil die Voraussetzungen dafür nicht vorhanden sind. Ich will, daß wir nicht anordnen, sondern überzeugen. Ich will, daß wir zumindest die einflußreichsten Arbeiter im Betrieb für die Sache gewinnen, statt alle gegen uns aufzubringen.“ [...] *„Ich sage euch, diese Normenerhöhung läßt sich nicht auf dem Verwaltungsweg machen. Das führt zum Rückzug, wenn nicht sogar zu einer Niederlage.“* [*12*]

Dieser kleine Auszug aus dem Roman „5 Tage im Juni“ von Stefan Heym veranschaulicht, daß die Frage der Normenerhöhung für uns deutsche Kommunisten eine höchst heikle Angelegenheit darstellt. Der obige Dialog findet am Vorabend des 17. Juni 1953 in der DDR statt, als die Regierung auf Anweisung des Politbüros der SED ohne Rücksicht auf den Bewußtseinstand der Arbeiterklasse eine drastische Erhöhung der Normen verordnet hat, was schließlich dazu führte, daß vom Westen gesteuerte faschistische Elemente am 17. Juni Teile der Arbeiterklasse gegen Partei und Regierung aufhetzen konnten. Also hatte die SED damals mit ihrer Maßnahme die durch die historischen und aktuellen Umstände ohnehin nicht sehr stabile Einheit der Arbeiterklasse mit ihrer administrativen Entscheidung erheblich untergraben und Teile der Arbeiterklasse in die Arme der Reaktion getrieben. Gerade wir deutschen Kommunisten wissen also nur allzu gut, daß die Frage der Normenerhöhung im Sozialismus nicht nur von hoher wirtschaftlicher Bedeutung ist, sondern auch unmittelbar mit der Frage der Arbeitermacht selbst zusammenhängt.

Klären wir zunächst, was ist eigentlich eine Arbeitsnorm. „Unter Arbeitsnorm verstehen wir die Quantität und die Qualität des produzierten Produkts oder der in der Zeiteinheit geleisteten Arbeit, wobei alle Möglichkeiten genutzt werden, die in der Produktion existieren.

Die Arbeitsnormen dienen dazu, die Arbeitsmenge zu messen, die jeder Arbeiter oder Genossenschaftsbauer im Produktionsprozeß verausgabt; als Maß der Entlohnung der Arbeit der Arbeiter und der Genossenschaftsbauern; als Grundlage für die Planung der Produktivität, der Produktion, der Anzahl von Arbeitern und Maschinen usw., sowie dazu um das Niveau der Organisierung der Arbeit widerzuspiegeln und es auf wissenschaftlichen Grundlagen ständig zu vervollkommnen.“ (13)

Daraus wird ersichtlich, daß eine wissenschaftliche Planung der Wirtschaft, die eine unabdingbare Notwendigkeit geworden ist, ohne Arbeitsnorm überhaupt nicht möglich ist. Trotzdem beschleicht den einen oder anderen beim Stichwort Norm ein unangenehmes Gefühl. Denn ins einfache Arbeiterdeutsch übersetzt heißt Normenerhöhung doch nichts anderes als bei gleichem Lohn mehr zu arbeiten. Während man im Kapitalismus mit vollem Recht gegen die Steigerung der Arbeitsinentsität kämpft und dasselbe von den Gewerkschaften verlangt, sollen die Gewerkschaften im Sozialismus das genaue Gegenteil tun, sich für Normenerhöhungen einsetzen, am Ende noch zu Antreibern werden, also genau das Geschäft übernehmen, das früher der Meister und Obermeister hatte, nur diesmal im Namen der Arbeitermacht?

Ohne Zustimmung der Arbeiter läuft nichts

Man kann natürlich zu Recht darauf hinweisen, daß im Sozialismus die Steigerung der Arbeitsproduktivität jedem zugute kommt, während sie im Kapitalismus nur den Geldbeutel der Kapitalisten füllt. Man stelle sich einmal vor, in Westdeutschland würde sich die Arbeiterklasse ab morgen dazu verpflichten, sagen wir 10 Prozent mehr zu arbeiten. Das Kapital würde aus lauter Dankbarkeit schleunigst die Arbeitslosigkeit um 10 Prozent anwachsen lassen und noch schneller Profite anhäufen. So richtig (und notwendig) diese Argumentation auch ist, sie nimmt einem dennoch nicht das eben erwähnte unangenehme Gefühl.

In Albanien wird natürlich, vor allem im Gewerkschaftsverband, auch mit dem Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus argumentiert, mit gesellschaftlichen Notwendigkeiten, mit der Notwendigkeit, das Eigentinteresse dem Gemeininteresse unterzuordnen, und damit, daß zwischen diesen beiden Interessen kein unüberbrückbarer Gegensatz mehr besteht, daß es ohne Produktivitätssteigerung keine Hebung des Wohlstands gibt, usw. Diese Argumentation ist sozusagen die Grundlage für alles weitere.

Darüber hinaus gibt es aber einige Beispiele, die dafür sorgen, daß nicht jeder Fabrikdirektor nach Lust und Laune mit den Normen jonglieren kann. Das oberste Gebot lautet: **Ohne die Zustimmung der betroffenen Arbeiter läuft absolut nichts in Sachen Normen.** Alle, die schon einmal in Albanien Industriewerke besucht haben, werden bestätigen können, daß sich in Albanien so leicht keiner totarbeitet, was ein überzeugendes Indiz dafür ist, daß der Arbeiter bzw. die Belegschaft ihr Arbeitstempo selbst in der Hand haben. Allerdings besteht aufgrund der selber gemachten Erfahrung und des Ansehens, das Partei und Staat genießen, die allgemeine Neigung, seine Kraft zum Wohl der Gesellschaft einzusetzen.

Normenerhöhungen müssen also von der Belegschaft diskutiert und gebilligt werden. Wann steht die Frage der Normenerhöhung an? Bei technologischen Verbesserungen, bei der Erhöhung des Mechanisierungsgrads, bei einer Hebung der Qualifikation, wenn offensichtlich ist, daß die bestehenden Normen spielend zu überbieten sind usw. Nur in solchen Fällen wird das Problem aufgeworfen, meistens von den Arbeitern selbst.

jvt

(Den letzten Teil des Artikels bringen wir im nächsten RM.)

Literaturhinweise

1. Hekuran Isai, Diskussionsbeitrag auf dem 8. Parteitag der PAA, Tirana 1981, S. 15
2. J. W. Stalin, Werke Bd. 8, Hamburg 1971, S. 29
3. Grußadresse des ZK der PAA an den 9. Kongreß des GVA, „Zeri i popullit vom 7. Juni 1982
4. J. W. Stalin, Werke Bd. 8, S. 30
5. ebenda, S. 32
6. Enver Hoxha, Bericht an den 8. Parteitag der PAA, dt. Ausg., Tirana 1981, S. 70
7. Rita Marko, Bericht des Zentralsart des GVA und die Aufgaben des Gewerkschaftsverbandes zur Durchführung der Beschlüsse des 8. Parteitags, „Zeri i popullit“ vom 7. Juni 1982
8. Adil Carçani, Diskussionsbeitrag auf dem 8. Parteitag der PAA, Tirana 1981, S. 11 f.
9. ebenda, S. 13
10. Rita Marko, Bericht des Zentralrats
11. Njohuri per ekonomine socialiste, Tirana 1981, S. 115
12. Stefan Heym, „5 Tage im Juni“, Frankfurt 1979, S. 8
13. Njohuri per ekonomine socialiste, S. 116

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE
	1. Programm	
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Auslieferung an die Türkei bedeutet Folter und Tod

RAV: Bonn soll niemanden mehr abschieben

Hannover. — Oppositionelle Demokraten und Antifaschisten, Gewerkschafter und Angehöriger der kurdischen und anderer nationaler Minderheiten in der Türkei sehen grauenhaften Martern und dem Tod entgegen, wenn sie an die Militärjunta in Ankara ausgeliefert werden. Das hob der westdeutsche Republikanische Anwaltsverein (RAV) vor einigen Tagen in einer Erklärung hervor. Er forderte deshalb die Bundesregierung auf, niemanden mehr an die Türkei auszuliefern, auch dann nicht, wenn ein westdeutsches Gericht der Auslieferung bereits zugestimmt hat.

Die demokratischen Anwälte wiesen darauf hin, daß in Auslieferungsbegehren der türkischen Behörden kriminelle Delikte erfunden und vorgeschoben werden, um Regimegegner in die Hände zu bekommen und dann zu erledigen.

Seine Forderung an die Bundesregierung untermauerte der RAV mit Bezeugungen des früheren Präsidenten der Rechtsanwaltkammer in der Türkei, Şerafettin Kaya, der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international sowie der internationalen Juristenkommission. Er unterstrich auch, daß neben den politisch Verfolgten auch alle Rechtsanwälte, die es wagen, ihre Verteidigung zu übernehmen, brutalen Folterungen ausgesetzt sind.

Als kennzeichnend wurde das Schicksal des Gewerkschafters Sevim Akbas angeführt, der am 4. Mai in Aarau von der Schweizer Fremdenpolizei in die Türkei abgeschoben wurde. Auf Akbas Aussage, er werde dort aus politischen Gründen verfolgt, nahmen die Behörden keine Rücksicht. Kurz nach der Zwangsauslieferung übergaben die türkischen Behörden den Angehörigen Sevim Akbas seine Leiche. Sie wies nach ärztlicher Feststellung zahlreiche Folterspuren auf.

Die westdeutsche Botschaft in Ankara hat bisher die faschistische Junta bei ihren Verbrechen dadurch unterstützt, daß sie sie gegen den Verdacht der Folterung und Ermordung politischer Gefangener in Schutz nahm. Derartigen Versicherungen, so betonte der RAV, könne nicht mehr geglaubt werden, zumal sich das Militärregime nach wie vor ganz offen weigert, der Bundesregierung eine Garantie zu geben, daß Todesurteile künftig nicht mehr verhängt oder wenigstens nicht mehr vollstreckt würden.

Natürlich würde selbst eine solche Bekundung keinen Schutz vor Folter und Tod darstellen. Und außerdem bleibt jede Verfolgung von Antifaschisten ein Verbrechen, auch wenn sie nicht zum Tode führt. Aber die Tatsachen unterstreichen nur, was die bundesdeutschen Behörden wissentlich zulassen, wenn sie politisch Verfolgte, die sich in die Bundesrepublik retten konnten und hier um Asyl nachsuchen, wieder abschieben. Bekanntlich ist die Bundesregierung dazu übergegangen, den Tatbestand der politischen Verfolgung durch die Faschisten in Ankara generell zu leugnen, ausgerechnet die Militärregierung als Garanten für Demokratie hinzustellen und im Grundsatz jedem Asylantrag eines Demokraten aus der Türkei, eines Angehörigen der blutig unterdrückten nationalen Minderheiten die Berechtigung abzusprechen. Auch aus Westdeutschland werden politsch Verfolgte, an deren Schicksal es keinen Zweifel geben kann, ausgeliefert. Der landläufige Ausdruck für solches Verhalten lautet „Schreibtischmord". Den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen des westdeutschen Kapitals in der Türkei werden Menschenleben geopfert. Damit muß Schluß gemacht werden!



Ausländer in Abschiebehaft.

Klaus-Jürgen Rattays Tod soll ungesühnt bleiben

Westberlin. — Die Akten im „Fall" Klaus-Jürgen Rattay bleiben geschlossen. Die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht hat die Einstellung des Ermittlungsverfahrens bestätigt, das die Eltern des von der Polizei vor einen fahrenden Bus gejagten Jugendlichen wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung gegen die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes angestrengt hatten. Ein „Fremdverschulden" sei „nicht festzustellen"; zwischen dem Polizeieinsatz und dem Tod Klaus-Jürgens sei „ein Zusammenhang nicht herzustellen". Eine Ermutigung zur Ausweitung des Polizeiterrors.



Westberliner Polizei in Aktion. Hemmungsloser Knüppeleinsatz nach dem Tod Klaus-Jürgen Rattays, den Polizisten vor einen Bus getrieben hatten.

Tod nach CS-Gas-Beschuß

Hannover. — CS-Gas, das in verschiedenen Bundesländern inzwischen zum Bestandteil der Polizeibewaffnung geworden ist und dessen bundeseiter Einsatz abzusehen ist, tötet. Wenn auch nicht zwangläufig jeder, der mit dem Gas in Berührung kommt, sterben muß, sondern die meisten mit Schockzuständen, Kreislaufkollapsen, Atemnot usw. als sofortige Reaktion davonkommen — die Spätfolgen, z.B. Krebs, nicht berücksichtigt —, so ist doch die Lebensgefahr besonders für nicht vollkommen gesunde Menschen groß. Das geht aus verschiedenen Gutachten hervor, über die der „Rote Morgen" bereits ausführlich berichtet hat; bestritten wird das eigentlich nur von einem durch die Behörden in Auftrag gegebenen Gutachten des Fraunhofer-Instituts.

Da das offiziell als „Reizgas" verharmloste Gift zum Einsatz gegen eine Masse von Demonstranten vorgesehen ist, werden zukünftig bei jedem solchen Einsatz bewußt Tote in Kauf genommen.

Hin und wieder versuchen Politiker und Polizeistellen die angebliche „Harmlosigkeit" des Kampfstoffes nachzuweisen, indem sie für Politiker, für die Presse usw. Einsatzdemonstrationen vorführen, bei denen sich dann Freiwillige — so heißt es jedenfalls offiziell — dem Beschuß mit geringen Dosen CS aussetzen.

Eine solche Demonstration ließ das Innenministerium Niedersachsens am 25. Mai dieses Jahres auf dem Gelände der Landesbereitschaftspolizei in Hannover durchführen. Am 4. Mai hatte Landesinnenminister Möcklinghoff (CDU) bekanntgegeben, die niedersächsische Polizei werde mit dem Kampfgas ausgerüstet. Geladen war der Innenausschuß des niedersächsischen Landtages. **Verschiedene Polizeibeamte wurden mit CS-Gas besprüht. Einer von ihnen, der 19jährige Michael R., brach mit einem Kreislaufkollaps und Atembeschwerden zusammen. Zwei Tage später ertrank der junge Mann beim Baden in völlig harmlosem Gewässer.**

Die Staatsanwaltschaft Hannover mußte sich einschalten, denn es lag auf der Hand, daß der Tod des Polizisten auf eine Schädigung des Organismus durch das CS-Gift zurückzuführen ist. Die Ermittlungen führten jedoch bisher zu keinem Ergebnis — ein bei der Medizinischen Hochschule in Hannover in Auftrag gegebenes Obduktionsgutachten läßt ungewöhnlich lange auf sich warten. Bestimmt kein Zufall.

Der für dieses Gutachten zuständige Arzt verweigert bisher jede Auskunft. Inzwischen meldete sich aber ein anderer Sachverständiger der selben Hochschule zu Wort, Professor Erich Wulff. Er berichtete am 25. August vor der Presse über Erfahrungen, die er vor Jahren als Arzt in Vietnam gemacht hat. Damals wurde eine Demonstration von Buddhisten durch Angehörige der US-amerikanischen Aggressionstruppen und ihrer südvietnamesischen Handlanger unter Einsatz amerikanischer „Reizgase" aufgelöst. Professor Wulff behandelte die Opfer und stellte schwere Schädigungen ihrer Organe fest.

Der Tod des Polizisten ließ selbst in der FDP-Fraktion des niedersächsischen Landtages Widerspruch gegen den CS-Einsatz laut werden. Möcklinghoff wurde aufgefordert, den geplanten Einsatz wenigstens „zurückzustellen". Es wurde außerdem darauf verwiesen, daß er sich über „eindeutige medizinische Vorbehalte" hinweggesetzt habe.

In der Tat, das hat er. Möcklinghoff und alle Gleichgesinnten nehmen Tote in Kauf, ganz bewußt. Das muß immer wieder klar herausgestellt werden. Wenn schon ein Polizist, der ja normalerweise gut durchtrainiert ist, bei einer Übung — wo sicher vorsichtiger mit dem Kampfstoff umgegangen wird als beim Überfall auf Demonstranten — so schwer geschädigt werden kann, wenig später tödlich verunglückt, dann zeigt das nur, wieviel größeres Unheil der Einsatz gegen eine Menschenmenge ganz unterschiedlicher Zusammensetzung hervorrufen kann.

Wir fordern eine umfassende Aufklärung über den Tod des Michael R.

Wir fordern das Verbot des Einsatzes von CS, das Verbot der Ausrüstung der Polizei mit diesem Kampfgas!

Der Senat wollte Gewalt

Westberlin. — Nach den Demonstrationen gegen den Berlin-Besuch Ronald Reagans, die am 10. und 11. Juni stattfanden, erhoben die Politiker ein lautstarkes Geschrei über die „Gewalttätigkeit" der Demonstranten. Man erinnere sich: Die angeblich „Ausschreitungen vorbeugenden" Maßnahmen der Polizei hatten am 11. Juni unter anderem darin bestanden, den Nollendorfplatz, auf dem sich Demonstranten trotz Verbot versammelt hatten, rundherum mit Stacheldraht abzusperren und so ein kleines Internierungslager zu schaffen. Das ist ein Beispiel dafür, daß der Senat von sich aus auf gewalttätige Auseinandersetzungen aus war, die er von vornherein für seine finsteren politischen Ziele auszuschlachten gedachte.

Dies wurde vor einigen Tagen in einem Brief unterstrichen, den Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie an die Mitglieder des Westberliner Abgeordnetenhauses schrieben. Darin fordern sie diese auf, „dem demokratischen Grundrecht der Demonstration, das neben den etablierten Institutionen unabdingbar lebendig bleiben muß, in aller Form Rechnung" zu tragen.

In der Erklärung heißt es wörtlich unter anderem:

„Die Demonstrationen am 10. und 11.6.1982 und die am 11.6. beobachteten Gewalthandlungen können nicht ohne die Vorgeschichte dieser Demonstration verstanden und beurteilt werden. In einem überwiegenden Teil der Presse und der anderen Medien wurde den Demonstranten von vornherein jegliche Legitimation abgesprochen. Auch führende Repräsentanten der Stadt schreckten vor Einschüchterungen oder ausschließlich negativen Qualifizierungen nicht zurück. Außerdem wurde vor allem durch die polizeilichen Beschlagnahmungen von Aufklebern, Wandsprüchen und dergleichen, die sich in dieser oder jener Form gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Berlin wandten (...) und das schließliche Verbot der Demonstration am 11.6. zweifelsohne eine gewalttätige Atmosphäre erzeugt. Außerdem fand ein Sortierungsprozeß unter den Demonstranten statt (...). Die Mehrheit der Demonstranten, die friedlich gegen den Reagan-Besuch demonstrieren wollten, wurden entweder durch die offiziellerseits und durch weite Teile der Berliner Presse geschaffene hysterische Klima davon abgehalten, am 11.6. selbst zu demonstrieren, oder ihr politisches Anliegen wurde an den Rand der Auseinandersetzungen gedrängt."

Weiter heben die Verfasser hervor: „(...) fraglos hat die Umzingelungstaktik der Polizei und hat polizeiliches Einsatzverhalten dazu geführt, daß gewaltförmige Auseinandersetzungen fast zwangsläufig entstehen mußten (...). Die Gewaltvorfälle am 11.6. rechtfertigen auch nicht hinterher das Verbot der Demonstration (...). Die Realisierung von Grundrechten enthält allemal Risiken, die nur nachweislicher Gefahr im Verzuge und aufgrund präziser Informationen dazu herhalten dürfen, Grundrechte einzuschränken oder, wie mit dem Demonstrationsrecht geschehen, zu suspendieren (...)".

Es ist zu begrüßen, wenn sich linkssozialdemokratische Kreise gegen staatliche Unterdrückung aussprechen. Allerdings sprechen wir grundsätzlich diesem Staat das Recht ab, demokratische Grundrechte außer Kraft zu setzen und etwa Demonstrationen zu verbieten, die sich gegen Kriegstreiber richten. (Man verstehe uns nicht falsch: Ein Schlag gegen demokratische Rechte ist auch, etwa den *Faschisten* eine Demonstration zu *erlauben*. Derlei Maßstäbe sind Lummer und Co. natürlich ebenso abhanden gekommen, wie etwa sozialdemokratischen Regierungen.)

Immer klarer wird, worauf der Berliner CDU-Senat aus ist, nämlich auf ein Klima der Gewalt, in dem der Ruf nach dem „harten Durchgreifen", dem „starken Mann" auf fruchtbaren Boden fallen kann. Andererseits sollen sowohl durch das ungeheuer harte Vorgehen der Polizei, als auch durch die hysterische Hetze, die ja nicht nur im Vorfeld, sondern gerade nach den Demonstrationen laut wurde, Demonstranten und demokratische Kräfte eingeschüchtert werden. Ein Erfolg dieser Taktik war die bedingungslose Absage an Gewalt, also auch an aktive Gegenwehr gegen jedwede Unterdrückungsmaßnahmen des Staates, durch maßgebliche Kräfte der Alternativen Liste. Diese Absage hatte nichts mehr zu tun mit der Ablehnung irrsinniger Einzelaktionen gewisser „Spontis". Allerdings, darauf wies auch das Komitee in seinem Brief ganz richtig hin, sind die „Ursachen (für derartige Aktionen, RM) in Fehlern der offiziellen Berliner Politik zu suchen", wobei „Fehler" sicher eine ungenügende Kennzeichnung ist.

Den Widerstand gegen Kriegstreiberei, das Recht der Demonstration gegen die Feinde der Völker darf man sich nicht nehmen lassen. Wohl gilt es dabei, das geeignetste, besonnenste und erfolgsversprechenste Vorgehen zu finden und den Provokationen des Staates entgegenzuwirken. In Westberlin muß der reaktionäre Senat den Widerstand aller demokratischen Kräfte weiterhin und noch viel deutlicher zu spüren bekommen.

PRESSE-FEST

Anregungen

Vor einigen Tagen erhielten wir einen Brief der Genossen vom Landesbezirk Baden-Württemberg, in dem sie über den Stand ihrer Vorbereitungen für das Pressefest berichten.

Alle Landesverbände haben sich mit der Aufgabe zu befassen, den ihnen zur Verfügung stehenden Raum auf dem großen Festplatz zu gestalten. Deshalb drukken wir den Brief der Genossen aus BaWü hier ab, denn er enthält sicher eine Reihe von Anregungen, wie man's machen kann.

An die Kommunisten Hessens, Bayerns, Pfalz und Saar und den zentralen Festausschuß

Betr.: Vorbereitung zum Pressefest

Liebe Genossen,
bei unserem Treffen in Dortmund hatten wir grob besprochen, wie unsere Ausstellungsfläche aussehen soll. Entsprechend dem damals gezeigten Modell habe ich unseren Grundriß noch 'mal aufgezeichnet.

Wie aus der Zeichnung hervorgeht, teilt sich das Gelände einmal in die vier Budenbereiche der einzelnen Landesbezirke und in vier Informationszentren ein. Die Buden und die Stellwände DIN-A-0 sind Sache jedes Landesbezirks selbst. Bei den Informationszentren müssen wir jedoch unsere Aktivitäten koordienieren.

Wir haben uns das so gedacht:

1. Antimilitaristisches Info-Zentrum

Hierzu werden wir eine, oder mehrere große Raketenmodelle als Blickfang bauen. Um die Modelle herum, wollen wir Info-Tafeln über die einzelnen Stationierungsorte aufstellen. Konkret heißt das, daß wir alle Orte in denen Raketen stationiert sind oder werden, wo Atomwaffenlager, Nervengaslager etc. sind, wo militärische Großbaumaßnahmen erfolgen (Boxberg, Startbahn-West), beauftragt haben, darüber eine oder mehrere Wandzeitungen im Format der *Volksfront*-Tafeln anzufertigen. (Wasserfest und schön informativ.) Diese Wandzeitungen werden wir dann beim Aufbau auf die *Volksfront*-Stände aufziehen, und um die Raketenmodelle gruppieren.

Unsere Bitte wäre, daß ihr das Eueren Orten ebenfalls mitteilt, damit das Info-Zentrum möglichst vollständig ist.

2. Arbeiterbewegung-Info-Zentrum

Als Blickfang ist uns hierzu noch nichts eingef... 'ne Idee. leicht habt ihr noch Anti-Mil.-Be- Ähnlich wie im Anti Mil.-Bereich sollen auch hier Tafeln vom V-Front-Format gruppiert werden. Wir haben uns das inhaltlich so gedacht, daß jeder Landesbezirk einige Tafeln zum Kampf gegen Betriebsstillegungen, Rationalisierungen, Kampf gegen Lohn- und Sozialabbau aus seinem Gebiet anfertigt. Baden-Württemberg wird hierzu Tafeln zu AEG, Bauknecht, Video-Color, Kreidler, Saba und Dual machen. Von Hessen wünschen wir uns z. B. Tafeln zu Rockwell Golde, DEMAG etc.

3. Antifa-Zentrum

Auch hier haben wir noch keine Idee für einen Blickfang.

Aber auch hier sollen auf V-Front-Tafeln Kämpfe gegen Reaktion und Faschismus dargestellt werden. Am besten wäre dabei wohl eine Ausstellung von größeren Fotos. Aus Baden-Württemberg wird dabei kommen: eine Tafel zur „Nationalzeitung", eine zum Prozeß gegen M. Röder und seine Bande und Fotos von verschiedenen Demos in Baden-Württemberg gegen Neo-Nazis.

Aus Bayern wünschen wir uns Tafeln zum Oktoberfest-Attentat etc.

Aus Hessen zur Frankfurter Nazi-Szene etc. Aus Nürnberg zum Oxner-Attentat...

4. Öko-Zentrum

Als Blickfang werden wir ein AKW basteln. Drumherum sollen wieder die Info-Ständer im gehabten Format gruppiert werden.

Unsere Orte in Baden-Württemberg haben wir beauftragt zu den AKWs, die bei ihnen liegen, die entsprechenden Wandzeitung zu machen. Wenn ihr das auch schaffen könntet, wäre das toll. AKWs gibt's im Süden ja genug.

Fälle von besonders brutaler Umweltzerstörung gehören ebenfalls zu diesem Info-Zentrum. Wir werden eventuell noch was zum Tannensterben im Schwarzwald machen. Hessen könnten wir uns mit seinen Main-Skandalen etc. vorstellen. len.

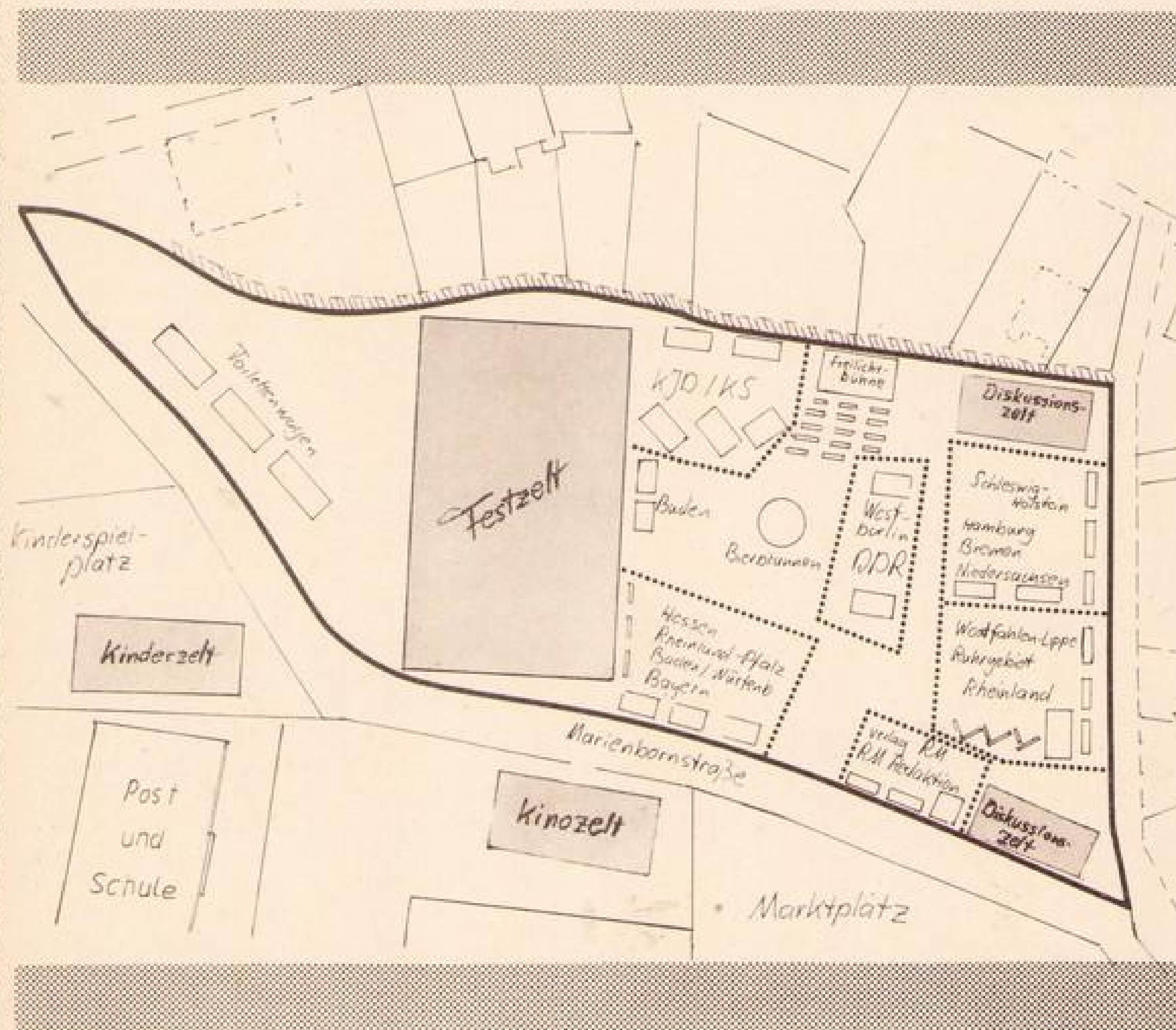
Soweit, liebe Genossen, zu den Aufgaben,d ie wir gemeinsam bewältigen müssen. Wir denken, daß das Konzept so wie wir es entworfen haben verhältnismäßig einfach zu verwirklichen ist.

Zu eurer Information noch kurz, was wir im Ba-Wü-Bereich machen wollen.

Auf unseren DIN-A-0-Tafeln werden wir die Arbeit bestimmter Betriebszellen, Betriebsaufbauzellen und Ortsgruppen mit ihren Publikationen ausstellen. Zusätzlich zu unserer Freßbude werden wir noch einen kleinen Büchertisch machen, mit Literatur von Kämpfen in BaWü. Die meisten Gedanken haben wir uns gemacht, wie wir BaWü vorstellen können.

Die Lösung sieht so aus, daß wir einen Dia-Vortrag zusammenstellen und einen Kasten bauen, wo wir sie auch tagsüber zeigen können. Zu der Plakatgroßfläche, die wir machen sollen, haben wir eine Fotowand vorgesehen. Inhaltlicher Schwerpunkt auf dieser Wand ist auch der Kampf der Arbeiterklasse.

Das wär's. Es grüßt euch herzlich der LBZ BaWü.



Taekwon-Do Life

...mit der Arbeitersportgemeinschaft Ückendorf. Sie bekennen sich zur Ur-Philosophie des Taekwon-Do, so wie es in Korea im Befreiungskampf entstanden ist. Als dem Volk das Tragen von Waffen verboten wurde, entstand das Taekwon-Do als Kampfmittel gegen die Unterdrücker.

Auf dem Pressefest sind sie dabei — die Sportler des A.S.G. Ückendorf und zeigen in einer Schauvorführung ihr Können. Ziegelsteine und Bretter müssen dran glauben — das versprechen sie!





AU

Kabarett g
zum Progra
Freilichtbü
großen Fes
bei: die h
Gruppen. D
Kabarett le
dem Press
erleben.

K



MELIKE DEMIRAG TRITT AUF:

Wir begrüßen auf dem Pressefest die türkische Filmschauspielerin und Liedermacherin Melike Demirag. Melike wurde hier bei uns bekannt durch ihre Hauptrolle in dem Film „Die Herde" von Yilmaz Güney. Melike singt Lieder gegen die Terrorherrschaft der Junta in der Türkei. Sie kämpft, wie zahlreiche fortschrittliche türkische Künstler, für die Freiheit ihres Volkes und gegen die Ausländerfeindlichkeit hier bei uns. Ihre engagierte Haltung brachte ihr die Ausbürgerung aus der Türkei ein

Melike tritt am Sonntag auf der Kundgebung „Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit" auf.

S DEM PROGRAMM

bei uns
Auf der
auf dem
z. Mit da-
gezeigten
politische
ei uns auf
ist es zu

abarett

Zeitzünder

...aus Köln



Hobelbühne

...aus Frankfurt



Blinkfuer

...aus Hamburg



Zwei Tage — und eine Nacht

Zwei Tage Pressefest, zwei Tage volles Programm — die will man doch beide mitnehmen, wenn's irgendwie geht. Stellt sich die Frage: Wo verbringt man die Nacht dazwischen? Besonders für Besucher aus größeren Entfernungen. Wir bieten Übernachtungsmöglichkeiten an; für erprobte Camper auf einem Luftmatrazenlager, für andere und besonders für die reifere Jugend in Privatquartieren im Raum Dortmund. Weil auch dies geplant sein will, bitten wir um möglichst frühzeitige Mitteilung. Wer die Möglichkeit hat, der nutze private Kontakte. Wer aber noch einen Schlafplatz benötigt — das gilt auch für die Genossen der KPD — der möge bitte den hier abgedruckten Abschnitt ausfüllen und an den Festausschuß (Redaktion RM, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30) einsenden.

Ich/Wir brauche(n) ☐☐☐ Schlafplatz/plätze

Name ....

Anschrift ....

Bitte nicht auf Luftmatratzen ☐ Luftmatratze geht auch ☐

RM-Erzählwettbewerb

Der September ist erreicht. In den nächsten Tagen wird sich die Jury mit der Auswertung der Erzählungen befassen, die im Rahmen unseres Wettbewerbs zum 15jährigen Jubiläum unserer Zeitung bei uns eingegangen sind. Derweil setzen wir den Abdruck von Erzählungen fort. Diesmal eine Einsendung aus Oldenburg: „Die Grenzen der freien Meinungsäußerung".

Die Grenzen der freien Meinungsäußerung

Rassismus in siebter Auflage — Pamphlet gegen Ausländer erregt Anstoß". Die Überschrift in der Zeitung machte mich aufmerksam. In dem darunterstehenden Artikel wird über eine Broschüre „Ausländerintegration ist Völkermord" berichtet, deren Titel allein schon Schlimmes über ihren Inhalt ahnen läßt. So heißt es in dieser Schrift z.B. über Kinder aus Ehen zwischen Deutschen und Ausländern: „Daher weisen Mischlinge häufig kriminelle Eigenschaften auf (z.B. Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche)."

Über eine Jüdin, die Deutschland und die Deutschen kritisiert, steht: „So widert sie z.B. der Sinn der Deutschen für Ordnung und Sauberkeit, ihre Pünktlichkeit (...) an (...). Es meldet sich bei ihr in starkem Maße ihr jüdisches Erbgut." In diesem Stil geht es über 34 Seiten weiter!

In dem Zeitungsartikel steht auch noch, daß die Staatsanwaltschaft beim LG München I eine Stellungnahme zu der Hetzschrift abgegeben habe, in der es u.a. heißt: „Angriffe auf die Menschenwürde anderer durch Aufstachelung zum Haß gegen diese Bevölkerungsteile (...), der Beschimpfungen und Verleumdungen sind nicht erkennbar." Die „weitgespannten Grenzen der freien Meinungsäußerung" würden nicht überschritten.

Das mußte ich zweimal lesen! „Weitgespannte Grenzen der freien Meinungsäußerung" — ich überlegte: Wie weit waren eigentlich diese Grenzen vor zwei Jahren gespannt, als wir unter dem Motto „Stopp Strauß" ebenfalls das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnahmen?

Im Januar 1980 verteilten wir unter der großen Überschrift „Stoppt Strauß" ein Flugblatt der *Volksfront*, das auch den Allgäuern die Notwendigkeit des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg aufzeigen sollte. Eine Tonbildschau über die Karriere des Kandidaten wurde angekündigt, und immerhin kamen auch 25 Leute zu dieser Veranstaltung.

Als wir am folgenden Abend im Nachbarort die Vorführung wiederholen wollten, wurden wir von acht bis zehn Polizisten daran gehindert. Soviele „Grüne" waren notwendig, um das Tonband zu beschlagnahmen. Beleidigende Äußerungen seien drauf — zumindest stand das in dem Beschlagnahmebefehl. (Ein Bulle hatte am Abend zuvor mitgehört.)

Nun ja, die Grenzen der freien Meinungsäußerung sind weitgespannt, immerhin behauptete das die Staatsanwaltschaft in München. Deswegen wird der geneigte Leser auch annehmen, daß dieses Band Strauß mit Schimpfwörtern übersät oder etwa einen Aufruf zu gewaltsamen Aktionen gegen diesen braun-schwarz-karierten Bierbauch enthält.

Weit gefehlt! Die Grenze war überschritten mit dem Satz: „Wir müssen daran erinnern, daß Strauß ein korrupter, bestechlicher Minister war (...), eine Figur, eine Marionette dieser alten Reaktionäre, Kriegsverbrecher und früheren Nazis." Und obendrein enthielt das Flugblatt eine Äußerung von FJS, von der man ihm nicht nachweisen konnte, daß er sie tatsächlich gemacht hatte. Strauß zumindest bestreitet seine Urheberschaft!

So ging alles seinen rechtsstaatlichen Lauf:

Erst wurde ermittelt, dann stellte der oberste Vertreter der „Liberalitas bavariae" (Landesvater Strauß) form- und fristgerecht den Strafantrag und schließlich erhielten wir (ein *Volksfrontler*, der das Tonband bediente (!) und ich als Verantwortlicher) die Anklageschrift. Originalton: „Die Angeschuldigten werden daher beschuldigt, gemeinschaftlich handelnd fortgesetzt auf eine im politischen Leben stehende Person öffentlich und durch Verbreitung von Schriften nicht erweislich wahre Tatsachen, welche die Person verächtlich zu machen geeignet sind, behauptet zu haben, wobei die Tat aus Beweggründen begangen wurde, die mit der Stellung des Beleidigten im öffentlichen Leben zusammen hängen und wobei die Tat geeignet war, sein öffentliches Wirken erheblich zu erschweren und sich dadurch je eines gemeinschaftlich begangenen fortgesetzten Vergehens der üblen Nachrede gegen eine Person des politischen Lebens schuldig gemacht zu haben!" Dazu fällt mir ein, daß die CSU in Bayern einen Wahlspruch hat: „Leben und leben lassen!" Jeder weitere Kommentar dazu erübrigt sich wohl.

Das beschlagnahmte Band allerdings erfüllte seine Aufgabe doch noch, und zwar am Tag der Verhandlung — vor großem Publikum. Die beleidigende Stelle sollte im Zuge der Beweisaufnahme vorgespielt werden. Leider konnte ich aufgrund meines schlechten Gedächtnisses dem Richter nicht angeben, wo in etwa Strauß „eine Marionette dieser alten Reaktionäre" genannt wurde, das Erinnerungsvermögen meines Freundes ließ ebenso zu wünschen übrig und auch der Polizeizeuge konnte keine genauen Angaben dazu machen. So war der Richter gezwungen, das Band von Anfang an ablaufen zu lassen.

Zu schade, daß wir die Dias nicht dabei hatten! Denn die ca. 150 Zuschauer verwandelten sich in interessierte Zuhörer. Soviele Interessenten hätten unsere damals geplanten Veranstaltungen sicher nicht gefunden.

Je mehr die Aufmerksamkeit des Publikums stieg, desto geringer wurde sie im Laufe der Zeit bei denjenigen, die sich anmaßen, im Namen des Volkes Recht zu sprechen. Als dann nach etwa einer halben Stunde die bewußte Stelle zu hören war, wurde sie vom Richter tatsächlich überhört! Der Polizeizeuge mußte ihn nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß er das Band jetzt abstellen könne.

Enttäuschung beim Publikum, weil es das Ende nicht mitbekam, peinliche Betretenheit hinter dem Richtertisch, wo man sich wohl vornahm, bei nächstbester Gelegenheit die Gehörgänge auf ihre Tauglichkeit überprüfen zu lassen. Dem gesunden Selbstbewußtsein des Richters verdanken wir in der Angelegenheit Tonband einen Freispruch wegen lediglich „fahrlässiger Beleidigung". Schließlich sei sogar ihm diese Passage entgangen (und Aufmerksamkeit gehört ja zu seinem Beruf). Nichtsdesto trotz mußten die Sätze polizeilich gelöscht werden, bevor das Band wieder in unsere Hände gelangte — beleidigend sei das allemal, auch wenn die Beleidigung in Nebensätzen leicht zu überhören ist. Aber ansonsten, das wissen wir jetzt schon, sind die Grenzen der Meinungsäußerung weit gespannt!

Was den zweiten Teil der Anklage, das unbeweisbare Strauß-Zitat auf dem Flugblatt, anbelangt — da wurde ich zu 1800 Mark verurteilt. Begründet wurde das damit:

„Soweit der Angeklagte vorbrachte, er habe an die Wahrheit der im Flugblatt aufgeführten Behauptung geglaubt, weil das gleiche Zitat in der ‚Spiegel'-Nr. 45/70 veröffentlicht und Dr. hc. Strauß zugeschrieben worden war, ist dieser gute Glauben des Angeklagten Wüst unbeachtlich. Vielmehr hätte der Angeklagte Wüst sich, notfalls durch Nachfragen bei den Personen, die das Zitat angeblich gehört haben wollen, vergewissern müssen, ob es tatsächlich gefallen ist."

Es muß in der BRD schon mit recht unterschiedlichen Maßen die jeweilige Grenze der Meinungsäußerung gemessen werden, denn in den Prozeßunterlagen befindet sich auch ein Brief des „Spiegel"-Justitiars, in dem es heißt: „Die Verbreitung (...) des Zitates: ‚Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen (...)' ist weder dem ‚Spiegel'-Verlag, noch dem Herausgeber noch sonst irgendeinem Mitarbeiter zivilrechtlich verboten worden."

Wie man Ausländerhetzer und wie man den „Spiegel"-Verlag behandelt, das haben wir gesehen. Aber auch, wie die „weitgespannten Grenzen der freien Meinungsäußerung" auf einmal mit mikroskopischem Maßstab neu vermessen werden, wenn eine Meinung der hier herrschenden Klasse gegen den Strich geht. Klassenjustiz, so wird uns gern und oft erzählt, sei ein veralteter Begriff, der vielleicht auf die Zustände in der Weimarer Republik anzuwenden sei. Aber der Begriff Klassenjustiz ist sowenig veraltet wie die Tatsache, daß heute in der BRD genauso wie in der Weimarer Republik im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse Recht gesprochen wird, immer nach der Richtlinie: „Die Kleinen hängen, die Großen laufen lassen." Wir müssen dafür kämpfen, daß die Werktätigen in diesem Land die Macht übernehmen, damit diese Richtlinie endlich einmal umgedreht werden kann!



RM-Erzählwettbewerb



Anti-Reagan-Demonstration in Bonn.

Über das Selbstverständnis autonomer Friedensinitiativen

Der Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen (BAF) lädt für den 12. September zu seinem nächsten Treffen ein (Braunschweig, Spiel- und Lernzentrum, Bruchtorwall 2 - 3, 12.00 Uhr). Tagesordnungspunkte sollen unter anderem sein: Das nächste größere BAF-Treffen, die Einschätzung des 10.6., die Erfahrungen in der regionalen Zusammenarbeit, die Aktionskonferenz am 9./10.10. in Bonn und das BAF-Info.

Dem letzten Rundbrief der BAF war ein Thesenpapier zum Selbstverständnis autonomer Friedensinitiativen beigefügt. Dieses Papier — verfaßt von Winfried (Sprecherrat der Vereinigung Münchener Friedensinitiativen) — bildet unserer Meinung nach eine gute Grundlage für die notwendige Diskussion innerhalb der autonomen Initiativen und der Friedensbewegung insgesamt. Wir drucken es im folgenden im vollen Wortlaut ab.

1. Der Kampf der Supermächte um Interessenssphären, um Weltherrschaft ist die Triebkraft für Aufrüstung und drohende Kriegsgefahr.

a) Deshalb ist jegliches Vertrauen in die Verhandlungen beider Supermächte fehl am Platz.

b) Deshalb kann man sich im Kampf gegen die eine Supermacht nicht auf die andere stützen. (Also: Friedens- und Freiheitsbewegung in DDR, Polen und Afghanistan mit Reagan, Schmidt, Strauß oder Kampf gegen die USA im Schlepptau Moskaus. Deshalb autonom.)

c) Wir vertrauen nicht auf irgendwelche Entspannung zwischen den Supermächten noch auf sogenannte Gleichgewichts- und Abschreckungs-Theorien. Jegliche Forderung nach „Ausgewogenheit" wie „Abrüstung in Ost und West" ist unverbindlich und dient nur als Argument der anderen Seite, weiter aufzurüsten. Deshalb ist die Forderung nach **einseitiger** Abrüstung unverzichtbar.

2. Da die BRD im Machtbereich der USA und NATO liegt, gilt der Hauptschlag gegen die USA bzw. NATO hier. „Jeder hat seinen eigenen Drachen." (Robert Havemann) Deshalb in erster Linie die Forderung „Ami go home".

3. Weder den herrschenden Kreisen hier noch der jetzigen Schmidt-Regierung kann man irgendeinen Friedenswillen unterjubeln. Die BRD ist die zweitstärkste NATO-Macht, war führend am Militärputsch in der Türkei beteiligt und hat bisher alle Kriege der USA (Vietnam, Israel, El Salvador usw.) vorbehaltlos unterstützt. Nicht von ungefähr hat sich gerade Schmidt für Pershing 2 und Cruise missiles stark gemacht. Die herrschenden Kreise in der BRD erwarten davon eine wesentliche Stärkung zur Absicherung ihrer Weltmarkt-Interessen, um andere Staaten zu erpressen (Ostblock, Dritte Welt), um außerhalb des NATO-Bereichs einzugreifen. Deshalb ist jegliche Schonung der herrschenden BRD-Kreise fehl am Platz. Die BRD ist kein armer, wehrloser Vasall der USA. Bonn ist kein Partner der Friedensbewegung und darf es nicht werden.

4. Da Kriege nicht vom Himmel fallen, sondern die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sind, ist der jetzige Zustand in Mitteleuropa nicht als Frieden zu bezeichnen (Rolle der NATO im Falkland-, Libanon-Krieg). Deshalb ist jeglicher Nicht-Einmischung der Friedensbewegung, ihr weitgehendes Schweigen zu Falkland, Libanon unzulässig und die Verbindung von Friedens- und Freiheitsbewegung ein Lebensfrage der westdeutschen Friedensbewegung. Wie schnell kann ein lokaler Konflitk am Golf sich zum Weltkrieg ausweiten! Deshalb kann sich auch die Friedenbewegung nicht auf den Kampf gegen Atomraketen beschränken.

5. Nicht die Waffen verursachen Kriege, sondern diejenigen, die die Macht über sie haben. Deshalb ist die Beschäftigung mit der Politik der Mächtigen auch im Nicht-Kriegsfall sehr wichtig.

6. Der Kampf gegen Pershing 2 ist der kleinste gemeinsame Nenner der Friedensbewegung, ihr erstes „Etappenziel". Auch hier muß sich der Kampf gegen die herrschenden Kreise in der BRD und USA richten, darf sich nicht von etablierten Parteien vereinnahmen lassen und kann nicht in allgemeinen Abrüstungsdebatten und vager Friedenssehnsucht münden.

7. Über den Kampf gegen die Nachrüstung hinaus ist es nötig, daß die weiteren Ziele der Friedensbewegung wie „Raus aus der NATO", „Neutralität" usw. als **einseitige** Forderung an die **eigene** Regierung in die Friedensbewegung hineingetragen werden.

8. Nur gemeinsam können wir die neuen Atomraketen wegkriegen. Deshalb sind alle Spaltungsmanöver und Ausgrenzungen zu verurteilen. Die notwendige inhaltliche Diskussion um ein gemeinsames Vorgehen darf nicht durch Spaltungs-Verdächtigungen, formale Tricks usw. abgewürgt werden.

9. Diese Thesen sollen die Friedensbewegung orientieren, unsere Ziele angeben. Das Einverständnis mit allen acht Punkten muß jedoch nicht Voraussetzung für die Mitarbeit einzelner Personen, Gruppen, Parteien in den Vereinigten Münchener Friedensinitiativen bzw. dem BAF (Bundeskongreß autonomer Friedensinitiativen) sein.

Die inhaltliche Klärung dieser Punkte ist die Voraussetzung für die Erarbeitung eines praktischen Konzepts politischen Handelns (welche Aktionen und wo? Wen sprechen wir an? Mit wem arbeiten wir zusammen?).

Festival im Bochumer Ruhr-Stadion

„Künstler für den Frieden"

In Zusammenarbeit mit der Krefelder Initiative rufen zahlreiche westdeutsche und ausländische Künstler für den 11. September zu einer großen Kulturveranstaltung unter dem Motto: „Künstler für den Frieden" im Bochumer Ruhr-Stadion auf. Im Vergleich zum letzten Friedensfestival in Dortmund ist das Spektrum der Beteiligten noch wesentlich breiter geworden.

Aus Griechenland reisen Mikis Theodorakis und Maria Farantouri an, aus den USA kommt Harry Belafonte, der einige Freunde als „Überraschungsgäste" mitbringen will. Udo Lindenberg wird Marius Müller-Westernhagen auf dem Klavier begleiten; die jüdische Sängerin Esther Bejarano will gemeinsam mit einer jungen Palästinenserin auftreten.

Es ist nahezu unmöglich, alle Beteiligten aufzuzählen. Dabei sein wird nahezu die gesamte deutsch-österreichische Liedermacher-Garde von Wader bis Wecker, von Heller bis Degenhardt. Zu hören sind aber auch Rocksänger wie Achim Reichel oder Schlagersänger wie



Katja Ebstein und Gitte; mit von der Partie ist ebenfalls fast das gesamte Ensemble der Deutschen Oper aus Westberlin.

Neben den Musikern haben unter anderem auch viele Theaterleute ihr Kommen zugesagt, etwa Harry Buchwirtz, Eva Mattes und Mitglieder des Bochumer Ensembles.

Das Festival wird sich im Ruhrstadion und auf sieben weiteren Bühnen abspielen: Da gibt es zum Beispiel eine Rock-Bühne, eine „Frauen-Bühne", eine Bühne, auf der vorwiegend die ausländischen Gäste auftreten oder eine „Klassik-Bühne". Dort wird das Programm um 14.00 Uhr beginnen; um 18.00 Uhr geht es dann im Stadion los.

Daß alle Beteiligten ohne Gage auftreten, muß wohl nicht eigens hervorgehoben werden. Die Eintrittspreise sind denn auch entsprechend niedrig. Für fünf Mark kann man einen Anstecker erwerben, der zum Besuch aller Bühnen berechtigt. Für die Stadion-Veranstaltung kostet der Eintritt zehn Mark. Die Anstecker gibt es bei örtlichen Friedensinitiativen oder bei der Krefelder Initiative, c/o Josef Weber, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60. Bei dieser Adresse können interessierte Gruppen auch Info-Stände anmelden.

Einige örtliche Initiativen organisieren auch Bus- oder Bahnfahrten nach Bochum.

Am 12. September bieten vier Friedensforen in der Dortmunder Universtität die Gelegenheit, verschiedene Aspekte des antimilitaristischen Kampfes zu diskutieren. Es sind im einzelnen das Forum der Naturwissenschaftler für Frieden; das Forum der Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn (unter anderem zur Frage der Friedenserziehung in den Schulen); das Arbeitstreffen Gesundheitswesen (beschäftigt sich mit den Versuchen, das Gesundheitswesen in den Dienst der Atomkriegsstrategie zu stellen) und das Arbeitstreffen psychologischer Bereich (Wehrpsychologie, Wehrpsychiatrie, psychologische Kriegsvorbereitung usw).

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

I.) Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag

J.M., Uerdingen, 25,- DM; W.K., Essen, 30,-; Zeltlager der KJD, Thiergarten, 485,-; Zelle 3, Darmstadt, 167,-; LBV Westfalen-Lippe, 1900,-; P.K., München, 2000,-; KPD Kreuzberg, Westberlin, 600,-; Zelle Bayer, Leverkusen, 801,50; Schulung vom 16.8., KPD Köln, 40,-; LBV Weser-Ems, 54,-; Büro der KPD, Bielefeld, 100,-; LBL Schleswig-Holstein, 1000,-; W.H., Winnenden, 40,-; Genossen aus Recklinghausen, 200,-; Zelle Mannesmann, Duisburg, 400,-; Zelle Meiderich, Duisburg, 120,-; J.E., Peine, 50,-; U.B., Karlsruhe, 300,-; KPD Reutlingen, 800,-; KPD Dortmund, 200,-; Zelle Daimler-Benz, Kassel, 100,-; Ruth und Werner Heuzeroth, Siegen, 30,-; KJD Düren, 24,30.

insgesamt: 9466,80 DM

Damit gingen für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD bisher 78576,82 DM an Spenden bei uns ein.

II.) Spenden für die verfolgten Genossen in der DDR

T.R., Hamburg, 144,32 DM; LBV HH-Unterelbe, 100,- DM.

III.) Spenden für den ROTEN MORGEN

T.R., Hamburg, 50,- DM; Zelle Bayer, Leverkusen, 17,50 DM.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Neue israelische Forderungen

Israel will seine Truppen im Libanon lassen

Die israelischen Truppen, so erklärten Begin und Scharon in der letzten Woche, als der Abzug der PLO-Kämpfer in vollem Gange war, würden den Libanon erst verlassen, wenn dies auch die Syrer täten. Und außerdem müßten zuerst noch die moslemischen Milizen aus Beirut verschwinden, die genauso Terroristen seien wie die PLO. Mit dem immer wieder erweiterten Katalog von Bedingungen für den Rückzug der israelischen Armee aus dem überfallenen Nachbarstaat soll vertuscht werden, daß man vorläufig gar nicht daran denkt, seine Truppen zurückzuziehen.

Bereits in der letzten Woche hatten wir im „Roten Morgen" geschrieben, daß der Friedensstifter Habib (USA) den Abzugsplan der PLO so „ausgearbeitet" hatte, daß die Frage eines israelischen Rückzugs gar nicht mehr debattiert wurde, außen vor blieb. Daß so Israels aggressiver Politik Tür und Tor geöffnet werde, eine Neuordnung im Libanon nach eigenem Gutdünken zu schaffen.

Dies wurde durch diese beiden neuen israelischen Forderungen unterstrichen, denn genau darum geht es. Als ob Israel ein Recht hätte, über syrische Truppen im Libanon zu entscheiden. Diese kamen ja, was man immer auch davon halten will, als Truppe mit einem gesamtarabischen Mandat, mit Einwilligung der libanesischen Regierung.

Noch krasser ist die Forderung nach dem Abzug der Moslemmilizen ein Akt militärischer Erpressung. Die moslemische Bevölkerungsmehrheit im Libanon soll die Hauptstadt freigeben, soll die Waffen niederlegen. Wohl um dann anschließend ein Massaker durch Gemayels Killerbanden oder / und die israelische Armee zu erleben?

Nach dem Willen Israels, das sich anmaßt, die Politik in einem anderem Staat zu diktieren, soll es im Libanon nur noch eine einzige bewaffnete Formation geben: die reguläre Armee. Deren Kern allerdings wird in Zukunft von eben diesen Gemayel-Banden gebildet werden, von denen selbst die Westpresse zugeben mußte, daß es sich dabei um Verbrecher und Mörder nicht nur von Moslems, sondern auch anderer Christen handelt.

Dazu käme eine bereits überlegte Wiedereingliederung der von Israel bezahlten „Truppen" des selbsternannten Majors Haddad im Südlibanon, der unter dem Schutz israelischer Kanonenrohre bereits seit längerem einen eigenen Kleinstaat gebildet hatte. Somit würde diese „reguläre" Armee im Libanon nicht nur direkt unter dem Kommando von Israels Marionetten stehen, sondern auch mehrheitlich von deren bisher privat bezahlten Banden dargestellt werden. Womit der israelische Plan, den Libanon in einen von Tel Aviv abhängigen Vasallenstaat zu verwandeln, bereits ein gutes Stück weit gediehen wäre.

Die moslemischen Milizen haben es dann auch bereits rundweg abgelehnt, ihre Waffen an Gemayel abzuliefern, weil das für viele ihrer Vertreter den Tod bedeuten könnte.

Diese Politik wird auf Widerstand treffen, die Lage im Libanon explosiv bleiben — und genau so lange wollen die Israelis ihre Aggressionsarmee im Libanon lassen.



„Christliche Milizen" werden die Privatkiller des neuen libanesischen Staatspräsidenten in der westlichen Propaganda genannt — hier bei der Beschießung eines palästinensischen Flüchtlingslangers.

Das Märchen vom „Ölaufschwung" ist zerborsten

Mexiko erklärt seine Zahlungsunfähigkeit

Auf dem Weg zu einem der reichsten Staaten der Welt sahen die „Experten" vor einigen Jahren Mexiko. Ölvorkommen in der Größe der saudi-arabischen waren in den 70er Jahren entdeckt, mit ihrer Ausbeutung begonnen worden. Die staatliche Ölfirma Pemex sollte als Flagschiff dienen für den allgemeinen Reichtum Mexikos. Daß allerdings die arbeitenden Menschen des Landes nicht in den Genuß von Petrodollars kommen würden, das war schnell zu sehen. Aber auch mit dem reichen Staat sieht es nicht gut aus — die Erklärung, man könne kurzfristig anstehende Schulden nicht bezahlen, hat dies deutlich gemacht.

10 der 80 Milliarden Dollar, mit denen Mexiko international verschuldet ist (das sind insgesamt rund 200 Milliarden Mark) wären in den nächsten zwei Monaten fällig geworden — das war zuviel.

Von dieser Verschuldung dürften rund 25 Milliarden Dollar auf Rechnung der Petroleo Mexicano (Pemex) gehen. Denn es mußten enorme Gelder aufgebracht werden, die Voraussetzung für die ungeheure Steigerung der Ölförderung waren. Und der Löwenanteil der geliehenen Gelder kam aus den USA.

Aber nicht nur daran zeigten sich die Schwächen des „Ölmodells Mexiko". Öl wurde über Nacht zum Hauptexportartikel, mit dem etwa zwei Drittel der gesamten Ausfuhr bestritten wurden. Und die Hälfte dieser Menge ging ebenfalls — in die USA. Und als Mexiko sich gegen die Senkung der Ölpreise durch die OPEC aussprach, da ging „unerklärlicherweise" plötzlich der Absatz mexikanischen Öls schlagartig zurück — bis man ebenfalls den Preis reduzierte.

Drittens schließlich war es immer wieder deutlich geworden, daß es mit der angeblichen Eigenständigkeit der Pemex so weit her nicht war: Heimliche Kontakte, Geschäftsgebaren die gegen die verfassungsmäßige Aufgabe der Pemex verstoßen, zu den US-Firmenmonopolen, die die technische Ausrüstung verschiedener Ölfelder — gegen unbekannte Gegenleistungen — zur Verfügung stellten.

Die helle Aufregung der Finanzkapitalisten der USA und Westeuropas, die aufgrund der Erklärung der mexikanischen Regierung entstand, galt natürlich nicht dem offensichtlichen Scheitern des mexikanischen Weges zur Souveränität. Sie galt der Angst um die eigenen Zinsen. So wurde dann auch Zahlungsaufschub erteilt — verbunden mit einem neuen Hilfskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die Annahme dieses Kredits, der mit den üblichen IWF-Bedingungen verbunden ist (Senkung der Staatsausgaben im Sozialbereich vor allem, aber auch Rationalisierungskampagnen und anderes) ist nun der endgültige politische Bankrott. Nicht nur für Mexiko, auch für diesen Entwicklungsweg, der noch überall in die Arme der großen imperialistischen Mächte führt. So wie es in den arabischen Staaten eine äußerst schmale Schicht feudaler Cliquen ist, die von dem Öl profitiert, so sind es auch in Mexiko die Reichen, die ihre Familienvertreter frühzeitig in die Pemex-Stäbe „delegiert" haben, die von den legalen und illegalen Geschäften profitieren — aber weder das Land an sich, noch gar die einfache Bevölkerung.

Erdgas-Streit verschärft

Reagan droht nach allen Seiten

Der sogenannte Familienstreit, wie es Kanzler Schmidt nannte, wird stärker. In der letzten Woche verfügte die französische Regierung zunächst, der Dresser-Konzern müsse die Ausrüstungsmaterialien in die UdSSR schicken, worauf US-Präsident Reagan mit scharfen Maßnahmen gegen den französischen Multi antwortete.

Eigentlich könnte einem der Streit zwischen westeuropäische und amerikanischen Kapitalisten und ihren Politiker genannten Beauftragten nur an der Börse interessieren. Aber es handelt sich eben auch um einen Vorgang, der in aller Deutlichkeit demonstriert, wie sehr der NATO „Partner" USA mit dem Mittel der Erpressung und Drohung und Wirtschaftssanktionen seine anderen „Partner" von diesseits des Ozeans einschüchtern will, ihnen seine Politik diktieren will.

Während in anderen Bereichen, wie etwa in der Aufrüstung, wo die Interessen der verschiedenen Kapitalisten in dieselbe Richtung laufen, keine echten Steitigkeiten vermeldet werden, geht es bei Stahleinfuhren und eben vor allem bei der Erdgasleitung und dem künftigen erweiterten Erdgasgeschäft mit der UdSSR um gegensätzliche Interessen. Nicht nur, daß es der US-Regierung nicht in die aggressive Strategie passt, sondern auch, daß die UdSSR anstelle der US-Multis Erdgas liefern würde, spielt dabei eine Rolle.

Im Juni hatte Reagan das zunächst nur für US-Konzerne geltende Embargo (Lieferverbot) auch auf Tochterfirmen und Lizenznehmer in Europa ausgedehnt. So versucht er also, die amerikanischen international tätigen Monopole direkt für seine Politik einzuspannen, versucht mit der Wirtschaftswaffe die Westeuropäer zum Einlenken zu zwingen. Und dies ist auch das politische Problem dabei: Kann es eine Großmacht durchsetzen, daß die verschiedenen Staaten ihres Blocks auch eine zentral diktierte Wirtschaftspolitik machen, nachdem sie bei der Aufrüstungspolitik schon längst gemeinsamen Kurs genommen haben?

Genau dazu sollen die Maßnahmen gegen Dresser International dienen.

Die von den USA angestrebte Gleichschaltung soll eine weitere Stärkung aller reaktionärer, volksfeindlicher Kräfte in Westeuropa hervorbringen, den Schulterschluß der Reagan, Thatcher, Strauß und wie sie alle heißen. Im Gleichschritt soll marschiert werden und den Takt bestimmt in dieser Vorstellung natürlich Washington.

Aufruf

Arbeiter, Werktätige,

Die faschistische Militärdiktatur ist jetzt zwei Jahre an der Macht. Diese waren die dunkelsten Jahre in der Geschichte unserer Arbeiterklasse und Völker. Das sind die blutigen zwei Jahre der faschistischen Junta:

- **über 170000 Verhaftete und Inhaftierte**
- **mehr als 100 Revolutionäre und Demokraten wurden durch Folter ermordet**
- **über 700 Menschen wurden bei Operationen ermordet**
- **insgesamt 16 Menschen wurden hingerichtet**
- **gegen 4600 Angeklagte wird die Todesstrafe beantragt**
- **mehr als 100 Personen sind zum Tode verurteilt worden**
- **die Massaker gegen die kurdische Nation haben ihren Höhepunkt erreicht**
- **alle fortschrittlichen, revolutionären Gewerkschaften und Massenorganisationen wurden verboten**
- **das Streik- und Tarifrecht der Arbeiterklasse wurde aufgehoben**
- **Verteuerung, Arbeitslosigkeit und Inflation haben ihren Höhepunkt erreicht**

Beteiligen wir uns an der Demonstration und Kundgebung am 11. September in Frankfurt

- **um die unterschiedliche Art des revolutionär-demokratischen Kampfes unserer Arbeiterklasse und Völker in der Türkei und Türkei-Kurdistan zum Sturz der faschistischen Militär-Diktatur und zur Errichtung einer eigenen demokratischen Macht des Volkes zu unterstützten,**
- **um gegen die von der volksfeindlichen und reaktionären Militärjunta aufgezwungenen Betrügereien wie „Verfassung", „Parlament" und „Demokratie" zu protestieren**
- **um das nationale Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation — einschließlich ihres Rechts, einen eigenen Staat zu gründen — zu verteidigen,**
- **um gegen jegliche politische, militärische und wirtschaftliche Unterstützung, die dazu dient, die Militärjunta am Leben zu erhalten, durch die Imperialisten, vor allem die USA, die BRD und deren Angriffspakt NATO, zu protestieren,**
- **um gegen die kriegstreiberische Politik der faschistischen Generalsbande im Nahen Osten als Teil der Kriegstreiber des Imperialismus im internationalen Maßstab, als Handlanger der USA bei der Bedrohung, Erpressung und Expansion zur Verstärkung ihrer Positionen in der Region zu protestieren,**
- **um die Einheit und den gemeinsamen Kampf der in- und ausländischen Arbeiter in der BRD gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit, den Abbau der sozialen und demokratischen Rechte, die gefährlich anwachsende Ausländerfeindlichkeit, die Beschränkung des Asylrechts, die Angriffe seitens der neonazistischen und reaktionären Kräfte und gegen die massive Kriegsvorbereitung zu verteidigen.**

— Nieder mit der faschistischen Militärdiktatur!
— Es wird Rechenschaft gefordert werden für die Hinrichtungen, Folter und Massaker!
— Schluß mit der Unterdrückung und den Massakern gegen die kurdische Nation!
— Freiheit für alle antifaschistischen Inhaftierten und Generalamnestie!
— Freiheit für DISK und die verbotenen revolutionär-demokratischen Gewerkschaften und Massenorganisationen!
— Nein zu den Schnellen Eingreiftruppen der NATO und USA!
— Nein zur aufgezwungenen Verfassung der Junta!
— Schluß mit jeglichen Hilfen der BRD an die Junta!
— Nieder mit der Ausländerfeindlichkeit!
— Es lebe der Widerstand des palästinensischen und libanesischen Volkes und die internationale Solidarität der türkischen, kurdischen und anderer Revolutionäre, die diesen unterstützen!

Demonstration: 11. September, Samstag, 10.30 Uhr, Frankfurt — Paulsplatz

Ala Rizgari, ATIF, BIRKOM (Birlik Yolu, Cephe, Devrimci Isci, Devrimci Savas, Emekci, Iscinin Sesi, Kivilcim, Serxwebun), DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KOCKAK, KOMKAR, Kürt Halk Evleri, Proleter Dayanisma, Tekosin Sempatizanlari, Türkei-Komitees, BWK, Arbeiterbund, Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei, KPD, *Volksfront*, KB, Alternative Türkeihilfe
Die Unterstützer: DIDF, Gercek.

Betrügerische Geschäfte der Zahnärzte

Der Reibach mit den dritten Zähnen

Daß das zahnärztliche Handwerk für die, die es betreiben, einen überaus goldenen Boden hat, ist seit langem bekannt. Ebenso die Tatsache, daß sich gerade Zahnärzte liebend gerne an dubiosen Abschreibungsgeschäften beteiligen, um ihre ansehnlichen Einnahmen möglichst steuerfrei aufs Konto bringen zu können.

Eine beträchtliche Anzahl von Praktikern dieses Gewerbes kann aber offenbar den Hals



nicht voll genug bekommen. Diese Leute betreiben nebenbei noch betrügerische Geschäfte mit Zahnlabors, durch die sich manche beträchtliche Summe zusätzlich beiseite schaffen läßt. Möglich sind solche Geschäfte dadurch, daß die Labors von den Ärzten abhängig sind. Sie fertigen den Zahnersatz, die Ärzte treten als Käufer auf und rechnen ihrerseits mit den Krankenkassen bzw. den Patienten ab. Bislang haben es die Zahnärzte immer verhindert, daß die Labors direkte Verträge mit den Kassen schließen. Aus gutem Grund, wie man jetzt weiß.

Denn viele Ärzte haben ihre Monopolstellung gegenüber den Labors dazu ausgenutzt, daß sie sich Rabatte bis zu 20 Prozent gewähren ließen, die sie voll in die eigene Tasche steckten. Und das ist durchaus keine Ausnahmeerscheinung bei einigen „schwarzen Schafen" — allein in Hamburg sind offenbar über fünfzig Prozent der Praxen bei solchen Geschäften mit von der Partie gewesen. Und ermittelt wird gegenwärtig überall im Bundesgebiet; von den Staatsanwaltschaften wegen Verdachts auf Betrug und von den Finanzämtern wegen Steuerhinterziehung.

Betrogen worden sind die Krankenkassen, denen die Rabatte vorenthalten wurden und natürlich auch die Patienten direkt, die 40 Prozent des Zahnersatzes selbst tragen müssen. Denn ihnen gegenüber haben die Ärzte jeweils den vollen Betrag in Rechnung gestellt, während sie an die Labors nur einen bis zu 20 Prozent geringeren Betrag gezahlt haben. Mit welcher Schamlosigkeit sich die Herren in den weißen Kitteln zusätzliches Geld von den Labors verschafft haben, zeigen die folgenden Tricks, die der „Stern" auskundschaftete. Da mußten Labors etwa jede zehnte Arbeit gratis liefern. Sie wurde dann einem Privatpatienten verpaßt, und der Zahnarzt steckte den vollen Betrag in die Tasche. Oder das Labor verwandte auf Weisung des Arztes billiges Material, setzte aber teures Material auf die Rechnung.

Beliebt ist es offenbar auch, Zahnersatz in die Schweiz in Auftrag zu geben. Dort kann mit Rabatten bis zu 25 Prozent gerechnet werden, die dann auf Schweizer Bankkonten fließen. Und schließlich haben einige Zahnärzte sogar von Labors fingierte Arbeitsverträge für Familienmitglieder ausstellen lassen.

So nutzen sie also jede legale und illegale Möglichkeit, um noch mehr Reichtümer anzuhäufen. Und das in einer Zeit, wo den Werktätigen von Jahr zu Jahr neue Opfer aufgebürdet werden.



Polizeieinsatz gegen Atomgegner.

DWK lädt Polizisten ein

Ausflug zur Atomfabrik

An diesem Wochenende wird es wieder eine große Demonstration gegen die im bayrischen Schwandorf geplante atomare Wiederaufbereitungsanlage geben. Und wie bei ähnlichen Gelegenheiten werden dann auch einige Hundertschaften der Landespolizei in Kampfstellung gehen. Daß sie ihr Handwerk verstehen, haben sie bei der letzten großen Brokdorf-Demonstration gezeigt. Bei den AKW-Gegnern sind die Knüppeleinsätze der Jungs aus Bayern noch in guter (oder vielmehr: schlechter) Erinnerung.

Nun haben böse Zungen immer wieder behauptet, die bayrische Polizei (und nicht nur die) würde für die Profite des Kapitals prügeln. Das ist natürlich völlig unsinnig. Denn bekanntlich ist unsere Polizei für jeden da, für das alte Mütterchen ebenso wie für die Geschäftsinteressen der Familie Siemens. Und deshalb ist es auch völlig verfehlt, aus der folgenden kleinen Begebenheit falsche Schlüsse zu ziehen.

Da hat die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) kürzlich 15 hohe Polizeibeamte zu einem längeren Ausflug nach Frankreich eingeladen. Das Ziel war die Atomfabrik in La Hague. Es ist natürlich nur rein zufällig, daß eben diese DWK die oben erwähnte Anlage in Schwandorf bauen will und daß die genannten Herrn von der Polizei dienstlich (Abwehr von Störern) mit der Schwandorfer Anlage befaßt sind. Zufall ist es natürlich auch, daß an dieser Reise der für Schwandorf zuständige Leiter des Kommissariats Staatsschutz beteiligt war.

Wer wollte darin gleich Bestechung oder ähnliches sehen? Innenminister Tandler jedenfalls trat derartigen Vorurteilen gleich energisch entgegen. Er gehe davon aus, so ließ der Minister verbreiten, daß die Teilnahme an der Reise keinen Einfluß auf die zukünftige Erfüllung der Dienstaufgaben durch die Polizeibeamten habe. Eben. Die Dienstaufgaben dürfte der Herr Tandler auch vor dem Frankreich-Tripp schon eindeutig festgelegt haben — nach Brokdorfer Muster.

Dennoch war dem bayrischen Innenminister die ganze Angelegenheit sichtlich unangenehm. Sie hätte ja einen falschen Eindruck entstehen lassen können, und man weiß doch, was die Linken aus solchen Dingen gleich machen. Deshalb hat Tandler „derartige Einladungen durch Industrieunternehmen untersagt." War vielleicht doch etwas faul am Ausflug nach Frankreich? Das weist der Minister weit von sich. Die Reise habe durchaus im dienstlichen Interesse liegen können, wie überhaupt Interesse daran bestehe, daß „die Polizei die informativen Kontakte zu Industrieunternehmen weiter nutzt."

Die typisch Tandlersche Lösung des Dilemmas: Die Konzerne können sich auch weiterhin ihre Polizisten einladen. Nur die Kosten dafür dürfen sie künftig nicht mehr tragen. Die übernimmt in Zukunft nämlich der Steuerzahler. Und dagegen kann doch wohl niemand etwas haben!

Der mißgünstige Holger

Tiefschwarz sieht die politische Zukunft von Holger Börner aus. Niemand geht mehr ernsthaft davon aus, daß er die im nächsten Monat anstehende Hessenwahl doch noch für sich entscheiden könnte. Letzte Umfragen sehen die SPD bei einigen Punkten über der 30-Prozent-Marke und Börners Konkurrenten „Django" Dregger an der Schwelle zur absoluten Mehrheit.



Börner auf SPD-Wahlplakat

Börners Kampf ums Überleben hat inzwischen äußerst unappetitliche Formen angenommen. So etwa, wenn der „gelernte Betonfacharbeiter" — wie er sich in jüngster Zeit gerne titulieren läßt — daran erinnerte, daß er früher auf dem Bau politische Auseinandersetzungen vorzugsweise mit der Dachlatte geführt hat. So auch die Tiraden des Ministerpräsidenten gegen die Grünen, die er umstandslos mit den Nazis gleichsetzte.

Aber auch solche Versuche, Alfred Dregger noch rechts zu überholen, dürften Börner kaum bei der Wahl die fehlenden Prozente aufs Stimmenkonto bringen. Das hat der SPD-Politiker inzwischen wohl selbst erkannt und auf werbewirksame Kritik an den Bonner Haushaltsbeschlüssen umgeschaltet. Wobei ein Vorschlag wie die von Börner ins Gespräch gebrachte Ergänzungsabgabe für Großverdiener natürlich nicht schlecht ist, aber eben doch allzu sehr nach Wahlkampf riecht. Von wirklichen Anstrengungen Börners, im Bündnis mit Gewerkschaftern und dem linken SPD-Flügel auf eine Änderung der Bonner Haushaltspolitik zu drängen, ist jedenfalls nichts bekannt.

Aber allein schon die Tatsache, daß der hessische Ministerpräsident die Ergänzungsabgabe in die Diskussion brachte, reichte aus, um die gesamte ultrarechte Reaktion gegen ihn zu mobilisieren. Sie fiel nun mit Schaum vorm Mund über den armen Holger her, der doch früher als Startbahn-Stratege und AKW-Baumeister immer eines ihrer Lieblingskinder gewesen ist.

Heute ist ja bekanntlich die große „Wende" in der Sozial- und Wirtschaftspolitik angesagt. Und schon der Hinweis darauf, daß auch die Reichen ein kleines bißchen zahlen könnten, paßt da nicht mehr in die Landschaft — nicht einmal als Wahlkampfreklame. Unter denen, die jetzt Holger Börner kräftig ans Bein pinkelten, war auch die „Bild"-Zeitung, ein Organ, daß sich mit Vorliebe als Sprachrohr des sogenannten kleinen Mannes ausgibt. „Bild" erkannte messerscharf, daß jeder, der den Reichen ans Portemonnaie will, nur ein Mißgunst schürender Ideologe ist. Diesen Gedankengang wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten. Deshalb hier der „Gastkommentar von „Bild" in voller Länge:

BILD-Kommentar

Mißgunst ist kein Rezept

Wer mehr als 100 000 Mark im Jahr verdient, soll eine Ergänzungsabgabe zahlen – drei Prozent auf die Einkommens- oder Lohnsteuer. So will es Hessens Ministerpräsident Börner (SPD). Die „Reichen" sollen zahlen.

Ganze zwei Milliarden kämen in die Staatskasse. Und das bei über 600 Milliarden Mark Staatsschulden (allein die Zinsen dafür betragen gut und gerne 40 Milliarden).

Aber geht es Börner um die Sanierung der Staatsschulden? Oder will er – in Hessen ist Wahlkampf – Stimmung gegen „die Reichen" machen, Neid und Mißgunst wecken? Sachvorschläge, die wirklich etwas bringen, sind jetzt gefragt – keine Ideologie

Lothar Späth schämt sich nicht

Daß wir alle den Gürtel enger schnallen müssen, ist mittlerweile zum Standardspruch aller bürgerlichen Politiker geworden. Besonders Lothar Späth, Ministerpräsident in Stuttgart, hat sich hier profiliert. Von ihm



Lothar Späth

kommt alle paar Wochen in schöner Regelmäßigkeit die Aufforderung, doch endlich die Sozialleistungen pauschal um fünf Prozent zu kürzen.

Nun ist das mit dem engen Gürtel aber so eine Sache. Ist es doch niemandem verborgen geblieben, daß nur auf den unteren Ebenen enger geschnallt wird, während oben bei den Reichen der Gürtel immer mal wieder ein Loch weiter gestellt wird. Und das macht dann unten natürlich einen schlechten Eindruck. Hier nun bewies jüngst die schwäbische SPD Einfallsreichtum, indem sie der Ministerriege in Stuttgart empfahl, doch auf die anstehende Gehaltserhöhung von 3.5 Prozent zu verzichten. Das hätte keinem der hochbezahlten Herren weh getan, aber eben Eindruck geschunden.

Doch da wollte Lothar Späth (Monatseinkommen 20000 Mark) nicht mitspielen. So ließen sich die Haushaltsprobleme nicht lösen, erklärte er. Und außerdem: Wenn er auf die Gehaltserhöhung verzichte, sehe es so aus, als schäme er sich seines hohen Einkommens. Ein Lothar Späth aber schämt sich nicht. Schließlich bedeutete der Ministerpräsident auch noch, daß die Annahme seines politischen Amtes für ihn schon Opfer genug gewesen sei. Im Vorstand der „Neuen Heimat" nämlich habe er viel mehr verdient.



Samstag, 4. September
23.15 Uhr, ZDF
Den Hals in der Schlinge. Western von Raol Walsh aus den fünfziger Jahren um einen Sheriff, der sich gegen die Lynchjustiz zur Wehr setzt. Mit Kirk Douglas, Walter Brennan, Virginia Mayo u. a.

***

Sonntag, 5. September
21.25 Uhr, ZDF
Über allen Gipfeln ist Ruh. In Thomas Bernhards neuestem Theaterstück geht es um die Entlarvung eines „Dichterfür-



sten." Gezeigt wird eine Aufzeichnung der Uraufführung bei den Ludwigsburger Festspielen in der Inszenierung von Alfred Kirchner. Mit Traugott Buhre, Anneliese Römer u. a.

***

Montag, 6. September
20.15 Uhr, WDR III
Zeit des Schweigens und der Dunkelheit. 1941 hat die NS-Filmerin Leni Riefenstahl für ihren Film „Tiefland" Zigeuner aus einem KZ als Komparsen eingesetzt. Vor einigen Jahren nutzte der BRD-Regisseur Werner Herzog Indios im peruanischen Dschungel für seinen Film „Fitzcarraldo" aus. Anhand dieser beiden Fälle untersucht Nina Gladitz die Frage der Verantwortung des Künstlers.

***

Dienstag, 7. September
21.20 Uhr, ZDF
Familie Bolle und die Türken. Ein Bericht von Marion Odenthal und Arno Schmuckler über das freundschaftliche Zusammenleben von deutschen und türkischen Familien in einem Westberliner Mietshaus.

***

Dienstag, 7. September
22.05 Uhr, ZDF
Bolwieser. Einer der besseren Faßbinder-Filme ist diese Verfilmung des gleichnamigen Romans von Oskar Maria Graf über ein Kleinbürger-Leben in der bayrischen Provinz.

***

Dienstag, 7. September
21.00 Uhr NDR / HR III
Wir wollen Frieden. Ausschnitte aus einem Konzert der „Krefelder Initiative". Mit Hannes Wader, Harry Belafonte u. a.

***

Mittwoch, 8. September
22.05 Uhr, NDR / HR III
Große Vögel, kleine Vögel. Intelektuelle Komödie von Pier Paolo Pasolini. Mit Toto, Nino Davoli u. a.

***

Donnerstag, 9. September
16.04 Uhr, ZDF
Stationen des Kolonialismus. Erster Teil einer Serie über die Eroberung der Kolonien.

Zerstörte Illusionen

Costa-Garras' Film „Vermißt"

Ed Horman ist geradezu der Prototyp des durchschnittlichen Amerikaners der „Mittelklasse": voll von unerschütterlichem Vertrauen in sein Land und dessen Lebensstil, den berüchtigten „american way of life"; mißtrauisch allem gegenüber, was sich außerhalb der Normen dieses Lebensstils entwickelt. Als einzigen geistigen Luxus leistet sich der Geschäftsmann die gelegentliche Bibellektüre im Schoß der „Christlichen Wissenschaft". Daß dieser Mann, der so ganz aus dem Holz eines Nixon- oder Reagan-Wählers geschnitzt ist, zu seinem einzigen Sohn keine Bindung hat, verwundert nicht.

Regisseur Costa-Gavras.

Denn Charles Horman, ein junger Journalist mit unklaren links-liberalen Vorstellungen, ist aus der Welt des Vaters ausgebrochen; er treibt sich in Lateinamerika herum, hat seinen Platz schließlich in einem Arbeiterviertel der chilenischen Hauptstadt Santiago gefunden — in den Augen des Seniors mithin ein Versager.

Wie Ed Horman, der Durchschnittsamerikaner, seine Illusionen verliert, indem er unmittelbar mit dem ihm bislang verborgenen, gewälttätigen Gesicht des amerikanischen Imperialismus konfrontiert wird, das erzählt Konstantin Costa-Gavras in seinem neuen Film „Missing" (Vermißt).

Ähnlich wie in seinem bekanntesten Film „Z" hat der griechische Regisseur auch hier wieder einen authentischen Fall aufgegriffen und ihn zu einem routiniert gemachten Polit-Thriller aufbereitet. Im Herbst 1973, unmittelbar nach dem Putsch des Generals Pinochet, kommt Ed Horman nach Santiago, um seinen Sohn zu suchen, der seit dem Tag des Staatsstreichs verschwunden ist. Natürlich wendet er sich sofort an die dortige Botschaft seines Landes, und die Herren in der US-Vertretung sichern ihm denn auch jede Hilfe zu; alles würde unternommen, um Charles zu finden, von dem es jedoch — leider — nicht die geringste Spur gebe.

Unbegreiflich bleibt für Ed Horman in der ersten Phase seiner Ermittlungen die feindselige Haltung seiner Schwiegertochter Beth gegenüber den amerikanischen Behörden in Chile. Allenfalls als Anti-Establishment-Komplex, an dem ja so viele verwirrte junge Leute leiden, ist für ihn eine solche Haltung erklärbar. Doch dann verliert auch Ed Horman zunehmend den vermeintlichen sicheren Boden unter den Füßen. Im Verlauf seiner Suche, von Costa-Gavras in Rückblenden rekonstruiert, schält sich die Wahrheit über das Verschwinden von Charles Horman heraus.

Am Tage des Putsches war der junge Journalist zufällig im Seebad Vina del Mar gewesen, wo ihm die massive Anwesenheit von amerikanischen Offizieren aufgefallen war. Und Charles hatte eifrig notiert, was ihm die redseligen Herren so nebenbei erzählten. Was dann später in seinem Notizbuch stand, war der eindeutige Beweis dafür, daß Pinochets Putsch von amerikanischen Spezialisten in die Wege geleitet und kommandiert worden war. Nur zwei Tage nach seiner Rückkehr aus Vina del Mar hatten chilenische Soldaten Charles' Haus umstellt und ihn weggeschleppt.

Auf der Suche nach seinem Sohn und nach der Wahrheit steigt Ed Horman hinab in die mit unzähligen Opfern des Regimes angefüllten Leichenkeller der Pinochet-Diktatur, er geht durch die Krankenhäuser und sogar in das zum KZ umgewandelte Stadion von Santiago. Und immer wieder kommt er zurück in die amerikanische Botschaft, wo man sich weiterhin verständnisvoll und hilfsbereit gibt, eine Spur des Verschwundenen jedoch bedauerlicherweise nach wie vor nicht gefunden hat.

Hier liegen die stärksten Szenen in Costa-Gavras' Film. Der Putsch selbst — bei aller drastischen Beschreibung seiner Greuel — bleibt im wesentlichen doch Kulisse für das Geschehen in der Botschaft, die innerhalb der Hölle von Santiago eine perverse Insel der Normalität ist. Ihr Personal bekommt nun auch für Ed Horman eine völlig andere Qualität. Hinter der zur Schau gestellten Hilfsbereitschaft, hinter der gepflegten und freundlichen Maske der US-Diplomaten erkennt nun auch Ed ihr wahres Gesicht. Hier in den luxuriösen Räumen der Botschaft befindet sich das wahre Zentrum des blutigen Terrors, dem er draußen auf Schritt und Tritt begegnet ist. Als Ed beginnt, die Zusammenhänge zu begreifen, läßt auch der Botschafter ein wenig die Maske sinken und appelliert an das Verständnis des Geschäftsmannes: Er müsse doch begreifen, daß es hier um amerikanische Interessen gehe, schließlich seien über 300 US-Firmen in diesem Land engagiert.

Das sind nicht meine Interessen, sagt Ed Horman. Ihm geht es allein um seinen Sohn. Und auch die für ihn bitterste Wahrheit muß er noch erfahren. Charles, der zuviel gewußt hat, ist im Stadion von Chile exekutiert worden — das Todesurteil ist von einem Amerikaner gegengezeichnet worden.

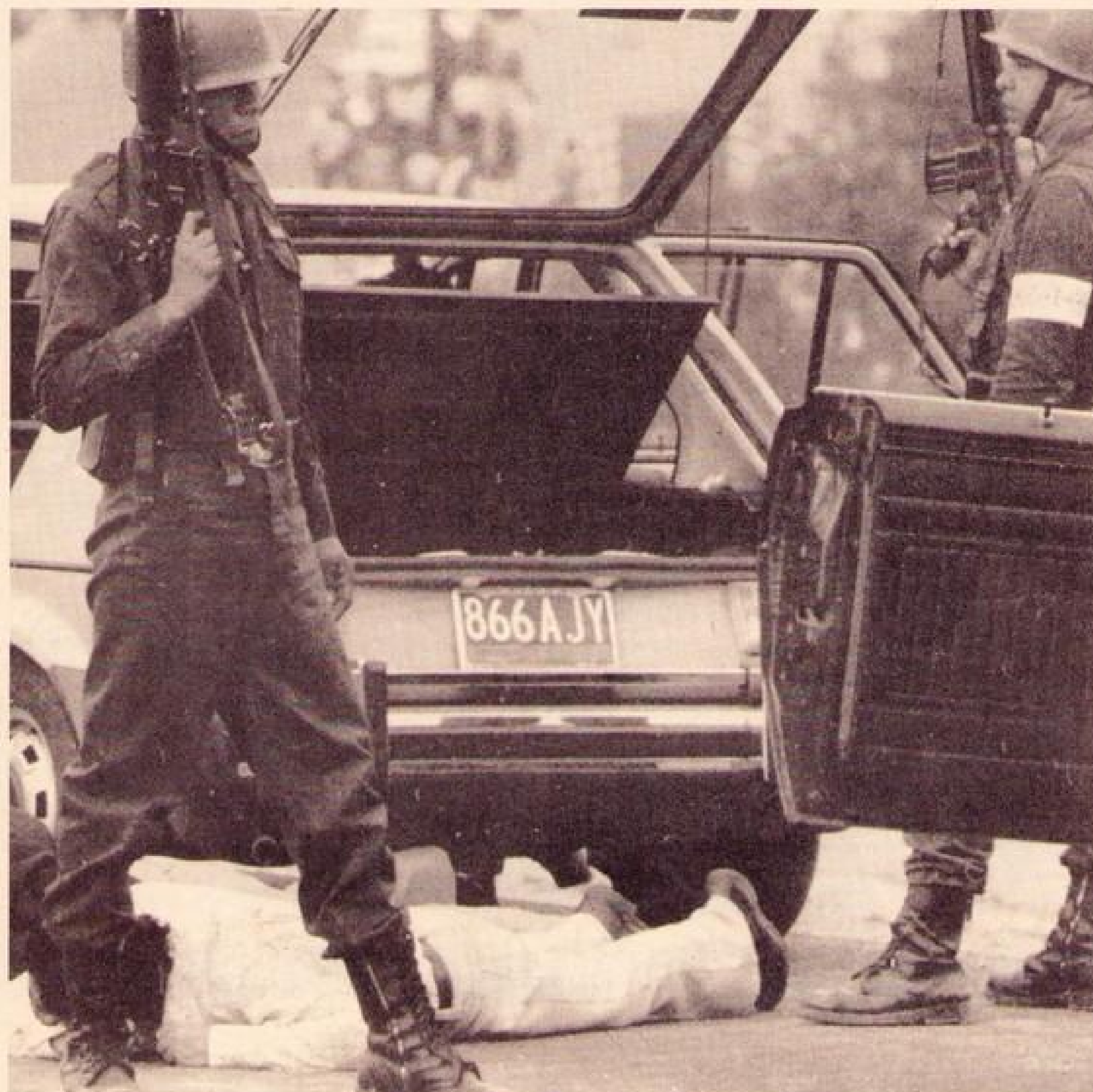
Nur eine Illusion bleibt Ed Horman noch. Den Mördern seines Sohnes in der US-Botschaft ruft er zu: „Ich bin ein Bürger eines Landes, in dem es möglich ist, Leute wie Sie vor Gericht zu bringen." Diese Illusion zerstört Costa-Gavras im Nachspann seines Films. Gegen zehn US-Staatsbeamte und den Außenminister Kissinger, so wird da mitgeteilt, hätte Ed Horman Anklage erhoben. Doch nach anderthalb Jahren wurde die Anklage von den Gerichten fallengelassen.

Heute, fast ein Jahrzehnt nach dem Putsch von Santiago, dürfte es wohl kaum noch jemanden geben, der die Drahtzieher-Rolle des amerikanischen Imperialismus dabei ernsthaft bestreitet — außer der Regierung der USA. Am Vorabend der amerikanischen Premiere von „Missing" veröffentlichte das Außenministerium in Washington eine offizielle Erklärung, in der alle im Film angeführten Fakten nachdrücklich bestritten werden. Schon vorher hatte der US-Botschafter in Chile zur Zeit des Putsches, Davis, mit einer Klagedrohung die Produktionsfirma Universal unter Druck gesetzt und so erreicht, daß im Film einige Namen geändert wurden. Die Aufregung in Washington ist durchaus verständlich. Denn „Missing" bringt zwar keine neuen Enthüllungen. Der Film läuft jedoch gerade zu einer Zeit, da die Reagan-Leute in den Fußstapfen ihrer Vorgänger von 1973 wieder darangehen, „amerikanische Interessen" in Lateinamerika mit Mord und Terror durchzusetzen. Man denke nur an die Bedrohung Nicaraguas oder die Tätigkeit amerikanischer „Spezialisten" in El Salvador. Insofern ist die Geschichte, die Costa-Gavras erzählt, höchst aktuell.

Und in diesem Zusammenhang könnte „Missing" auch seine politische Wirkung entfalten — bei allen Unzulänglichkeiten, die einem Polit-Thriller wie diesem anhaften: etwa das nahezu ausschließliche Mobilisieren von Gefühlen bei weitgehendem Ausklammern analytischer Momente. Fatal ist es jedoch, wenn Costa-Gavras immer wieder darauf hinweist, der Umstand, daß er seinen Film mit amerikanischem Geld drehen konnte, sei ein Beweis für das Funktionieren der Demokratie in den USA. Das kennen wir so ähnlich schon von Watergate. Auch die Aufdeckung dieses Verbrechens wurde ja hinterher als Sieg der Demokratie ausgegeben, die es fertig bringt, aus sich heraus „Auswüchse" zu beseitigen.

So baut Costa-Gavras, der in seinem Film überzeugend die Zerstörung von Illusionen zeigte, doch wieder neue Illusionen auf. Und so könnte dann auch der Fall Charles Horman als Betriebsunfall verstanden werden und nicht als konsequenter Ausdruck eines terroristischen Systems.

„Vermißt" (Missing). Regie: Konstantin Costa-Gavras; Buch: Costa-Gavras, Donald Stewart, John Nichols; Kamera: Ricardo Aronovich; Darsteller: Jack Lemmon (Ed Horman), Sissy Spacek (Beth), John Shea (Charles) u.a.



Szene aus „Missing" (Vermißt)



Hat der dritte Weltkrieg schon begonnen?

Mit diesem Titel ist das zentrale Flugblatt der KPD zu den diesjährigen Antikriegstagsaktivitäten — die sich ja wohl, örtlich unterschiedlich, über den ganzen September verteilen werden — versehen.

Darin wird vor allem der Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Sozialabbau dargestellt und die aktuelle Kriegsgefahr behandelt. Der Überfall Israels auf den Libanon nicht als eine ferne Unruhe, sondern als einer jener Augenblicke, die zur Verschärfung und Steigerung einer weiteren Kriegsgefahr führen, ist zweiter Mittelpunkt.

Die Bonner Verwicklungen, sei es über die NATO, sei es direkt mit der Israel-Hilfe in finanzieller und politischer Hinsicht, machen die Bundesrepublik auch dieses Mal, wie schon beim britischen Überfall auf die Malvinen, zu einem Staat, der keineswegs eine neutrale Rolle spielt, sondern im Kriegsgeschehen Partei ergreift.

Türkischer Filmemacher will in die BRD kommen

Freie Einreise für Yilmaz Güney!

Im Spätherbst will der türkische Filmregisseur Yilmaz Güney in die Bundesrepublik kommen, um hier an der deutschen Fassung seines Films „Yol" (Der Weg) zu arbeiten. Ob er diese Absicht verwirklichen kann, ist bislang noch fraglich — gegen Güney besteht ein internationaler Haftbefehl von Interpol.

Der türkische Filmregisseur teilt das Schicksal vieler fortschrittlicher Kulturschaffender seines Landes. 1971 wurde er wegen seines Films „Hoffnung" zum ersten Mal zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Drei Jahre später verhängte ein Gericht eine 18jährige Gefängnisstrafe gegen ihn. Der Grund: Er sollte einen Staatsanwalt erschossen haben. Bei dem Prozeß wurden weder Entlastungszeugen gehört, noch Güney entlastende Gutachten zugelassen. Sogar die Geständnisse der wirklichen Tatbeteiligten wurden ignoriert — als „Irreführung der Anklagevertretung".

Die Justizfarce machte deutlich, daß hier ein für die Bourgeoisie unbequemer und bei den Massen außerordentlich populärer — Filmemacher und Schauspieler auf kaltem Wege aus dem Verkehr gezogen werden sollte. Amnesty international stellte nach einer Untersuchung des Falls denn auch fest, Güney sei das „Opfer eines politischen Komplotts" geworden.

Nach dem Putsch der Generäle verschlimmerte sich die Situation auch für Güney. Sein Buch „Über den Faschismus" honorierte die faschistische Diktatur mit weiteren siebeneinhalb Jahren Gefängnis, die gleiche Strafe bekam er auch für einen Aufsatz über „Politische Gruppierungen" usw. Insgesamt summierten sich die Haftstrafen auf 100 Jahre. Ende 1981 gelang es Yilmaz Güney jedoch, ins Ausland zu fliehen.

Sein letzter Film, für den er im Gefängnis das Drehbuch geschrieben hatte, wurde in diesem Mai bei den Filmfestspielen in Cannes gemeinsam mit Costa-Gavras' „Missing" mit der Goldenen Palme ausgezeichnet. „Yol" erzählt die Geschichte dreier Männer, die bei einem Hafturlaub aus einem türkischen Gefängnis fliehen. Die Freiheit jedoch bleibt eine Illusion, denn das ganze Land, so zeigt es Güney, ist zu einem Gefängnis geworden.

Eigentlich wäre es ja eine Selbstverständlichkeit, daß Yilmaz Güney die deutsche Fassung seines Films selbst betreuen und diesen Film hier auch vorstellen kann. Vor allem ist es eine Notwendigkeit: Denn sicher wird „Yol" eine wesentliche Rolle in der politischen Kampagne gegen die faschistische Junta spielen können. Das aber will die Bundesregierung ganz offensichtlich verhindern. Schließlich hat man erst gerade wieder ein umfangreiches Waffengeschäft mit der Junta abgeschlossen. Und ein Mann wie Güney, der immer wieder sagt, daß die „Generalsbande gestürzt werden" muß, wirkt da nur störend.

So kommt denn auch der dubiose Haftbefehl, der von Interpol für die türkischen Faschisten vollstreckt werden soll, gerade recht. Daß es jedoch auch anders geht, haben in den letzten Monaten die Regierungen von Frankreich und Griechenland bewiesen. Sie haben nämlich diesen Haftbefehl nicht nur ignoriert, sondern Yilmaz Güney auch ausdrücklich freie Betätigung zugesagt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing hat sich darauf berufen und Ende Juni Innenminister Baum dazu aufgefordert, dem Beispiel von Paris und Athen zu folgen. Eine Antwort darauf hat er bislang allerdings nicht bekommen.

Umso notwendiger ist es, daß sich demokratische Organisationen und Kulturschaffende in der BRD energisch dafür einsetzen, daß Yilmaz Güney freie Einreise in die Bundesrepublik gewährt wird.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 35, 3 Eylül 1982 Yıl: 16 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadele!

DGB çeşitli eylemler düzenleyecek

1983 yılı bütçesinin kararlaştırılma zamanı giderek yaklaşıyor. Hükümet'in sosyal hakları kısıtlama planı daha da berraklaşıyor. SPD, sosyal hakların kısıtlanmasına karşı DGB sendikası tarafından görkemli ve siyasi olarak net olan mücadele eylemlerinin düzenlenmesini önlemek için her yola baş vuruyor. Sermayenin programını yerine getirmeye çalışan SPD yönetimi en azından sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadeleleri engellemek ya da zayıflatmak çabası içindedir. Bunun için işçi ve memurların çıkarını savunmak isteyen herkes bu tür eylemlerin yapılması doğrultusunda çaba sarfetmelidir!

Daha şimdiden bile hükümet koalisyonunun bütçe planlamasında sözüm ona zenginlerin sırtına yıkılması için öngördüğü yüklerin Federal Konsey'den geçemeyeceği gün gibi açık. Böylece bütçe planında yüklerin dengesiz bir şekilde paylaşıldığı yönündeki eliştirilerden geriye hiç bir şey kalmıyor. Bütçede kapitalist ekonomik krizin yüklerinin sadece ve sadece çalışan insanların sırtına bindirilmesi öngörülüyor.

Buna karşı direniş örgütlenmeli! Ancak bu direniş bugün DGB sendika patronlarının iradelerini de hiçe sayarak geliştirilmelidir. Çünkü DGB yöneticilerinin hükümetin sosyal hakları kısıtlamasına karşı takındıkları tutum, "milletvekillerine etki yapılmasından" ileriye gitmemektedir. Ve sendika patronları bunun dışına çıkan her türlü eylemi reddetmekteler.

Sosyal hakların kısıtlanması politikasına artık dur demeliyiz. Çünkü bu yılda sosyal hakların kısıtlanması yönünde alınan önlemler henüz sonuncu değildir. İşveren birliklerinin ve onların Bonn'daki temsilcilerinin talepleri çok daha kapsamlıdır. Onların amacı, hastalık durumunda ücretin ödenmediği, düşük bir emeklilik maaşının ödendiği, sosyal hakların bugünden çok daha sınırlı olduğu 1950'li yıllara geri dönmektir.

Kapitalistlerin ve onların Bonn'daki temsilcilerinin izlediği çizgi bir çok işçinin gerçekleşmesini olanak dışı gördüğü bir duruma yöneliktir. Şurası açıktır ki, bu çizginin tam olarak izlenmesi, yani sosyal hakların bir hamlede tamamıyle biçilmesi söz konusu değildir. Ancak adım adım tüm sosyal haklar ortadan kaldırılmak isteniyor. Geçen yıl bu yönde bir "dönüşüm" yapıldı, bu yıl daha da kapsamlı kısıtlamalar yapılıyor, ya peki bu gelecek yıl nereye varacak?

Hessen FDP Ekonomi Bakanı Hoffie'nin seçim toplantısında konuşan Hessen Ekonomi Birliği'nin bir sözcüsü ilkin "son 12 yıl aşılmalıdır" dedi. İşte bu kapitalistlerin ve onların sözcülerinin hedefidir. SPD'nin kendisini bir işçi partisi gösterebilmek, işçiler üzerinde etkinlik kurabilmek ve onları düzenin kölelik zincirine vurabilmek için 70'li yılların ilk yarısında yaptığı bir takım reformların ortadan kaldırılması isteniyor. SPD'nin bu girişimi, işçilerin bu sistemle barışmasını sağlamak için yaptığı bir ateşkes anlaşmasından başka bir şey değildi. Ama şimdi bu ateşkes anlaşması işverenler ve onların sözcülerinin sosyal politikaya ilişkin yaptıkları açıklamaları ile bozulmuş olmaktadır.

DGB'nin önümüzdeki dönemde Nürnberg ve Stuttgart'ta yapmak istediği büyük yürüyüşler Bonn'un sosyal politikasına karşı gerekli sinyali verecektir. Bu tür eylemler için diğer bölgelerde de DGB kulislerinde girişimde bulunulmaktadır. Bu eylemler bir sendika yöneticisinin deyimiyle ya Bonn için sıcak bir sonbaharın olmasını ya da işçiler için soğuk bir kışın olmasını belirleyecektir!

(„DGB-Aktionen gegen Sozialabbau")

AEG Brunnenstrasse'de protesto eylemi. **27 Ağustos'ta Batı Berlin AEG Brunnenstrasse'deki işletmenin yerli ve yabancı işçileri birlikte işyerlerinin yok edilmesini protesto ettiler. Leer Olympia, Bretten Neff ve Tübingen Zanker işletmelerinde de işçiler çeşitli eylemler, toplantılar ve protestolar düzenlediler. Olympia işletmesinin bulunduğu Leer'de işçiler işyerlerinin yok edilmek istenmesine karşı halkında geniş desteğini alarak kısa zaman içinde iki kez yürüdüler. Yerli ve yabancı AEG işçileri işyerlerini korumak için mücadele etmeye hazırlar, ancak İG Metall içinde bunu önlemek isteyen çeşitli güçler var. Bunlar pratikte yankısını bulmayan keskin laflar etmekte ve işyerlerinin korunmasını "hukuki yollarla" sağlamak istemekteler.**

Ajan servisleri ve sendikalar

DGB Yönetici Organları'nda ajanlar mı var?

Bir zamanlar kendisi de Bavyera DGB Başkanı olan Bavyera SPD Şefi Rothemund geçen hafta DGB Baş yöneticileri ile Bonn İstihbarat Teşkilatı arasında yakın örgütlü ilişkilerin olduğunu açıkladı. Bavyera İçişleri Bakanı Tandler bundan hemen bir gün sonra DGB Baş yöneticileri ile İstihbarat Teşkilatı'nın birlikte çalışmasının normal ve devlete karşı sorumluluk olduğunu vurgulayarak derhal "tüm ileri sürülen yalanları" çürüttü.

Tüm olay Anayasa Koruma Teşkilatı'nın Federal Almanya çapında işyeri işçi temsilcilerini gözetleme girişimlerinde bulunmasıyla başladı. Sadece Bavyera'nın CSU'lu İçişleri Bakanı, meslektaşlarına karşın açık olarak bu tür girişimlerin normal olduğunu, olacağını ve böyle olması gerektiğini açıkladı.

Bunun üzerine kamuoyunda yapacağı etkiyi farklı olarak tasarlayan Rothemund Anayasa Koruma Teşkilatı ile DGB'nin baş yöneticileri arasındaki ilişki üzerine açıklama yaptı. O, sadece işyerlerinin denetlenmediğini, DGB-Gençliği'nin toplantılarında muhbirlik yapılmadığını, aynı zamanda DGB Merkezi Yönetim Kurulu'nun bazı üyeleri ile İstihbarat Teşkilatı arasında düzenli ilişkilerin olduğunu belirtti. Burada vurgulanması gereken nokta, bazı sendika patronları ile ajanlar arasında ortaklaşa çalışmanın olmasıdır. Çünkü işyerlerinde ve sendikada muhbirlik yapıldığı bilinen bir gerçektir.

Örneğin haberin bu bölümünü DKP'nin yayın organı "Unsere Zeit" ele almamıştı. Sadece bunda da değil, bir çok sol yayında da bu nokta ele alınmamış, ve DGB'nin sürekli olarak her kademesinde muhbirlik yapıldığı belirtilmişti. Şüphesiz ki, bu doğrudur. Ancak burada vurgulanması gereken DGB baş yöneticilerinden bazılarının düzenli olarak ajanlarla ortaklaşa çalışma yapmalarıdır.

(„Agenten in den DGB-Führungsorganen?")

"Kızıl Şafak" Basın Şenliğine katılalım!

Gazetemiz "Kızıl Şafak"ın 15. yayın yılını doldurmasından dolayı 25-26 Eylül'de bir basın şenliği düzenleyeceğiz. Şenlikte siyasi konular ve yabancı düşmanlığı üzerine açık podyum tartışmaları sürdürülecek. Ayrıca 25 ve 26 Eylül'de olmak üzere iki büyük gece yapılacak. Bu gecelerde Schmetterlinge vb. müzik grupları şarkılar söyleyecekler. Bunun yanı sıra pazar günü yabancı düşmanlığına karşı düzenlenen programda da çeşitli ulusların sanatçıları ve folklör ekipleri çıkacak.

Programda: ***Melike Demirağ***

Yunan "Pegasos" ve Türkiyeli folklör ekibi, Yılmaz Güney'in "umut" filmi, Almanya adlı bir film, vb. var.

Tarih: ***25-26 Eylül 1982***
Yer: ***Marienbornplatz, Dortmund-Lütgendortmund***

RAV, Bonn Hükümetini hiç kimseyi sınır dışı etmemeye çağırıyor

Siyasi ilticaları Türkiye'ye teslim etmek işkence ve ölüm demektir!

HANNOVER. — Bir kaç gün önce basına bir açıklama yapan Batı Alman Cumhuriyetçi Avukatlar Derneği (RAV) Ankara'daki faşist cuntaya teslim edilen muhalefetçi demokratları, anti-faşistleri, sendikacıları, Kürt ve diğer azınlık milliyetleri korkunç işkencelerin ve ölümün beklediğini belirtti. O bunun için mahkeme sınırdışı kararı vermiş olsa dahi Federal Hükümeti hiç bir kimseyi Türkiye'ye teslim etmemeye çağırdı.

Demokrat avukatlar, faşist cuntanın sahte suçlamalarla rejim aleyhtarlarının Türkiye'ye teslim edilmesini talep ettiğine ve onları katletmeyi amaçladıklarına işaret ettiler.

RAV, Bonn Hükümeti'ne yönettiği talebini, eski Barolar Birliği Başkanı Şerafettin Kaya'nın, Uluslararası Af Örgü'tü'nün ve Uluslararası Hukukçular Kurulu'nun izlenim ve açıklamalarına dayanarak sağlam bir temele oturttu. O ayrıca Türkiye'de sadece siyasi tutukluların değil, aynı şekilde onların savunmasını üzerine alan avukatların da barbarca işkencelere tabii tutulduklarını vurguladı.

Buna somut örnek olarak 4 Mayıs'ta İsviçre Yabancılar Polisi tarafından sınır dışı edilen sendikacı Sevim Akbaş gösterildi. İsviçre polisi, Sevim'in Türkiye'de siyasi olarak takibata uğradığı açıklamasını dikkate almadılar. Türkiye'ye teslim edilmesinden sonra Sevim Akbaş'ın cenazesi faşist cunta tarafından yakınlarına teslim ediliyor. Doktorlar raporlarında Sevim'e işkence yapıldığını belirtmekteler.

Bonn Hükümeti'nin Ankara Büyük Elçisi şimdiye değin siyasi tutuklulara işkence yapıldığını reddederek cuntayı destekliyor. RAV, Federal Hükümet'e gelecekte ölüm cezalarının verilmeyeceği ya da bunların infaz edilmeyeceği konusunda açıkca garanti vermeyi reddeden faşist cuntanın tutumundan ötürü elçiliğin teminatlarına güvenilemeyeceğini vurgulamaktadır.

Ancak cunta tarafından böylesi bir garanti verilmiş olsa dahi, bu bile işkence edilmekten ve öldürülmekten korunma anlamına gelmez. Ayrıca ölümle sonuçlanmasa dahi, her antifaşistin takibata uğraması bile bir suçtur. Ancak bugüne dek Bonn Hükümeti cuntanın yüzünü gizlemek için buraya gelerek iltica talebinde bulunan bir çok siyasi tutukluyu yeniden cuntanın ölüm pençesine verdi, ateşin içine attı, atıyor. Hatta Bonn Hükümeti daha ileri giderek Türkiye'de kimsenin takip edilmediğini, Kürt ulusuna ve diğer azınlık milliyetlere baskı yapılmadığını, böylece herkesin can güvenliğinin sağlandığını ileri sürerek Türkiye'den gelen ilticacıların taleplerini genel olarak reddetmeye yöneldi ve cuntayı demokrasinin garantisi olarak lansetmeye çalıştı. Çünkü nitekim bugün Batı Almanya sermayesinin Türkiye'de siyasi, askeri, ekonomik çıkarları söz konusudur. Ve bu çıkarlar uğruna insanlar barbarca katledilmektedir. Bu duruma karşı sesimizi yükseltmeliyiz!

(„RAV: Bonn soll niemanden mehr abschieben")

KPD Merkez Komitesi açıklaması

AEG-Telefunken'de işyerlerinin yok edilmesi önlenmeli!

Sevgili işçi arkadaşlar!
AEG tekeli 9 Ağustos'tan beri tasfiye kararı ilan etmiş durumdadır. Binlerce, hatta yüzbinlerce işyerinin tamamen yok edilme tehlikesi var. AEG Yönetim Kurulu'nun planına göre tasfiyenin gerçekleştirilmesi başarılı olsa dahi, bu bile AEG personelinin yeniden işyerlerini kaybetmesi anlamına gelecektir. AEG'nin şubeleri olan Bretten Neff ve Tübingen Zanker'de yapılan işyerini kapatma tasfiyeleri bile her şeyi açıkca gözler önüne sermektedir. Batı Berlin'deki büyük makina fabrikası ve küçük motor fabrikası da dahil diğer tesislerin kapatılması "onarma tasfiyesinin" parçalarıdırlar.

AEG'nin tekniki bölümle sınırlandırılması ve kendisini ev aletleri bölümünden ve Telefunken'den az çok hızlı bir şekilde ayırması isteniyor. Ancak geride hangi bölümleri kalması gerektiği konusunda ise Yönetim Kurulu şimdiye değin suskunluğunu sürdürüyor. Ve bu da zorunlu yok etmenin planının sonunda henüz bir AEG'nin var olup olmayacağı üzerine haklı bir temelde endişelerin doğmasına yol açmaktadır. AEG Yönetim Kurulu Başkanı Dürr'e göre tasfiye AEG'nin onarılmasında en son seçenektir. Ne varki AEG'nin son yıllar içindeki durumu bile çok açıktır. AEG'de uzun zamandan beri artık onarıma gidilmemekte, personelin hesabına acımasızca tekel parçalara bölünmekte ve satışa çıkarılmaktadır.

AEG iflasından kazançlı çıkacaklar kimlerdir?

AEG'nin 1974 yılında dünya çapında henüz 174000 işçisi olurken, şimdi ise sadece 118 bindir. İşyerlerinin büyük bir bölümü, tüm tesislerin kapatılmasıyla, modern makinalarla rasyonalleştirilmesiyle, ayrıca her çıkarılanın işinin diğer bir işçiye yaptırılmasını amaçlayan sırf işten çıkarma programlarıyla yok edildi. Tam da son dönemlerde Dürr'ün yönetimi altında her işçinin verimi acımasızca o kadar yükseltildiki, artık hemen hemen 30 bin işyeri azalmış olmasına rağmen satış muamelerindeki her bireyin verimi yüzde 22 artmıştı. Bu nedenlede işletmenin çöküşün eşiğine gelmesinin nedeni AEG personelinde yatmamaktadır. Aksine; onların sırtından muazzam kârların sağlanmasının yanında buna ek olarak bir de onlar AEG'de geride kalan tek sosyal hak olan işyeri emeklilik maaşının yüzde 60 kısıtlanmasını kabul etmek zorunda bırakıldılar.

Ne varki işçiler posası çıkıncaya dek randımanı artırmaya zorlanırken, diğer tarafta ise tekelde çalışkan bir biçimde paralar toplandı. AEG'nin şu an resmi olarak 7,2 milyar DM, yüksek mali borcundan ötürü, kredi verenler muazzam faiz ödemelerini topladılar. Bunlar sadece 1974 yılından bu yana yaklaşık 3,5 milyar DM'dir. Ana kredi vericileri ve şu anda yüzde 50'lik bir hisse payı ile AEG'nin ana hissedarları olan Dresdner Bank, Deutsche Bank ve Commerzban gibi üç büyük banka, AEG'nin sahibi olarak kazanç biçimde hiç bir zaman keselerine indiremeyecekleri paraları aldılar. Ayrıca bankalar, kamuoyuda severek AEG'nin kurtarılması için fedakârlık olarak gösterdikleri tüm faiz ve kredilerden vazgeçerek yüzde 75'e kadar vergiden indirmekle de 1 milyardan fazla para tahsil ediyorlar. Demek ki onlar bir de ek olarak kamu vergi paralarını keselerine indiriyorlar. AEG'nin iflas etmesi durumunda bile bankalar gene AEG'ye yatırdıkları paralarında aslan paylarını geri alabilirler. Bankalar AEG'nin iflasından doğrudan kazançlı çıkanlardır.

Tekeller arası rekabet!

Ancak bu oyun sonsuza dek süremez, çünkü şimdi AEG görebildiğimiz gibi günün birinde uçurumda sona erer. Tekelin denetleme kurulunda yer alan kendi temsilcileri olduğu ve tekelin politikasını tamı tamına belirledikleri halde neden bankalar AEG ile bu oyunu oynadılar? Nitekim onlar AEG'nin sahipleri olarak krediyi kendilerine verdiler.

AEG'de ucuruma giden yol 1974 yılında belli olmaya başladı. AEG 1960'lı yılların sonunda yaklaşık 50 firmayı satın almakla müthiş borcun içine girmişti. O zamanki tekel yönetimi sürekli rakibi olan Siemens'i geçmek, elektrik branşında birinci sırayı almak için bunu ileriye doğru belirleyici atılım olarak tayin etmek istiyordu. Bunun içindir ki, 70'li yılların başında giderek derinleşen bunalım AEG'yi ağır bir biçimde etkiledi. Bunun yanında AEG'ye milyarlarca zarar getiren nükleer santral ticaretindeki zorluklar da vardı.

Siemens AEG'nin bu durumundan faydalanarak, AEG'yi bilgi sayar işinden ayrılmaya zorladı, AEG'nin Kraftwerk Union'daki hisselerini satın aldı ve AEG'yi ise zararını ödemeye zorladı. Aynı şekilde o, AEG'nin ampul firması Osram'daki hisse paylarını da devraldı. Ayrıca AEG Trafounion'u da Siemens'e devretmek zorunda kaldı. Tüm bunlar kredi faizlerini ödemek ve nükleer santral ticaretindeki zararı karşılamak için yapıldı. İşte bu andan itibaren AEG'de gerileme başladı. Böylece zararı olan dev tekel baş rakibi Siemens'den yediği darbeden bir daha kurtulamadı. Uluslararası rekabetin kızışması, aynı şekilde son iki yıl içinde gerçek ücretlerinde çok tesirli bir kayıbı olan halkın alım gücünün düşmesi ile ekonomik kriz özelliklede ihtiyaç aletleri bölümündeki durumu keskinleştirdi. Faiz oranı yükseldi ve böylece her yıl artan faiz ödemelerini yerine getirebilmek için AEG baş rakibi tarafından kâr getiren yeni tekel bölümlerini devretmeye zorlandı.

Bunun bir sonucu olarak geleceği olan ölçme ve tesviye tekniği dalında çalışma yapan kendi başına bir tekel olan Hartmann ve Braun şubesini satmak zorunda kaldı. Aynı şekilde Telefonbau und Normalzeit'teki hisseleri satılmak ve bunun yanında AEG'nin kâr getiren muhabere tekniki bölümündeki hisseleri devredilmek zorundaydı. Tabii ki, bu kezde bu bölümleri eline geçerinler Bosch ve Mannesmann'dı. İşte en geç ta bu andan itibaren artık tekelin onarılamayacağı gün ışığına kavuştu. Şimdi ise tekelin çeşitli bölümleri satışa çıkarıldı ya da dünyadaki tüm elektrik tekellerine kooperasyon için teklif edildi.

Burada ise Federal Almanya'da başı çeken büyük sanayi ve banka grupları elektrik pazarını kendi aralarında yeniden paylaşmak için işe koyulmuştular, koyulmaktalar. AEG'nin bu durumda yarı yolda kalması gerikiyor. Çünkü inek süt verinceye dek sağıldı. Şimdi se kanara götürülüyor. Ancak bununla binlerce işyerinin ve tüm ailelerin varlık nedenlerinin yok edildiği ve hala edileceği bu bayları zerre kadar ilgilendirmemektedir. Onları sadece tek bir şey ilgilendiriyor: Onlar sermayelerini mümkün olduğunca kâr getirecek bir şekilde yatırmak istiyorlar. Eh bu bugün AEG'de mümkün değilse, o zaman ölüme terk edilir.

Krizden kurtulmanın yolu var mıdır?

Kapitalistlerin uyguladığı kurtuluş yolunun şu olduğunu yeterince tanıdık: kitlesel işsizlik, ücretlerin düşürülmesi, devlet borçlanması ve silahlanma— biz işçiler ise krizin faturasını ödemeye mecbur tutuluyoruz.

Bu durumda bizim henüz bu ekonomik ve toplumsal düzene güvenip güvenemeyeceğimiz sorusu gündeme geliyor. Ki, bu sistem bizi daha da uçurumun eşiğine yaklaştıran, zenginleri daha da zengin eden ve fakirlerin daha da fakirleştiği, devletin ise nufüsun çoğunluğunun çıkarını temsil etmeyip, tekellerin çıkarları doğrultusunda hareket ettiği bir sistemdir.

Burada, egemen sınıfların Federal Almanya Cumhuriyeti'nin kuruluşunda sosyal pazar-



AEG'ye bağlı Bretten Neff işçileri işyerinin kapatılması planını protesto ettiler.

lama sisteminin işsizlik ve savaş gibi kapitalizmin hastalıklarını tanımadığı iddialarını hatırlatmak istiyoruz. Nitekim yıllarca bu hayal ayakta kalabildi. Ama kriz sis dumanını dağıttı ve bugün "sosyal pazarlama sisteminin" ve "sosyal devletin" kapitalistlerin şirin gösterilen diktatörlüğünden başka bir şey olmadığı görünmektedir. Onlar söz hakkına sahip, servetlerine servet katmaktalar ve kâr uğruna sürdürdükleri sınırsızca avları ile tüm halkları sefaletin içine itmekteler. Bunun içinde biz komünistlerin bu devlete verecekleri en küçük şey dahi yoktur. Biz insanların ihtiyacına göre üretim yapıldığı, tamamen planlı olan ve kriz tanımayan bir sosyalist sistem istiyoruz. Bir kaç para babasının milyonlarca insanın işsiz olmasını belirleyebilmeleri anlamsız değil midir?

işçilerin devletinde böylesi bir şey düşünülemez. Elbette şunu da biliyoruz: Sosyalizme varmak basit olmayacak ve vardıktan sonra ise gerçekten baskının ve sömürünün olmadığı sınıfsız toplumu yaratmakta basit olmayacaktır, nitekim gözümüzün önünde olumsuz örnek olan Doğu Almanya ve Sovyetler Birliği var. Sosyalizmin inşaasında orada öylesine ağır hatalar yapıldı ki, bürokrasiden yeni bir sömürücü sınıf gelişebildi. Ama bu tecrübelerden öğrenebiliriz.

Kapitalistlerin propagandacıları aksi yönünü dahi iddia etseler bile —sosyalizm mümkündür ve biz işçiler içinse o her geçen gün daha gerekli olmaktadır.

Her işyerinin korunması için mücadele ancak tavizsizce sürdürülebilir

Çıkışımızın verilmesinin bize hiç bir faydası yoktur. Buna karşılık bankalar ise kâr ettiler. Az ücret almamız bize hiç bir yarar sağlamıyor. Ama buna karşılık kapitalistlerin kârları ise artıyor. Görüldüğü gibi bizim çıkarlarımız ile kapitalistlerinkisi arasında bir dünya yer alıyor.

Buna rağmen sürekli olarak işçi temsilcileri, sendika yöneticileri bizi işverenle birlikte bir çözüm aramaya çağırıyorlar.

Ancak AEG'nin tarihcesi gerekliliğinden fazla bu sosyal ortaklıktan hangi sonuca varılacağını tüm açıklığıyla gösteriyor. Sessiz kalmakla ya da dişlerini gıcırdatarak onaylamakla tekellerin on binlerce işyerini yok etmeleri kolaylaştırıldı. Kriz ne AEG'de ne de başka bir yerde ortadan kalktı. Artık banka ve tekellere sınırları bildirilmediği sürece, binlerce işyerinin yok edilmesi izleyecektir.

Eğer bir işyeri işçi temsilciliği başkanı işletmenin korunması için mücadelenin başarıya ulaşmayacağını açıklarsa bunun personele ne faydası olur? Hiç bir faydası olamaz! Bankalar işyerinin kapatılmasına karşı direnişin gerilemesine sevineceklerdir. Eğer denetleme kurulunda işçi temsilcileri onarım tasfiyesine katılacaklarını ilan ederlerse, bunun AEG işçilerine ne gibi bir faydası olur? Gene hiç bir faydası olmaz. AEG yok edilmek isteniyor.

Kuşkusuz ki, büyük yararı olacak şeyler şunlardır:

★ İG Metall hükümetle ve tekel yönetimi ile anlamsız konuşmalar sürdürmeye son vermeli ve bunun yerine işyerlerinde direnişi örgütlemelidir. Ancak şimdi acil olarak yapılması gereken ve uzun zamandan beri talep edilen tüm AEG işletmeleri sendika temsilcileri konferansıdır.

★ Sendikanın AEG yönetimi ile her türlü görüşmesinin temelini hiç bir çıkışın, işyerinin kapanmasının kabul edilmemesi tutumu oluşturmalıdır. Tüm işçi arkadaşlar çalıştırılmalıdır.

★ Elektrik sanayiisi (ki sadece burada da değil) işçileri tarafından 40 saatlik iş haftası zarfında o kadar mal üterili-yorki, bunların artık satılması mümkün değil. Bunun için tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftasının uygulanması talep edilmelidir.

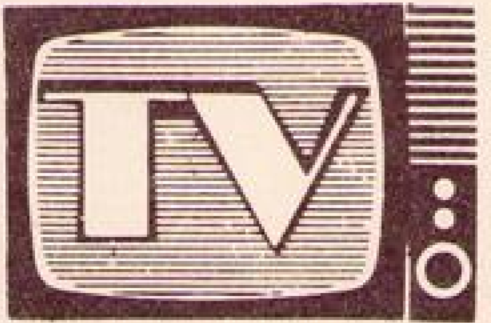
★ AEG işçilerinin sömürülmesinden artık yeterince kâr eden bankalardan faiz ve taleplerinden vaz geçmeleri istenmelidir.

★ Devlet parası, garanti vs. ancak ve ancak kapitalistler tarafından işyerlerinin korunmasına bağlı olarak verilmelidir.

★ AEG'nin açgözlü rakipleri arasında paylaşılması şu an kâr vermeyen üretimin (ev eşyaları, motarlar vs.) yok edilmesini beraberinde getirir ve geri bölümler için sadece göstermelik bir emniyet sağlar. Ayrıca yeni birleştirilmiş bölümlerde rasyonalleşirme ve kapasite fazlalığının yok edilmesi ikinci dereceyi oluşturuyor. Bundan dolayı tekelin paylaşılmasını reddediyor ve AEG'nin korunmasını talep ediyoruz.

Bazıları şöyle düşünebilir: Eğer gerçekleştiremezsek ne kadar doğru talepler olursa olsun, bunlar ne yarar sağlar ki? Bir grev AEG patronlarını pek etkileyemez. AEG zarar ediyor. Çıplak bir insanın cebine el atılamaz. Onlar her grev günü için sevineceklerdir, çünkü böylece bir de ücretlerden tasarruf yapmış olacaklardır.

Malesef üst sendika yöneticileri de dahil, bu tür görüşleri sık sık işitmekteyiz. Bu, akla yakın göründüğü denlide yanlıştır. Gerçekte ise bankacılar ve onların çıkarlarının Bonn'daki temsilcileri AEG'de greve **gidilmediği** her gün üzerine büyük sevinç çığlıkları atacaklardır. Çünkü onlar şunu biliyorlar: İşçiler ve sendika sessiz kaldığı sürece, küpü doldurmak için o denli de durum iyi olacaktır. Ancak sadece tek bir şey onların kirli hesaplarını boşa çıkarabilir: AEG işçi ve memurlarının kararlı direnişi. Bir grev bankaların AEG planının siyasi olarak gerçekleşmesini önleyebilir. İşte şimdi her şey buna bağlıdır. İşyerlerimizi korumak için bundan başka hiç bir seçeneğimiz yoktur.



Bu hafta TV'de

6 Eylül, Pazartesi
Saat 20.15, WDR 3

Suskunluk ve karanlık zamanı:
Nasyonal Sosyalist filim yapımcısı Leni Riefenstahl "ova" adlı filminin çevresinde Hitler'in toplama kamplarının birinde yaşayan çingeneleri figüran olarak kullandı. Bir kaç yıl önce ise Batı Alman rejisörü Werner Herzog Peru çengelinde yaşayan Kızıl derilileri "Fitzcarraldo" adlı filmi için figüran olarak kullandı. Bu iki olaydan hareketle Nina Gladitz sanatçının sorumluluğunu ele alıyor.

7 Eylül, Salı
Saat 21.20, ZDF

Bolle ailesi ve Türkler:
Bu filmde Berlin Merseburger Str. 4 numarada oturan bir Alman ailesi ile bir Türkiyeli aile arasındaki ilişki konu edilmekte. Çoğunlukla Türkiyelilerin oturduğu bu evin 1. katında Brigitte Bolle 4 çocuğu ile birlikte yaşamaktadır. Onun bir kat üstünde ise Fatma ve ailesi oturmaktadır. Her iki kadın arasında da olağanüstü içten bir dostluk ilişkisi gelişiyor. Bu dostluk ilişkisi farklı din ve kültürden gelen insanların birlikte yaşamasının mümkün olduğunun en güzel kanıtıdır.

Cuntanın Anayasa Taslağı:

Zorbalık yasallaştırılmak isteniyor

Faşist cuntaya karşı düzenlenen yürüyüşe katılalım!

Faşist Kenan Evren cuntası yüzüne "demokrasi" maskesini takabilmek için bir Anayasa Taslağı hazırlattı. Tüm demokratik hak ve özgürlüklerin ortadan kaldırılmasını amaçlayan Anayasa Taslağı faşist cuntanın çizdiği sınırlar dahilinde uşak profesörler tarafından hazırlandı. Böylece askeri faşist diktatörlüğün sürekli kılınması yönünde yasal maskesinin hazırlığı yapılmaktadır.

Beşli çete tarafından hazırlatılan Anayasa Taslağı daha resmi olarak açıklanmadan önce bile yoğun bir şekilde eleştirilere tabi tutuldu. Çünkü sadece bu Anayasa Taslağını hazırlayan kurula bile bakmamız, taslağın nasıl bir taslak olacağını gösteriyordu. Buna rağmen faşist cuntanın Batı Avrupalı dostları, özellikle de Bonn'daki partiler cuntanın giderek daha da açığa çıkan katliamlarını unutturmak ve dikkatleri başka yöne çekmek için bu anayasa taslağının hazırlanmasını Türkiye'de demokratikleşme sürecine geçildiğinin bir göstergesi olarak lansetmeye çalıştılar.

Anayasa Taslağı'nın resmi olarak açıklanmasının ardından cuntanın borazanı boyalı basın da açık tartışmalara gidildi. Çeşitli yazar çizer takımı görüşlerini açıkladı. Ama bu tartışmaların tümünden halk soyutlanmaya çalışıldı, çalışılıyor. Tam anlamıyla bu anayasa taslağında yasama, yürütme ve yargılama yetkisi faşist generallerin kendi denetimlerine veriliyor. Çünkü bu Anayasa Taslağı'na göre kukla parlamentoya kimin gireceğini bile generaller tayin edecek. Ve bütün yetki sadece—seçkin faşist sürüsünden oluşan—parlamento tarafından seçilen cumhurbaşkanına verilecek. Cumhurbaşkanı ise istediği zaman bir hükümetin görevine son verebilir, kanunların çıkmasını engelleyebilir, ve çeşitli kanunları yüzde 25 kişinin oyu ile bile yürürlüğe koyabilir vs. vs. Böylece generallere karşı olan her türlü muhalefetin önüne set çekilmiş oluyor ve tamamen dikensiz bir güç bahçesi oluşturulmak isteniyor.

Ancak ne varki sorun sadece bu kadarıyli da sınırlı değil. Esas işi yürütecek organ sahne arkasındaki Milli Güvenlik Konseyi olacaktır. Sadece faşist partilerden oluşturulacak yasama organı ise "Atatürk İlkeleri"nin dışına çıkmayacak, "ülkenin ve milletin bütünlüğü" aleyhinde çalışma yapmayacak. Bunun açık ifadesi şudur: Faşist generallerin çizdiği sınır olan NATO'ya bağımlılık, başta ABD emperyalizmi olmak üzere tüm batı emperyalistlere kölelik, komprador burjuvazi ve toprak ağalarının iktidarına bağlılık sınırının dışına kimse çıkmayacak. Çünkü generallerin ilkeleri bundan başka bir şey değildir.



11 Eylül'de faşist cuntaya karşı sesimizi daha da yükseltmek için haydi göreve!

Kenan Evren cuntasının Anayasa Taslağı'nda ayrıca yakın zamanda kurulacağı açıklanan sosyal işlerle görevli özel polis birliğinin teminat altına alınması amaçlanıyor. Ki bu özel polis birliğinin görevleri arasında mitingleri dağıtmak, grevlerde—şayet yapılmasına izin verilirse—işyerlerini güvence altına almak ve "diğer sosyal hizmetkârlıklar" yer alıyor.

Kısacası, Anayasa Taslağı yasaklarda, sınırlamalarla doludur. Örneğin "ulusun bütünlüğünü bölen" herkes cezalandırılacaktır. Bundan kast edilen Türkiye'de şu veya bu ulusun, örneğin Kürt ulusunun varlığından bahseden herkesin cezalandırılacağıdır.

Faşist cuntanın Anayasa Taslağı'nda esas hedef aldığı güç işçi sınıfıdır. İşçilerin çetin mücadeleler sonucunda elde ettikleri grev, toplu sözleşme ve sendika kurma hakkı rafa kaldırılmak isteniyor. Sadece sınırlı olarak grev hakkı tanınmak isteniyor ki, bu da işverenin iznine tabi kılınıyor. Sanayiinin kilit noktalarında ise grev yapmak tamamen yasaklanıyor.

Bunların yanında sendikalara ise siyasi çalışma hakkı tamamen yasaklanıyor, çeşitli siyasi partiler ile ilişkilerinin olması bile istenmiyor. Ki, zaten faşist Türk-İş'in dışında hiç bir sendikanın kurulmasına izin verilmeyecek. Hiç bir siyasi çalışma yapma hakkı olmayan sendika, sendika olmaktan başka her şeye benzer. Faşist Türk-İş sendika ağaları cunta yanlısı bir tavır almalarına rağmen, cuntanın izni olmadan toplanan bu konfederasyona bağlı tekstil işçileri sendikası yöneticileri yakın geçmişte cunta tarafından kısa yoldan tutuklandılar.

Askeri faşist diktatörlüğün hazırlattığı bu Anayasa Taslağı, 1961 anayasasından arta kalan tüm sınırlı hak ve özgürlükleri bile rafa kaldırıyor. Kısacası her türlü gösteri, fikir özgürlüğü ve örgütlenme yasaklanıyor.

Bu Anayasa Taslağı'nın içeriği o denli açık ki, artık bugün onu NATO'cu generallerin direktifleriyle hazırlayanların bazıları bile bazı değişiklikler yapmak istediklerini açıklamak zorunda kalıyorlar. Faşist cunta kağıt üzerinde bile bir takım demokratik hak ve özgürlüklerin olmasına tahammül edemiyor.

Öte yandan Anayasa Taslağı'nda yurtdışında çalışan işçilerin ve ailelerin sorunları ile de sözüm ona ilgilenileceği belirtilmektedir. Bu generallerin sahtekarlığından başka hiç bir şey değildir. Çünkü düne kadar yığınlar halinde birikmiş olan sorunları ile ilgilenilmezken, birden bire mi yurtdışındaki işçilerin sorunları ile ilgilenmek faşist cuntanın aklına geldi?

Daha komprador burjuvazi ve toprak ağaları Türkiyeli işçileri batılı emperyalistlere ucuz işgücü olarak satarken, "eti size kemiği bize" mantığı ile hareket etmiştiler. Ve işçilerin yabancı ülkelerde ağır, zor şartlar altında kazandıkları paranın döviz olarak Türkiye'ye gönderilmesi için dönem dönem egemen sınıfların sözcüleri şirin açıklamalarda bulundular. Kısacası bugün generaller yurtdışındaki döviz makinasının gelecekte de çalışmasını garantilemek için bu tür şirin sözler etmekteler. Batı Alman burjuvazisi vize uygularken, bugün ise Federal Almanya'da özellikle işsiz olan Türkiyelileri burada yıllar boyunca kazandıkları sosyal haklarını (işveren payı da dahil emeklilik primleri, işsizlik sigortasına ödenen paralar vs.) tam olarak ödemeden geri göndermeye kalkışırken, yabancı işçilerin 6 yaşından büyük çocuklarını yanlarına getirmelerini yasaklamak isterken sesini çıkarmayan faşist cuntanın nasıl oluyorda birden bire yurtdışındaki işçilerin sorunlarına sahip çıkmak aklına geliveriyor?

Türkiye işçi sınıfı ve emekçi halkı üzerinde dizginsiz bir baskı uygulayan, barbarlığın en koyu örneğini veren ve anayasasını onaylatarak bu baskılarını yasallaştırmayı amaçlayan faşist generaller çetesine karşı demokratik muhalefetin tavrı açık: Sözde demokratik olan bu anayasa reddedilmelidir. Çünkü bunu onaylamak demek, generallerin kölelik zincirine, baskı ve zorbalığına evet demektir. Bunun için Türkiye Devrimci Komünist Partisi ve çeşitli yurtsever örgütler anayasa oylamasını boykot etmeye çağırıyorlar.

Faşist cuntanın yönetimi gaspetmesinin ikinci yılında partimiz KPD'ninde aralarında yer aldığı çeşitli Türkiyeli ve Alman örgütleri **11 Eylül 1982'de Frankfurt, Paulsplatz'ta saat 10,30da** bir yürüyüş düzenleyecekler. Cuntanın baskı ve zorbalığını lanetlemek, Türkiye işçi sınıfının ve emekçi halkının mücadelesini desteklemek her demokratın görevi olmalıdır.

(„Militärregime auf immer in der Türkei?")

Haftanın Yorumu

Şimdiye değin hiç bir zaman bu denli DGB'nin hükümet partisi SPD ile ilişkisi üzerine yazı yazılmamıştı, söz edilmemişti ve tahminler ileri sürülmemişti, SPD ile ilişki üzerine anlaşmazlıklar hiç bir zaman bugün olduğu kadar DGB'de berrak değildi.

Loderer (İGM) Janzen'e (İGM) karşı, Götz (HBV) Rappe'ye (İG Kimya) karşı, Mahlein (İG Druck u. Papier) Hauenschild (İG Kimya) ve Dödding'e (Gıda İş Sendikası) karşı - Bu listeyi devam ettirebiliriz. Diğer yandan SPD içinde de durum buna benzer: Glombig ve Glotz yeni bir sosyal politikanın izlenmesini talep ediyorlar, Roth ise muhalefete geçilmesini istiyor vs. vs.

Geçen yılla bir karşılaştırma yapacak olursak şu farkı açıkca görebilmekteyiz: O zaman DGB'nin acaba hükümete karşı bir şey yapıp yapmayacağı sorusu gündeme gelirken, bugünse soru farklı bir tarzda sorulmaktadır, yani acaba DGB o kadar şey yapıyor mu ki, bununla SPD/FDP Hükümeti yıkılabilsin ve DGB SPD'nin uzatılmış kolu rolünü oynamaktan vaz geçebilsin.

"İTTİFAK"

Hükümetin sosyal hakları kısıtlama kararlarını protesto etmek için geçen yıl Baden-Württemberg'te 70 bin işçi yürümüştü. O günden beride artık sorunu bir şeylerin yapılmasının gerekli olup olmadığı oluşturmuyor. Çünkü sadece tek bir yön tanıyan hükümetin şu sosyal politikasına karşı bir şeylerin yapılması artık kaçınılmaz bir hal almıştır: O, '60'lı yıllara geri dönmek istiyor.

Sermaye, programını gerçekleştirmek için çabalarını yoğunlaştırıyor. Onun programı gerçek ücretlerin teminat altına alınmasından tut ta ki her türlü kazanılmış sosyal haktan vaz geçilmesini içeren bir programdır.

İşte bu hükümet de bugün gücü oranında sermayenin bu programını gerçekleştirmeye çalışıyor. Şimdi artık krizin yükünün "eşit paylaşımından" bile söz edilmemekte, açıkca bunalımın faturasını başta yerli ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfı olmak üzere tüm emekçi halk tabakalarına ödettirme çizgisi izlenmektedir.

Glotz'un da vurguladığı gibi SPD yönetimi sermayenin çıkarlarını içeren programı gerçekleştirmek istiyor. Ne varki onlar bir taraftan bunu yapmak isterken, öbür taraftan ise kendilerinin değerini artıran DGB senikası üzerindeki etkilerini de kaybetmek istememekteler.

Bugün DGB yönetiminde üç muhalif görüş giderek berraklaşıyor. Birinci görüşün yanlıları olan DGB'nin sağcı kanadı, sadece sosyal hakların yoğun bir şekilde kısıtlanmasını değil, aynı şekilde CDU/CSU'nun sermayeye teklif ettiği daha katı programı desteklemeye hazır. İkinci görüşün yanlıları olanlar ise bir taraftan hükümetin krizin yükünün "eşit paylaşımı ilkesine" yeterince uymadığını eleştiriyor, ama diğer yandan ise SPD'nin işçi sınıfı içinde etkisini yitirmesini önlemeye çalışan taktikler uyguluyorlar. Ne varki bu görüşten olanlarında çıkardığı sonuçlar farklı, kimisi sosyal hakların kısıtlanmasına karşı pratik önlemlerin alınmasını isterken, kimisi ise sadece sözlü olarak hükümeti eleştiriyor, ama hayatta ise bu eleştiriler yankısını bulmuyor.

Ve üçüncü görüşte yer alan yönetici kadroların küçük bir kesimi ise açıkca tavır alıyor ve Bonn'un tasarruf politikasına karşı direnişi örgütlemek istiyorlar. Bu kesim hoşnutsuzluğu giderek artan DGB üyelerinin desteğini de görüyor.

DGB 8 Eylül'de sosyal hakların kısıtlanması planına karşı önlemler üzerine görüşecek.

Daha şimdiden bile sosyal hakların kısıtlanmak istenmesine karşı bir çok eyalette eylemlerin düzenlenmesi kararı alındı ve hazırlıklar yapılıyor. Bu eylemlere katılım DGB'nin gelecekte izleyeceği tutumu etkileyecektir. Ve SPD ile DGB'nin "ittifakının" devam edip etmeyeceğini, bu ittifak uğruna DGB yöneticilerinin üyelerin çıkarlarını hiçe sayıp saymayacağını da belirleyecektir. Eylül ayı bu konuda ilk kararın verilmesine yol açacaktır.

(„Das Bündnis")

Kadın işçilerin eşit işe eşit ücret mücadelesinde bir başarısı daha:

Schickedanz patronu davayı kaybetti

25 Ağustos'ta Federal İş Mahkemesi'nde Neuss Vereinigte Papierwerke Schickedanz und Co'da çalışan 52 kadın işçinin eşit işe eşit ücret için açtıkları davaya bakıldı. İG Druck und Papier sendikası tarafından temsil edilen davada, 52 kadın işçiden ikisinin (diğerlerinin davaları ayrıca ele alınacak) eşit işe eşit ücret taleplerine Federal İş Mahkemesi hak verdi. Davanın sonuçlanmasının ardından mahkeme heyeti şimdiye değin erkeklere ödenen iş piyasası zammının davacılardan birine de ödenmesini kararlaştırdı.

Daha önce "Kızıl Şafak"ta yazdığımız gibi, Heinze kadın işçileri de eşit işe eşit ücret için dava açmış ve davayı kazanmıştılar. Onlar, aynı işi yapan erkek arkadaşlarına verilen toplu sözleşme dışı zamların kendilerine de verilmesini talep etmiştiler. Buna karşılık 52 Schickedanz kadın işçisi ise aynı işi yapan erkek arkadaşlarına verilen iş piyasası zammının kendilerine de ödenmesi istemini ileri sürerek, iş mahkemesine baş vurmuştular.

Schickedanz patronu sözüm ona kadınlara ödediği ücretle erkek işçi bulamadığı gerekçesini ileri sürerek, erkek işçilere kadınlardan farklı olarak bir de iş piyasası zammını ödüyordu ve hala da ödemektedir. Böylece aynı iş için erkeklere ödenen zamlarla kadınlara ödenen zamlar arasında—gece vardiyası zammı hariç—saat başına 1,03 DM fark vardı.

52 Schickedanz kadın işçisinin açtığı davayı daha önce bölgesel ve Eyalet İş Mahkemeleri reddetmiştiler. Ancak 25 Ağustos'ta Kassel Federal İş Mahkemesi'nde yapılan duruşmada, mahkeme heyeti alt mahkemelerin kararını bozarak kadınların lehine bir karar verdi. Ne varki kararda kadınların bir bütün olarak erkeklerden az ücret almalarına bir netlik kazandırılmadı. Ve ek olarak bazı durumlarda erkeklere verilen iş piyasası zammının haklı olabileceği vurgulandı. Ayrıca davayı kazanan kadınlara şimdiye değin ödenmeyen iş piyasası zammının geriye dönük olarak ödenmesine de bir açıklık getirilmedi.

Buna rağmen Basım ve Kağıt sendikası (İG Druck und Papier) tarafından sürdürülen kampanyanın sonucunda Federal İş Mahkemesi geri adım atarak alt mahkemelerin kararını bozmak sorunda kaldı. Ki bu da somut durumda Schickedanz kadın işçilerinin eşit işe eşit ücret için başlattıkları kavgada başarılı çıkmaları demektir.

Bugün kadın işçiler toplumsal yaşamın her alanında aşağlanmakta ve erkek arkadaşları ile aynı işi yapmalarına rağmen onlardan daha düşük ücret almaktalar. Bu durum yabancı kadın emekçilerde daha da büyük farklılıklar göstermektedir. Onlar Alman kadın arkadaşlarıyla aynı işi yapmalarına karşın, onlardan daha düşük ücret almaktalar. Böylece kapitalistler yerli ve yabancı kadınların katmerli sömürüsünden daha fazla kâr etmekteler. Bu duruma bir son verilmeli! Basım ve Kağıt iş kolunda eşit işe eşit ücret için sürdürülen ve belirli başarılar kaydeden mücadeleler, diğer iş kollarındaki kadın emekçiler için de bir teşvik anlamını taşımalıdır. Yerli ve yabancı emekçiler eşit işe eşit ücret kavgalarını tüm iş kollarında yoğunlaştırdıklarında, bunları birleşik bir mücadeleye dönüştürdüklerinde ve erkek arkadaşlarının desteğini aldıklarında başarı şansları daha büyük olacaktır.

(„Schickedanz verliert Prozess um gleichen Lohn")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: **Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.**